

NEUE ZEIT



14759 29 151 394 347
ZOLLVERW-81 1501 9001 1525
FACH 65



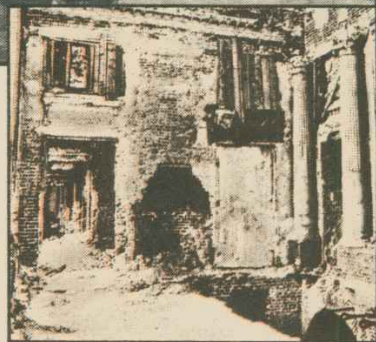
Der große Saal des Palastes in Puschkin: spiegelblankes Parkett, vergoldetes Holzdekor, Spiegel in den Zwischenwänden, die die Barockpracht vielfach widerspiegeln.

Über dem Betrachter ein gigantisches Deckengemälde: in den Wolken schwebende allegorische Gestalten — eine Ode an den Triumph Rußlands auf dem Schlachtfeld und im

Frieden...

Die Hitlerfaschisten machten in wenigen Augenblicken diesen und andere Paläste in den Leningrader Vororten dem Erdboden gleich. Der Feind wollte nicht nur unsere Gesellschaftsordnung zerstören, sondern uns auch die Erinnerung rauben, den Stolz auf die Großtaten der Vorfahren.

Jahre und Jahrzehnte waren nötig, um die Schöpfungen der Meister der Vergangenheit wieder zum Leben zu erwecken. Dieses wahre Wunder begann in den schwersten Tagen der Blockade, als die Leningrader Architekten an Projekten für die Wiederherstellung der so stark mitgenommenen Paläste und Parks arbeiteten. Die Faschisten wü-



So sah der Gatschina-Palast nach der Vertreibung der Faschisten



Arbeitszimmer im Schloßmuseum von Pawlowsk

ten noch in Pawlowsk und Puschkin, in Leningrad aber entstand bereits eine Architektur- und Kunstschule, an der Restauratoren ausgebildet wurden.

Die Namen der Architekten, Maler, Kunstwissenschaftler, Bildhauer, Stukkateure und anderer Meister, die den großen Denkmälern die einstige Schönheit zurückgaben, stehen heute hoch in Ehren.

VOM ATLANTIK BIS ZUM URAL

Politik und Geographie bilden eine komplizierte Relation. Es kam vor, z. B. zur Zeit der Geopolitik der Nazis, daß Geographie der Aggression diene, aber ebenso, daß Geographie bewußt und vorsätzlich von der Politik ignoriert wurde. So wurde (und wird!) von Europa gesprochen, dabei aber nur Westeuropa gemeint, als endete der Kontinent östlich der Elbe und dehnte sich nicht vom Atlantik bis zum Ural hin.

Bei den jüngsten Verhandlungen mit Francois Mitterrand verwies Michail Gorbatschow darauf, daß die UdSSR und Frankreich vor 20 Jahren als Vorboten positiver Wandlungen in der gesamteuropäischen Situation hervorgetreten waren. Sie verhalfen Europa zu seiner einstigen politischen Rolle in den internationalen Angelegenheiten. Seitdem kam dieser Prozeß erfolgreich voran und nahm nicht nur geistige, sondern auch völkerrechtliche Formen an.

Unser Kontinent findet schon zu sich — allerdings nur, wenn er sich als wahres Europa — vielgesichtig, mit seinen Eigentümlichkeiten und unterschiedlichen sozialen Systemen — versteht. Nicht als "atlantisches Europa" der miteinander konfrontierten Blöcke, nicht als "Gefechtsfeld", sondern als Kontinent, den die Geschichte selbst zum Generator friedlicher Initiativen bestimmte. Solche Initiativen führten zu Helsinki. Gegenwärtig gilt es, den einzigartigen gesamteuropäischen Prozeß weiter zu intensivieren.

Aktive Teilnahme daran verlangt keinem Staat den Verzicht auf seinen Weg — gleich, ob in einem Block oder nicht — ab. Sie verlangt nicht, daß sich die Staaten über Realitäten, z. B. das Partizipieren der USA an den europäischen Angelegenheiten, hinwegsetzen. Aber alle Realitäten Europas müssen dem Ziel dienen, hier mehr Stabilität und weniger Konfrontation zu schaffen. Mögen doch auch die USA sich an diesem hochsinnigen Werk beteiligen. Leider drängt ihre Regierung Westeuropa in den letzten Jahren in entgegengesetzter Richtung und bezieht es in immer neue Runden des Wettrüstens ein. Um so wichtiger ist es für Europa, wie Präsident Mitterrand mit Recht sagte, in seiner Geschichte die handelnde Hauptperson zu sein.

In diesem Heft bringen wir mehrere Materialien zur Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Europa muß handeln. Die sowjetisch-französischen Gespräche in Moskau zeigen: Für ein solches Handeln bestehen praktische Möglichkeiten, und der gangbarste Weg dazu ist die Befreiung unseres Kontinents von der Rüstungslast. Diesem Ziel dienen die Budapester Vorschläge der sozialistischen Staaten. Sie formulieren ein wirklich europäisches Programm des Abbaus der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen.

POST

Das Juniplenium des ZK der KPdSU hat unsere Arbeit vorangebracht. Wir möchten gern mit noch mehr Elan, eben auf neue Weise, arbeiten. Ein Wort zu den neuen Initiativen der Staaten des Warschauer Vertrags: Die kürzlich in Budapest angenommenen Dokumente demonstrieren unser verantwortungsvolles, konstruktives Herangehen an das Problem der Friedenserhaltung, unsere Achtung vor dem Prinzip der gleichen Sicherheit, unser Bestreben schließlich, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen. Wassili PETJUK

Jaremtschka, Ukrainische SSR

Ihr Leitartikel aus "NZ" 18/86 "Der Tag des Sieges", in dem Sie in bewegenden Worten und voller Verehrung über die 20 Millionen sowjetischen Menschen sprechen, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus hingegen haben, hat mir sehr gefallen. Ihr ehemaliger Allierter, die USA, setzen heute alles daran, den Weltraum zu militarisieren. Damit schaffen sie eine für Sie existentielle Bedrohung. Trotzdem bleiben Sie bei der Überzeugung, daß man den Frieden bewahren kann, und verkünden ein Moratorium für Nukleartests. Man kann Ihre Geduld nicht nur bewundern, sie kann weltweit unterstützt werden.

Leandro BARRIOS
New York, USA

In Italien macht sich ein gangsterhafter Geist des Amerikanismus breit. Hunderte US-Filme überschwemmen unsere Kinos mit Mord und Totschlag. Sie verherrlichen Gewalt, extremen Egoismus und die absolute Mißachtung menschlichen Lebens. Sich im Erfolg sonnen und Geld raffen, um jeden Preis, allein gegen den Rest der Welt, dieses Ideal verbreiten die fraglichen Spektakel.

Silvio SARZI-SARTORI
Sanremo, Italien

29

JULI 1986

Gründungsjahr 1943

3
Europa
braucht Entspannung

11
Die Philippinen
am Scheideweg

13
In memoriam
Le Duan

14
Tschernobyl.
80 Tage danach

16
Sowjetische
Beschleunigungsstrategie

18
Spanien 1936--1939:
Die erste Schlacht
mit dem Faschismus

21
35 Jahre "Nova doba".

22
China. Die Suche
geht weiter

24
Nikaragua. Jubiläum
im umzingelten Land

27
VR Polen.
In diesem Juli

28
USA.
Minen im Tresor

32
Bei den Spielen des
guten Willens

Wort des Redakteurs (1).
Panorama (8). Diskussion
mit dem Leser (31).

TSCHERNOBYL.

80 TAGE

DANACH

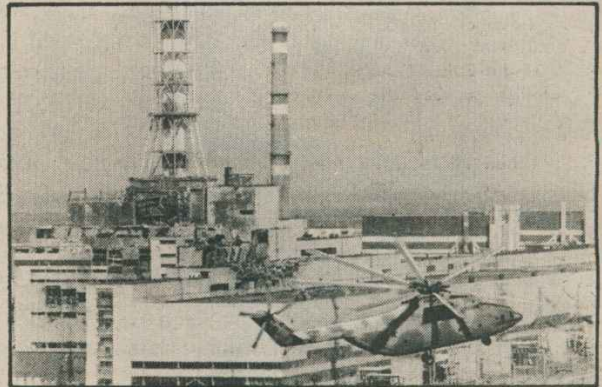
Die Evakuierung der Bevölkerung aus dem KKW-Gebiet, der Transport von Fachleuten dorthin und die Entaktivierung — all das kostet Geld, das für die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne notwendig ist. Doch darf man das Geschehene nicht noch tragischer hinstellen, als es ohnehin ist. Über die heutige Situation in Tschernobyl erzählen Akademiemitglied W. Legassow und Prof. J. Siwinzew.

S. 14



JUBILÄUM IM UMZINGELTEN LAND

Am 19. Juli begeht das Volk Nikaraguas den Tag der Revolution. Die Soldaten der Sandinistischen Volksarmee feiern



DIE PHILIPPINEN AM SCHEIDEWEG

Warteschlangen vor dem Palast Malacanang, wo Schätze ausgestellt sind, die der ehemalige Herr im Lande, Ferdinand Marcos, nicht fortschaffen konnte. Doch seine Hinterlassenschaft besteht nicht nur in den Luxusgegenständen von herausforderndem Wert. Vor kurzem rebellierten seine Anhänger gegen die Regierung Corazon Aquinos. Die Rebellion scheiterte, doch das Land ist noch immer mit schwierigen



wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen konfrontiert. Wie sind sie zu lösen? Das fragen sich heute viele Philippiner.

S. 11

mit der Waffe in der Hand. Keine Umtriebe der Konterrevolutionäre können den Aufbau des neuen Lebens verhin-

dern. "Wir halten durch!" erklärte Präsident ORTEGA in einem Interview für die "NZ".

S. 24

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), D. WOLSKI, V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Europa braucht Entspannung



Jewgeni SILIN

Stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Die Geschehnisse Europas bewegen seine Öffentlichkeit immer mehr, lebhaft diskutiert sie die Zukunft der Alten Welt. Es ist nämlich so, daß der Kontinent, der zweimal von den Weltkriegen verstümmelt wurde, heute den Herd einer gefährlichen militärischen Konfrontation bildet. Dabei könnten die europäischen Entspannungserfahrungen aus den 70er Jahren auch heute von Nutzen sein, wenn es darum geht, die internationalen Beziehungen, vor allem in Europa, auf noch festerer Grundlage zu normalisieren.

Nur zu begreiflich ist daher, daß die Probleme der Entspannung und Abrüstung und die Rolle Europas in der Welt von heute im Mittelpunkt des jüngsten sowjetisch-französischen Gipfels standen. Es ist außerordentlich wichtig, daß sich die UdSSR und Frankreich unter den heutigen Verhältnissen eindeutig für Verhandlungen, gegen die Abschaffung von Vereinbarungen, die das Wettrüsten und seine Ausdehnung auf andere Bereiche zügeln, aussprachen. Die Übereinstimmung der grundsätzlichen Standpunkte der Seiten zu diesem Problem ist um so relevanter, als die Positionen von Moskau und Paris natürlich auch Unterschiede aufweisen.

Die Teilnahme von Millionen Europäern an Aktionen gegen die Kriegsgefahr und für die Vernichtung der Kernwaffen sowie an der Erörterung dieser Themen hat bewirkt, daß sich auch "der Mann auf der Straße" über Probleme klar wird, die bisher ein Privileg der "Hohenpriester der hohen Politik" waren. Neue Strukturen der Verbindungen zwischen Menschen, denen es um den Frieden geht, haben sich herausgebildet.

Ein Ergebnis des beispiellosen Interesses der Öffentlichkeit für die Probleme von Krieg und Frieden ist die Annäherung von Standpunkten und die Erarbeitung gemeinsamer Arten von Herantreten und Kriterien, wenn es sich um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit handelt.

Es ist nicht zu übersehen, daß die jüngsten Vorschläge der UdSSR und ihrer Bündnispartner bei friedliebenden und real denkenden Kräften in Westeuropa eine immer positivere Aufnahme finden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wie auch viele Regierungen Europas sehen die Einstellung des

Wettrüstens und die Abrüstung, vor allem die nukleare Abrüstung, als den Hauptweg zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe an. Frieden durch Abrüstung: Daran knüpfen die Völker ihre Hoffnungen auf Gerechtigkeit, Freiheit, die Wahrnehmung der Rechte und die Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen, auf die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt, die Vernichtung aller Formen der nationalen und Rassendiskriminierung sowie auf den Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit.

Leider ist die Sache der Abrüstung trotz der Aktivität der Friedenskräfte bisher, wie Michail Gorbatschow sagte, "um kein einziges Millimeter vorangekommen". Die Ursache ist in der Einstellung verschiedener Regierungen zu den Zielen und Aufgaben des Friedenskampfes im allgemeinen und des Internationalen Friedensjahres im besonderen zu suchen.

Die sozialistischen Staaten legen da den gebührenden Ernst an den Tag. Im Januar veröffentlichte die UdSSR ein Programm der etappenweisen Beseitigung der Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar wurde der Gedanke an ein allumfassendes internationales Sicherheitssystem ausgesprochen. Dem folgten konkrete Vorschläge, die ein Abkommen über den Abzug der Mittelstreckenraketen aus Europa erleichtern könnten. Maßnahmen zur Beseitigung der chemischen Gefahr wurden vorgeschlagen. Im Mai verlängerte die UdSSR ihr Moratorium für Nukleartests zum drittenmal. Im Juni unterbreiteten die Warschauer Vertragsstaaten einen detaillierten Plan des Abbaus von Streitkräften und konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural.

Vergleichen wir all diese Initiativen mit denen, die in letzter Zeit von verschiedenen öffentlichen und politischen Kräften und Friedensbewegungen ausgingen, so sehen wir, daß die sowjetische "Friedensoffensive" der Gesinnung der internationalen, darunter auch der europäischen Öffentlichkeit in höchstem Maße Rechnung trägt.

Wenn nach all diesen konstruktiven

und kühnen Schritten das Abrüstungsproblem nicht über den toten Punkt hinauskommt, so geschieht das wegen der unverhohlenen obstruktivistischen Position Washingtons und einiger seiner Bündnispartner. Unter Vernachlässigung der Lebensinteressen der Völkergemeinschaft lehnt das Weiße Haus eine ernsthafte und sachliche Erörterung der sowjetischen Vorschläge ab, mehr noch, es kündigt SALT 2 und die anderen sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen auf.

Dieser destruktive Kurs Washingtons ruft bei der westeuropäischen Öffentlichkeit große Besorgnis hervor. Wir sagen das keineswegs, um zwischen die atlantischen Verbündeten einen Keil zu treiben. Ihre enge Zusammengehörigkeit ist nun mal eine objektive Tatsache.

Doch eine ebensolche objektive Tatsache ist die Sorge der 700 Millionen Europäer um die Festigung ihrer Sicherheit. Ob sie nun im Osten oder im Westen des Kontinents leben, sind sie berechtigt, diese Probleme von ihrem Standpunkt aus, unter Berücksichtigung ihrer Lebensinteressen und geschichtlichen Erfahrungen zu betrachten. Die USA dagegen tragen den Interessen der Europäer bei weitem nicht immer Rechnung. Hier meinen wir nicht nur und nicht so sehr die Partnerschaft im NATO-Rahmen wie vielmehr die Partnerschaft der USA mit ganz Europa im Rahmen des Helsinki-Prozesses. Seinerzeit standen die sozialistischen Staaten positiv zur Teilnahme der USA an diesem Prozeß und rechneten mit einem konstruktiven Beitrag der Großmacht zur Festigung der Sicherheit und zum Ausbau der Zusammenarbeit in Europa.

Aber heute berechtigt das Verhalten Washingtons in der internationalen Szene die Europäer durchaus dazu, es darauf aufmerksam zu machen, daß die Teilnahme am gesamteuropäischen Prozeß auch konkrete Verpflichtungen auferlegt. Die Weigerung, die kollektive Verantwortung auf sich zu nehmen und Verpflichtungen im Bereich der Sicherheit und Zusammenarbeit einzugehen, ist ein Zeichen der "selbstgefälligen Stärke" eines Staates, der eine Hegemoniepolitik anstrebt und sich dabei über die Interessen seiner Partner und Verbündeten hinwegsetzt. Gerade das sehen viele Europäer, auch im Westen, in Washingtons Weigerung, die Vereinbarungen mit der UdSSR, die das Wettrüsten zügeln, aufrechtzuerhalten, in seinem Streben, Westeuropa amerikanische nukleare Mittelstreckenraketen aufzuzwin-

gen und dort um jeden Preis zu behalten sowie mit der Herstellung von binären Kampfstoffen, die zum Einsatz in Europa bestimmt sind, zu beginnen; nicht zuletzt auch in den Versuchen, Vereinbarungen auf der Stockholmer Konferenz hinauszuzögern, und in der Tatsache, daß die US-Delegation das Berner Treffen über Fragen der Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet zum Scheitern brachte. Die Amerikaner legten gegen den Entwurf eines Dokuments, der vereinbart worden und für die restlichen 34 Teilnehmer des Treffens in Bern annehmbar war, ein Veto ein, und das leuchtet möglicherweise die wahren Absichten der US-Regierung gegenüber dem gesamten Helsinki-Prozeß aus. So etwas ist dazu angetan, den Europäern schon vor Beginn des Wiener Treffens der KSZE-Staaten schwere Sorgen um seinen Verlauf einzuflößen.

Man muß den öffentlichen Kreisen Europas Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie treten immer aktiver für den Helsinki-Prozeß ein und bringen konkrete Vorschläge zur Realisierung der Schlußakte ein. Diese Einstellung charakterisierte die Ergebnisse der Brüsseler Tagung des Internationalen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der internationalen Konferenz "Wien-III: Neue Horizonte in Zusammenarbeit und Handel zwischen Ost und West" und einiger anderer Foren.

Verschiedene politische Kreise in Europa sehen einen wichtigen Faktor von Frieden und Sicherheit darin, neue, effektivere Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu finden, zu erweitern und zu vertiefen, die Barrieren und Hindernisse, die auf diesem Weg aufgetürmt werden, wegzuräumen und die wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten.

Es fällt auf, daß auch diese Forderungen in vieler Hinsicht mit den Zielen der außenpolitischen Initiativen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, mit ihrer Haltung gegenüber dem Helsinki-Prozeß zusammenfallen. Michail Gorbatschow sagte: "Dieser Prozeß muß in allen Richtungen — in politischer, wirtschaftlicher, humanitär-kultureller — vorangehen. Alle 'drei (Helsinki-)Körbe' müssen mit frischen und nützlichen Früchten gefüllt werden. So gehen wir auch an das bevorstehende und für das Leben Europas wichtige Forum — das Wiener Treffen der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz — heran. Unseres Erachtens könnte dieses Treffen eine Wende zum Besseren bedeuten, und wir sind bereit, dazu beizutragen."

Die Europäer werden sich über den Zusammenhang zwischen dem Friedenskampf und dem Thema Menschenrechte immer klarer. Die Menschen wollen die Willkür und Rechtlosigkeit in den einzelnen Ländern und in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht dulden. Bei Michail Gorbatschow lesen

wir: "Wir legen an diese Frage die höchsten Kriterien an: sowohl als an ein Problem der Verkörperung der fortschrittlichen Ideale der sozialen Gerechtigkeit wie auch als an eine Komponente eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems."

Die UdSSR sieht gewaltige Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie und ist zur internationalen Zusammenarbeit in humanitären Fragen bereit; nicht bloß in Worten, sondern in Taten sucht sie nach praktischen Lösungen auch auf diesem Gebiet. Ein beredter Beweis dafür ist die konstruktive Position der UdSSR-Vertreter in Bern zu den zwischenmenschlichen

Kontakten. Trotz der US-Obstruktion nahm die Sowjetunion die Arbeit an den Vorschlägen der sowjetischen Delegation in Bern wieder auf. Obwohl der Entwurf in Bern nicht angenommen wurde, findet sich die UdSSR bereit, sich in ihrer Praxis der bilateralen Beziehungen an die Bestimmungen des Dokuments zu halten, falls andere Staaten dies mit unserem Staat vereinbaren.

Es wäre natürlich wünschenswert, daß die Regierungen mancher NATO-Staaten den Stimmungen der friedliebenden Öffentlichkeit und den Geboten der Zeit ebenso viel Beachtung schenken, wie das die UdSSR und ihre Bündnispartner tun.

Mit doppelter Energie



Auf unsere Bitte hat der "Prawda"-Korrespondent in London, Arkadi Maslennikov, Mr. David Steel, den Vorsitzenden der Liberalen Partei Großbritanniens, interviewt.

Würden Sie bitte kurz umreißen, wie Ihre Partei allgemein zu den außenpolitischen Kardinalfragen und zu den gegenwärtigen internationalen Beziehungen steht.

Sie sieht es als ihre Pflicht an, in den ersten Reihen derer zu stehen, die sich um bessere Ost-West-Beziehungen bemühen. Unserer Ansicht nach ist bei Abrüstungsverhandlungen keine Einigung ohne einen Impuls auf politischer Ebene erzielbar, auf der zur Zeit eine Atmosphäre der gegenseitigen Beargwöhnung und der Feindseligkeit herrscht.

Deshalb war ich einer von denen, die die Initiative zu bilateralen Treffen und Besuchen ergriffen. Faktisch war meine Reise in die UdSSR im Januar 1984 der Auftakt, dem dann Besuche von Spitzenfunktionären der Labourpartei und Außenminister Geoffrey Howes in Moskau gefolgt sind.

Wir gehen davon aus, daß man, um die Beziehungen unserer Länder zueinander, ja zwischen Ost und West überhaupt zu verbessern, die politischen Kontakte ausweiten und einander genauer kennenlernen muß. Mich befriedigt es, daß diese Kontakte letzthin merklich reger geworden sind. Ein Höhepunkt war das erfolgreiche Genfer Gipfeltreffen Gorbatschows und Reagans. Es wäre sehr wichtig, daß der damit eingeleitete Prozeß fortgesetzt wird.

Nehmen wir auch nur ein Beispiel. Ich glaube nicht, daß man sich im Westen in vollem Maße der Schwere der Verluste bewußt ist, die das Sowjetvolk im

zweiten Weltkrieg erlitt. Sie waren ungleich größer als diejenigen Großbritanniens und der USA. Wenn man die Gedenkstätte auf dem Leningrader Piskarjowskoje-Friedhof gesehen hat, kann man für die enormen Opfer und das Heldentum des Sowjetvolkes nicht gleichgültig sein. Man begreift auch seine Besorgnis, daß es wieder zu einem Einfall in sein Land kommen könnte. Das zu wissen, ist sehr wichtig, denn die sowjetische Politik erklärt sich angesichts der Bedrohung vom Westen her zumindest teilweise mit diesen Befürchtungen. Erst wenn man das erkannt hat, sieht man eine Möglichkeit zur Bannung der unberechtigten beiderseitigen Ängste und Befürchtungen. Erst diese Erkenntnis ermöglicht das, was ich eine "kontrollierte Regelung unserer Differenzen" nennen möchte.

Natürlich geht es nicht um einen Versuch, die UdSSR zur Aufgabe ihrer politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Auffassungen zu überreden. Wir müssen ein System entwickeln, bei dem die beiden verschiedenen Weltanschauungen nebeneinander bestehen und in gesundem, konstruktivem und friedlichem Sinne miteinander wetteifern können. Das muß der Ausgangspunkt aller unserer Diskussionen sein. Wenn wir es nicht lernen, uns auf dieser Grundlage zu einigen, dann befürchte ich sehr, daß alle unsere Verhandlungen scheitern und wir dazu verdammt sein werden, in einer gespannten Atmosphäre und bei einer Eskalation des Wettrüstens zu leben.

Deshalb hoffe ich sehr, daß Reagans

und Gorbatschows Gipfeltreffen in Washington zustande kommt und daß man reale Maßnahmen zur besseren Ost-West-Verständigung treffen wird.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Friedensinitiativen der UdSSR?

Unter den heutigen Umständen halte ich die Vorschläge der UdSSR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten, daß die konventionellen Waffen und Streitkräfte in Europa reduziert werden sollen, für besonders wichtig. Bekanntlich liegt die übermäßige Abhängigkeit des Westens von den Kernwaffen in erster Linie an seiner Angst vor der Überlegenheit der UdSSR bei den konventionellen Waffen. Deshalb sind wir an einer diesbezüglichen Einigung lebhaft interessiert.

Ich will nicht verhehlen, daß mich das Problem der Wahrung der persönlichen Freiheiten in der UdSSR in dem Sinne, wie wir sie auffassen, sehr beschäftigt. Zugleich gestehen wir den Sowjetbürgern das Recht zu, ihre Ablehnung von Begleiterscheinungen einer unregelmäßigen Wirtschaft wie der Arbeitslosigkeit zu äußern. Das alles sind wichtige Fragen, sie müssen bei Ost-West-Zusammenkünften offen erörtert werden.

Welche Rolle könnten die Staaten Westeuropas, namentlich Großbritannien, bei den Bemühungen um Abrüstung und normale internationale Beziehungen spielen?

In den RGW-Ländern ist über 1/3 aller Wissenschaftler der Welt tätig. Auf sie entfallen jährlich über 40 % der Erfindungen und Entdeckungen sowie 20 % aller Patente der Welt. Der Patent- und Lizenztausch ist ein dynamischer Bereich des Außenhandels zwischen RGW und Westeuropa.

Dieses und die sozialistischen Länder ergänzen einander im Hinblick auf ihr Forschungspotential. In Westeuropa sind industrielle Forschungen von unmittelbarem Nutzwert sehr entwickelt. Die sozialistischen Länder Europas haben große Erfolge in einigen Bereichen der Grund- und der angewandten Wissenschaften zu verzeichnen.

Wir haben unsere festen Ansichten über Großbritanniens Zugehörigkeit zur NATO und unsere besonderen Beziehungen zu den USA. Das sind sie wirklich. Doch besteht die ernste Befürchtung, daß sie in ein dienendes Verhältnis zum Seniorpartner ausarten können. Das schwebt dem britischen Volk und uns, den Liberalen als Partei,

keineswegs vor. Wir sind fest von der Notwendigkeit des westlichen Bündnisses überzeugt und möchten mit den USA gut stehen. Es muß aber ein gesundes Verhältnis zwischen aufrichtigen Freunden und nicht eins sein, das auf sklavischer Unterstützung von allem beruht, was man in Washington auch immer sagt.

Westeuropa hat seine besonderen Interessen und seine besondere Einstellung zu den neuen sowjetischen Vorschlägen, die sich zwangsläufig vom Standpunkt der USA unterscheiden. Es sind unsere gesamteuropäischen Interessen, sie gelten sowohl für England als auch für Frankreich als zwei Staaten, die Kernwaffen besitzen, für uns und für unsere westeuropäischen Partner, die unsere Sorge um den Frieden und die Sicherheit Europas teilen.

In den 10 Jahren, die ich der Liberalen Partei vorstehe, war ich ziemlich oft in den USA und bin mit Regierungsvertretern verschiedenen Ranges zusammengekommen. Mich hat es immer sehr beunruhigt, wie unkoordiniert und widersprechend ihre Äußerungen sind. Darin unterscheiden sich die USA kraß von England, der UdSSR und den meisten anderen Staaten, in denen ich war. Das ist einem konstruktiven Dialog zwischen den USA und ihren Partnern sehr hinderlich.

Es ist zum Verzweifeln. Das soll aber nicht heißen, daß wir auf einen Dialog verzichten sollen. Wenn wir sehen, daß außenpolitische Schritte der US-Regierung falsch sind, dann müssen wir es sagen. Ich bin z. B. von der Unantastbarkeit des SALT-2-Vertrags und davon überzeugt, daß keinerlei Verstoß dagegen geduldet werden darf. Ebenso entschieden müssen wir der US-Führung erklären, daß uns ihre Mittelamerikapolitik inakzeptabel ist. Ich finde es sinnlos, aus Loyalität einem Bündnispartner gegenüber einer Politik beizupflichten, mit der wir nicht einverstanden sind. Ich hoffe aufrichtig, daß Reagans Äußerungen zum SALT-2-Vertrag nicht das letzte Wort der US-Regierung sind und daß der Vertrag erhalten bleiben kann.

Washingtons westeuropäische Partner können in diesem Sinne weitgehenden Einfluß geltend machen. Ich weiß, daß Geoffrey Howe und die Vertreter anderer NATO-Staaten auf der NATO-Ratstagung in Halifax für die Aufrechterhaltung von SALT 2 eingetreten sind. Faktisch bildeten die Bündnispartner der USA dort zu dieser Frage eine Art Einheitsfront. Ein gutes Zeichen! Leider hat es aber bei der US-Administration zu keinem Stellungswechsel geführt. Ich will hoffen, daß die geeinte Stellungnahme der genannten Staaten mit der Zeit auch die Politik der USA beeinflussen wird.

Wir setzen uns nicht nur dafür ein, daß der SALT-2-Vertrag erhalten bleibt, sondern auch für seine Ergänzung durch andere vertrauensbildende Maßnahmen. Sehr gern möchten wir, daß das nächste sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen



in dieser Hinsicht greifbare Ergebnisse zeitigt. Vor allem erhoffen wir davon eine wesentliche Reduzierung der strategischen und der nuklearen Mittelstreckenwaffen.

Die Frage der Reduzierung der strategischen und nuklearen Waffen hängt unlösbar damit zusammen, daß im Kosmos keine Waffen für Schläge gegen Ziele in der Luft und auf der Erde stationiert werden dürfen, d. h. daß die von der US-Regierung geplante Militarisierung des erdnahen Raums unterbleibt. Wie meinen Sie, welche Beziehung besteht zwischen diesen beiden Problemen?

Ebenso wie unsere sozialdemokratischen Partner sind auch wir gegen das "Sternenkriegs"-Programm der USA. Wir finden ebenfalls, daß seine Ausführung einer Reduzierung der strategischen Waffen im Wege stehen wird.

Welche Rolle könnte Großbritannien bei der Lösung dieser Probleme spielen?

Bei den vorigen Parlamentswahlen erklärte unsere Partei, um die Herstellung einer Rüstungskontrolle voranzubringen, seien wir bereit, bei den Ost-West-Diskussionen auch das britische Kernwaffenpotential zu berücksichtigen. Die Regierung ist bekanntlich nicht darauf eingegangen. Einmal, als die US-Administration auch dazu bereit war, erhob die Regierung Thatcher Einwände. In Anbetracht dieser Tatsache hat Gorbatschow bekanntlich erklärt, die Regierung der UdSSR sei bereit, auf eine einschneidende Reduzierung der strategischen und nuklearen Rüstungen der UdSSR und der USA einzugehen und die Kernwaffen Großbritanniens und Frankreichs vorderhand beiseite zu lassen, jedoch unter der Bedingung, daß sie nicht aufgestockt werden.

Leider hat die jetzige britische Regierung das Angebot nicht angenommen. Sie konzentriert sich auf die Ausführung des Trident-Programms, das das britische Kernwaffenpotential sprunghaft vergrößern wird. Wir sind also einerseits gegen eine Berücksichtigung der britischen Kernwaffen bei multilateralen Ost-West-Verhandlungen, und andererseits akzeptieren wir das sowjetische Angebot nicht, sie unter der Bedingung nicht mitzurechnen, daß die heutige Zahl der dazugehörigen Nuklearraketen unverändert bleibt. Wir tun also nichts, um die Abrüstung voranzubringen zu helfen.

Nach Ansicht der Liberalen Partei müssen bei den Genfer sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen die britischen ebenso wie die französischen Kernwaffen ins Kernwaffenpotential von Ost und West eingerechnet werden. Wir

finden, diese Variante ist dem jetzigen Vorschlag der Labourpartei vorzuziehen — sie ist für ein britisch-sowjetisches Abkommen über eine Kernwaffenreduzierung, d. h. eigentlich für die Vernichtung der britischen nuklearen Eindämmungswaffen in Gestalt der Polaris-Raketen.

Wir alle müssen die Lehren von Tschernobyl beherzigen. Es ist nicht nur für das Sowjetvolk eine große Tragödie. Bisher ist so etwas in Zivilobjekten passiert, das will aber angesichts der gehorteten Kernwaffenbestände nicht besagen, daß wir vor noch viel schwereren Tragödien sicher seien. Je

mehr solche Waffen es gibt, desto wahrscheinlicher sind derartige Tragödien und desto größer kann ihr Umfang sein. Deshalb müssen wir jetzt, nach Tschernobyl, mit erhöhter Energie auf eine Reduzierung der Kernwaffen hinwirken, und Großbritannien muß dabei eine denkbar aktive Rolle spielen.

Frieden und Sicherheit für unseren Planeten ist die Parole der Antikriegsmanifestationen.

Fotos: TASS



Widerstandspotential

Grigori LOKSCHIN, Sekretär des Sowjetischen Friedenskomitees

Das zunehmende Verständnis der gefährlichen Weltlage zwingt Millionen Anhänger der Antikriegsbewegung, viele real denkende Politiker des Westens, Abschied von überlebten Illusionen und Vorurteilen zu nehmen. Doch das neue politische Denken bahnt sich nicht leicht den Weg.

Davon konnte man sich ein weiteres Mal auf der kürzlichen END-Konventtagung im Pariser Vorort Evry überzeugen. Daran nahmen ca. 600 Vertreter pazifistischer und religiöser Organisationen und Bewegungen aus Europa teil, die sich als "unabhängig" und "ungebunden" bezeichnen. Eingeladen war auch eine Gruppe von Experten aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, China und einigen anderen Ländern.

Trotz fortbestehenden

Meinungswirrwarrs

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen auch diesmal Fragen der westeuropäischen Sicherheit. Doch bezeichnend für die jüngste Tagung waren die akuten Differenzen zwischen Vertretern der Antikriegsbewegungen und Politikern einer Reihe von Parteien (vor allem sozialistischer und sozialdemokratischer). Die Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs und Spaniens, der Italienischen KP, Labourvertreter aus

Großbritannien, Grüne, Sozialdemokraten aus Holland und den skandinavischen Ländern legten die eigenen Sicherheitskonzeptionen dar. Ihre Opponenten wollten bei allen Meinungsunterschieden im Grunde die Antwort auf die Frage erhalten, die alle bewegte, wenn auch nicht alle sie laut zu äußern wagten: Wie werden diese Parteien auf das von der Sowjetunion vorgeschlagene Friedensprogramm für Europa antworten?

Allein schon diese offene Diskussion der Vertreter einflußreicher linker Parteien mit aktiven Anhängern der Antikriegsbewegung zeigt, daß sie sich einander angenähert haben. Einerseits verbirgt sich dahinter das Streben der Politiker, Wählerstimmen zu erringen, andererseits der verstärkte Wunsch des "kleinen Mannes", sich unmittelbar in die Lösung der Abrüstungsprobleme einzuschalten und wesentliche Veränderungen der Regierungspolitik zu erreichen.

Die Veranstalter des Konvents waren offensichtlich enttäuscht über die Absage von Vertretern der SPD. Diesbezüglich wurden verschiedene Begründungen angeführt. Die einen sagten, die bundesdeutschen Sozialdemokraten wollten ihre französischen Genossen, mit denen sie große Differenzen haben, nicht "in eine unangenehme Lage bringen". Andere erklärten, die vorhergehenden END-Konvente hätten das Potential der Friedensbewegung durch fruchtlose Diskussionen über ideologische Fragen, die mit den Aufgaben der Bewegung nichts

gemein haben, geschwächt. (Daran ist nicht wenig wahr.) Das Fehlen von Vertretern einer der größten sozialdemokratischen Parteien wirkte sich natürlich auf das Niveau und den Inhalt der Diskussionen aus. Nichtsdestoweniger präsentierte der Sekretär für internationale Verbindungen der holländischen Partei der Arbeit, Maarten van Traa, das von der SPD seinerzeit formulierte Konzept der "Sicherheitspartnerschaft".

Ein Vergleich der Positionen verschiedener sozialistischer Parteien des Westens so, wie sie auf dem Konvent dargelegt wurden, erinnerte an Lenins Bemerkung am Vorabend des ersten Weltkrieges zu den damaligen Differenzen zwischen den Sozialdemokraten: Es fällt "schwer, eine andere Frage zu finden, in der solche Schwankungen, solcher Meinungswirrwarr unter den westeuropäischen Sozialisten herrschen wie in der Diskussion über die antimilitaristische Taktik".

Der Meinungswirrwarr bleibt leider bestehen. Und doch machten die Wortgefechte klar: Sowohl in der Friedensbewegung des Westens als auch unter den linken Sozialdemokraten festigt sich die positive Haltung zur dynamischen, neue Elemente einbringenden Politik der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, zu der realen Alternative, die sie Europa anbieten. Deutlich wurde das an der Kritik, die die Konventteilnehmer so gut wie einstimmig an der Konzeption der "Abschreckung" übten. Verteidigt wurde sie von einem namhaften Politiker der Französischen Sozialistischen Partei, Jacques Hantzinger. Er behauptete u. a.: "Der beste Beitrag, den Frankreich zur Sicherheit Westeuropas in den nächsten

Jahren und bis zum Jahre 2000 leisten kann, besteht in der Aufrechterhaltung und Modernisierung seiner strategischen Nuklearkräfte."

Huntzingers Behauptungen von einer "sowjetischen Bedrohung", der "konventionellen Überlegenheit der Russen" und der Notwendigkeit der Schaffung einer "unabhängigen europäischen Verteidigung" lösten wiederholt stürmische Reaktionen im Saal aus. Selbst Mary Kaldor, eine führende Vertreterin der END und Expertin der Labour Party, die nie besondere Sympathien für die UdSSR empfand, erteilte Huntzinger eine bissige Abfuhr.

Wie Mary Kaldor erklärte, ist Frankreichs Streben nach Aufstockung seines Nuklearpotentials ein Instrument zur Verschärfung der Konfrontation. Und Joan Ruddock, Vizepräsidentin der Kampagne für nukleare Abrüstung (Großbritannien), bemerkte: Wegen der Haltung der französischen Sozialisten kann Frankreich zu einem Haupthindernis bei einer realen nuklearen Abrüstung in Europa werden.

Die Vertreter der britischen Labour Party unterstrichen ihre Entschlossenheit, bei einer Regierungsübernahme alle nuklearen Modernisierungsprogramme zu annullieren, die Kernwaffen Großbritanniens zu beseitigen und die US-Stützpunkte, auf denen Nuklearwaffen gelagert sind, zu schließen. Sie gaben eine hohe Einschätzung der konkreten und klaren Antwort, die die Sowjetunion auf die Frage gab, was sie tun werde, wenn die Labour Party ihr Antinuklearprogramm verwirklicht. Davon sprach bekanntlich Michail Gorbatschow in seiner Unterredung mit einer Delegation britischer Parlamentarier, die im Mai die Sowjetunion besuchten.

Die Konventteilnehmer begrüßten die Haltung der Labour Party. Doch sie fragten auch skeptisch: Wo ist die Gewähr dafür, daß nach einem Wahlsieg der Labour Party die Regierung tatsächlich eine solche Politik verfolgen wird? Die Antworten waren leider nicht sonderlich überzeugend und ermutigend. Hatte ja die Labour Party früher, nach Übernahme der Regierungsgeschäfte, bisweilen ihre eigenen Versprechen vergessen. Wie Joan Ruddock und der Berater des Labour-Exekutivkomitees, Michael Guapse, meinten, könne niemand dafür garantieren, doch die Unterstützung der Labour Party vor und nach den Wahlen durch die Öffentlichkeit, die Friedensbewegung in Großbritannien und in anderen Ländern Westeuropas werden der entscheidende Faktor sein. Große Hoffnungen setzt die Labour Party in die Solidarität von Parteifreunden in anderen Ländern, vor allem der bundesdeutschen Sozialdemokraten. In ebendiesem Zusammenhang messen sie den Friedensinitiativen der UdSSR, die, wie Joan Ruddock sagte, "die öffentliche Meinung in Europa grundlegend verändert haben", enorme Aufmerksamkeit bei.

Nicht Worte, sondern Taten

Die Frage der Haltung zu den sowjetischen Vorschlägen, besonders zu dem Stufenplan für die Befreiung unseres Planeten von den Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000, nahm einen zentralen Platz in Evry ein.

Die sowjetischen Vorschläge dürfen nicht als Propaganda betrachtet werden, sie zeugen vielmehr von dem aufrichtigen Wunsch, den Rüstungswahnsinn zu beenden — das war die Meinung der weitaus meisten Redner. Viele gestanden ein, daß in den sowjetischen Initiativen die Hauptlösungen und -forderungen der Friedenskräfte Ausdruck gefunden haben.

Und doch ziehen es einige pazifistische Führer vor, nach "Schwachstellen" in den sowjetischen Vorschlägen zu suchen, wollen sie "korrigieren", für den Westen annehmbarer machen. Der Generalsekretär des Interkonfessionellen Friedensrates der Niederlande, Faber, sagte: Die sowjetischen Vorschläge für eine Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa sind be-

Westeuropa bestreitet vom Import der sozialistischen Ländergemeinschaft etwa 80 und nimmt von ihrem Export etwa 90 % auf.

Zwischen 1975 und 1983 stieg der Warenverkehr zwischen den Ländern Westeuropas und den europäischen RGW-Ländern von 41,2 Md. auf 73,6 Md. Dollar, d. h. fast auf das Doppelte.

Der Export Westeuropas nach Osteuropa wuchs in dieser Zeitspanne von 23 auf 36 Md. Dollar (das 1,5fache) an.

Der Export der europäischen RGW-Länder nach Westeuropa dementsprechend von 18 auf 43,3 Md. Dollar (das 2,5fache).

merkwürdig, doch da sich Großbritannien und Frankreich weigern, ihre Nuklearwaffen einzufrieren, müsse die UdSSR davor die Augen verschließen, da man anders den toten Punkt nicht überwinden könne. Es wurden auch Forderungen laut, die Sowjetunion solle ihre Nukleartests überhaupt nicht wieder aufnehmen, trotz der Weigerung der USA, sich dem Moratorium anzuschließen, und mit einseitiger Abrüstung beginnen.

Einer solchen Logik kann man natürlich nicht zustimmen. Auch viele westliche Konventteilnehmer konstatierten: Die Sowjetunion ist dem Westen bereits mehr als die Hälfte des Weges entgegengekommen. Jetzt geht es nicht darum, sie zur einseitigen Abrüstung zu drängen, sondern darum, die Regierungen zu zwingen, den Worten Taten folgen zu lassen.

"Auf die Straße zurück"

Die Haltungen der Konventteilnehmer deckten sich praktisch in der harten Kritik am gefährlichen Kurs des Weißen Hauses, an seinem "Sternenkriegs"-Programm und der Teilnahme einiger NATO-Länder daran sowie an den Plänen für eine "Europäische Verteidigungsinitiative", die das Wettüben auf dem Kontinent weiter eskalieren würde. Auf dem Konvent war von der Notwendigkeit die Rede, allen Völkern Europas durch die Wiederbelebung der Entspannung und die konsequente Realisierung der Prinzipien der KSZE-Schlußakte zuverlässige Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufzählung der Fragen, zu denen sich in der Friedensbewegung die Ansichten decken, könnte man fortsetzen. Und deshalb wurde zu Recht erklärt: Es ist an der Zeit, von abstrakten Diskussionen zu entschiedenen Handlungen überzugehen.

Gewissen Leuten wäre es natürlich lieber, wenn abstrakte Dispute über Strategie, Lösungen und Prioritäten der Bewegung so lange wie nur möglich anhielten. Nicht von ungefähr tauchten auf dem Konvent einige "Dissidenten", ehemalige Bürger sozialistischer Länder, auf. Diesmal allerdings machten ihre Behauptungen, in den sozialistischen Ländern gebe es keine Demokratie, bei niemandem großen Eindruck.

Übrigens erteilten die französischen Behörden den Konventteilnehmern eine interessante Lektion in "Demokratie". Eine Gruppe britischer END-Aktivisten, die zum Konvent hatte kommen wollen, wurde im Hafen von Dieppe für 24 Stunden festgehalten. Alle ihre Bücher, Broschüren, Souvenirs und T-Shirts mit der Darstellung von Kindern verschiedener Rassen und der Aufschrift "Wir brauchen einander" wurden von der französischen Polizei als "subversiv" beschlagnahmt. Hinzugefügt sei, daß die Massenmedien Frankreichs und anderer westlicher Länder den Konvent fast völlig verschwiegen.

... Viele Konventteilnehmer stellten sich die Frage: Wird der Druck der friedliebenden Staaten und der Weltöffentlichkeit groß genug sein, um das Abgleiten der Welt in ein Inferno zu verhindern? Natürlich muß da auch die Friedensbewegung ihr Wort sagen.

Mit Beifall wurde auf dem Konvent der Aufruf begrüßt, "auf die Straße zurückzukehren", wozu Luciana Castellina, eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens Italiens, in ihrem Schlußwort appellierte. Sie erinnerte daran, daß die heutige Friedensbewegung, die auf Straßen und Plätzen Europas in den Massenprotesten gegen die Stationierung der neuen US-Raketen entstand, ihre Kraft nicht verloren hat. Heute ist die Zeit gekommen, die Anstrengungen zu vereinen und unter Hintanstellung der ideologischen und politischen Differenzen erneut die ganze Kraft der Friedensbewegung zu demonstrieren.

UdSSR--

GROSSBRITANNIEN

Nützlicher Dialog

Außenminister Eduard Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, weilte in Großbritannien zu einem offiziellen Besuch. Bei seiner Ankunft in London sagte er u. a.: "Wir sind der Regierung Ihrer Majestät für die Einladung dankbar und hoffen, bei unserem kurzen Aufenthalt im Vereinigten Königreich inhaltvolle und für beide Seiten nützliche Verhandlungen durchzuführen. Wir verstehen sie als Fortsetzung des von Michail Gorbatschow bei seinem Besuch in Ihrem Land im Dezember 1984 eingeleiteten Dialogs."

Laut Reuter erklärten britische Regierungssprecher, daß sie Schewardnadses Besuch als wichtige Komponente der Aktivierung des Ost-West-Dialogs betrachten, der helfen könnte, die Sackgasse bei den Verhandlungen über die Rüstungskontrolle zu überwinden und einem neuen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen die Bahn zu ebnen.

Der sowjetische Außenminister übergab Margaret Thatcher eine persönliche Botschaft Michail Gorbatschows. Ein weiterer Kreis aktueller internationaler Probleme sowie die zweiseitigen Beziehungen wurden erörtert. Schewardnadse machte die britische Seite auf die jüngsten großangelegten außenpolitischen Initiativen der UdSSR sowie auf die Budapester Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten über den Abbau von Streitkräften und konventionellen Rüstungen aufmerksam.

Die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit entspricht den Interessen jeder Seite. Wie Schewardnadse unterstrich, könnte Großbritannien

nien mit seinem großen europäischen und internationalen Gewicht zur Schaffung eines solchen Systems wesentlich beitragen.

Margaret Thatcher schätzte die bestehende Praxis des direkten Dialogs zwischen der britischen und der sowjetischen Führung über aktuelle Schlüsselfragen hoch ein und hob die Bedeutung ihrer persönlichen Begegnungen mit Michail Gorbatschow hervor.

Die Seiten sprachen sich für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des gesamteuropäischen Prozesses aus. Zweifellos beeinflusst er die Erweiterung der politischen, kommerziellen, wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit auf dem Kontinent positiv. Zu diesem Ziel würden ein erfolgreicher Abschluß der ersten Runde der Stockholmer Konferenz mit konkreten Vereinbarungen über die Vertrauensbildung sowie eine konstruktive Durchführung des Wiener Treffens der KSZE-Staaten in diesem Herbst beitragen.

Die Premierministerin nahm die Einladung, der UdSSR einen offiziellen Besuch abzustatten, mit Dank entgegen.

Ebenfalls konstruktiv und offen waren die Gespräche Schewardnadses mit seinem britischen Amtskollegen Howe.

Eig. Inf.

MITTELMEER

Höchste Zeit zu handeln

Das Leben selbst erfordert meistens wichtige politische Schritte. Zu diesen Schritten gehört auch die Umwandlung des Mittelmeerraums in "eine Region dauerhaften Friedens,

der Sicherheit und Zusammenarbeit". Heute stellt das Mittelmeer wie auch immer einen wichtigen internationalen Knotenpunkt dar. Nur leider ist es auch ein höchst gefährlicher Brennpunkt. Davon konnte sich die Welt zuletzt im April überzeugen, als die US-Luftwaffe Libyen bombardierte.

Somit ist es ganz natürlich, daß die neue sowjetische Initiative, am 8. Juli d. J. dem UNO-Generalsekretär von Eduard Schewardnadse in einem Brief vorgelegt, bei Diplomaten und Massenmedien gleichermaßen auf Interesse stieß. Während die UdSSR alle ihre früheren Vorschläge für eine Friedenssicherung im Mittelmeer bestätigte, darunter auch den Abzug der amerikanischen und der sowjetischen militärischen Flottenverbände, unterstützt sie Initiativen der Nichtpaktgebundenen der Region, die in diesem Jahr ihre zweite Konferenz durchführen werden. Im Schreiben Schewardnadses heißt es weiter: "Wir halten eine noch repräsentativere Konferenz in der Art der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für nützlich."

Dazu bedarf es aufwendiger Vorbereitungen. Sie müssen vor allem bald in Angriff genommen werden. Die Spannungen im Mittelmeerraum bergen bei weitem nicht nur für die direkten Anliegerstaaten ernste Gefahren.

An seinen Küsten laufen die Grenzen von Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, nichtpaktgebundener und NATO-Staaten zusammen. Dort kreuzt unverändert die 6. US-Flotte, anderen US-Flotten um 5 Jahre voraus, was ihre Ausrüstung mit moderner Waffentechnik angeht. Das Pentagon sieht in ihr seine "Haupttharpune", gerichtet gegen die Schwarzmeerküste der UdSSR. Das provokatorische Aufkreuzen zweier amerikanischer Kriegsschiffe vor der Krimküste ist uns noch frisch in Erinnerung.

Das militärische System der NATO stützt sich im Süden auf die 6. US-Flotte und die steht

Wissenschaftler gegen den Krieg

In Moskau fand ein internationales Forum der Wissenschaftler für das Verbot von Kernwaffentests statt. Daran beteiligten sich Wissenschaftler aus 32 Ländern (Seismologen und Physiker), von denen viele seinerzeit an der Entwicklung der Kernwaffen mitgewirkt hatten.

Einer der Initiatoren des Forums, Prof. Marini Bettolo von der Universität Rom, Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, gab vor seiner Moskareise dem Korrespondenten der sowjetischen Zeitung "Trud" in Rom, Pawel Negoiza, gegenüber folgende Erklärung ab:

"Wie Forschungen vieler Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern zeigen, ist ein Kernwaffenkrieg unzulässig. Sein Beginn wäre das Ende der irdischen Zivilisation. Deshalb nahmen viele von ihnen den von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Genf gemeinsam gezogenen Schluß,

seit den 80er Jahren im strategischen Zusammenwirken mit dem israelischen Kommando. Im Juli, da die israelische Luftwaffe ihren Angriff auf Palästinenserlager bei Saida im Libanon flog, aktivierte auch die amerikanische Flotte ihre Operationen und zwar nicht nur vor der libanesischen, sondern auch vor der libyschen Küste.

All das ruft die wachsende Besorgnis der Weltgemeinschaft hervor. Nicht zum ersten Mal behandelt die UNO das Mittelmeerproblem. Es wurden durchweg nützliche Beschlüsse angenommen. Das ist aber auch schon alles. Jetzt sind praktische Maßnahmen erforderlich. Diese auszuarbeiten, dazu könnte die Konferenz beitragen, die die Sowjetunion vorschlägt.

D. WOLSKI

"NEUE ZEIT" 29.86

daß der Sieg in einem Nuklearkrieg unmöglich ist, mit Genugtuung auf.

Bei der heutigen Situation in der Welt wäre es meiner Meinung nach logisch, die Zahl der Nukleartests zu verringern oder sie gänzlich zu verbieten. Auf welche Weise? Meines Erachtens muß man damit beginnen, das entschwindene Vertrauen zwischen den Seiten wiederherzustellen, weil man, wie ich fest überzeugt bin, alles erreichen kann, wenn man einander vertraut. Die Wissenschaftler haben die Aufgabe, die Wiederherstellung des Vertrauens zu fördern. Ihre Rolle und ihre Möglichkeiten sind da einzigartig.

Gewisse Leute behaupten, Nukleartests seien nicht zu kontrollieren. Dem ist nicht so. Die Wissenschaft verfügt über hinreichende Kontrollmittel. Es gibt Satelliten, die die Prozesse auf der Erde und in ihrem Schoß beobachten. Sie garantieren allen Interessenten authentische Informationen. Zudem kann eine Nuklearexplosion von Erdbebenstationen registriert werden. Eine gegenseitige Kontrolle mit

Vor-Ort-Inspektionen wäre erst recht möglich.

Neuerdings wird in verschiedenen Ländern die Idee eines 'Weltraumschildes' verbreitet. Sie ist nicht neu. Die Geschichte zeigt, daß die Rivalität zwischen Offensiv- und Defensivmitteln in den Händen des Menschen noch keinen Krieg abgewendet hat. Ich bin entschiedener Gegner der neuesten Arten sowohl der Offensiv- als auch der Defensivwaffen.

Die Wissenschaftler haben schon längst bewiesen, daß das Atom grenzenlose Möglichkeiten in der Landwirtschaft und in der Medizin, z. B. zur Diagnostizierung und Behandlung von Krankheiten, hat. Besonders sei auf die Erfolge und die große Zukunft der Kernenergie hingewiesen, wenn sie sich auch nicht reibungslos entwickelt.

Abschließend möchte ich betonen: Heute geht es vor allem darum, das Vertrauen zwischen den Ländern wieder aufzubauen. Die Wissenschaftler könnten die Menschheit erneut zur Verhin-

derung einer nuklearen Katastrophe auffordern.

Eine solche Aufforderung kam denn auch aus Moskau. Die Teilnehmer des Forums beschlossen einstimmig eine Deklaration, worin es u. a. heißt: "Wir sehen uns einer einfachen und grausamen Realität gegenüber: Die menschliche Zivilisation wird einen Nuklearkrieg nicht überleben..."

Zur Verminderung des Risikos eines Kernwaffenkrieges bedarf es aktiver Schritte. Wir sind überzeugt, daß der erste Schritt dabei ein verifizierbares und volles Verbot von Nukleartests wäre." Deshalb forderten die Wissenschaftler die Führung aller Kernwaffenmächte, besonders die der UdSSR und der USA, auf, das Verbot der Kernwaffentests zu vereinbaren.

Am 14. Juli traf sich Michail Gorbatschow auf Ersuchen ausländischer Teilnehmer mit den Initiatoren des Moskauer Forums. Bei dieser Gelegenheit übergab G. B. Marini Bettolo die Deklaration dem Generalsekretär des ZK der KPdSU.

mit der Polizei kam und diese scharf schoß.

Die für das Regime gefährlichste Protestform ist jedoch die Streikbewegung. Anfang Juli hielten die führenden Vertreter des in die Illegalität gezwungenen Südafrikanischen Kongresses der Gewerkschaften (COSATU), der 640 000 Werktätige vereint, bei Johannesburg eine Geheimkonferenz ab. Dort wurden große Protestaktionen beschlossen. Ungefähr zur selben Zeit erarbeitete die Führung des Landesverbands der Bergarbeiter, der zum COSATU gehört, ihr Aktionsprogramm.

Bestreikt wurden auch die Gold- und Diamantenminen der De Beers Cons. Insgesamt beteiligten sich 7500 Arbeiter daran. Sie stellten wirtschaftliche Forderungen und verlangten die Befreiung von Gewerkschaftsführern und -aktivisten und die Aufhebung des Ausnahmezustands. Die COSATU-Führung erklärte, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden, werde sie die Werktätigen zu einem 24stündigen Generalstreik aufrufen.

Solche Streiks sind nicht zu unterschätzen, denn es geht um die lebenswichtigen Zweige des Bergbaus. Der Erlös aus dem Export des dort geförderten Goldes z. B. macht beinahe die Hälfte aller Valutaeingänge des Landes aus, während der gesamte Bergbau 14% des Bruttoinlandsproduktes liefert. Die Associated Press, die diese Zahlen bekanntgab, betont die großen Potenzen des Bergarbeiterverbands. Kein Wunder, daß das blindwütige Vorgehen der Behörden bei den RSA-Geschäftskreisen Unzufriedenheit auslöst. So erklärte die Vereinigung der Handelskammern, die Verfügung des Ausnahmezustands sei ein "schwerer Schlag gegen die Versuche, die Rasenkrise beizulegen".

Selbst von dem wenigen, was aus der RSA an die Weltöffentlichkeit gelangt, kann man den Schluß ziehen: Der Ausnahmezustand hat den Kampf für die Beseitigung der Apartheid nicht erstickt.

J. BOTSCHKARJOW

RSA

Was passiert unter der Glocke?

Was in der RSA nach Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni geschieht, kann die Welt nur ahnen. Die Regierung hat den Journalisten verboten, etwas über die Ereignisse im Lande nach außen zu verraten. Durch dieses Verbot sei dem Lund, wie ANC-Präsident Oliver Tambo sagte, "ein Deckel

"NEUE ZEIT" 29.86



Selbst ein Gottesdienst zum Andenken an die Opfer des Rassistenterrors in der RSA wird zu einer Protestaktion gegen das blutige Apartheidregime

Foto aus: "Newsweek" (USA)

übergestülpt worden, um zu verhindern, daß auch nur etwas in die Welt durchsickert".

Gewisse Dinge werden trotzdem ruchbar. So z. B., daß

in der RSA schon in den ersten Tagen des Ausnahmezustands Massenaktionen von Afrikanern stattfanden, bei denen es zu Zusammenstößen

NAMIBIA

Trotz allem

Der Beschluß, der das Selbstbestimmungsrecht des namibischen Volkes anerkennt, wurde in der UNO vor beinahe 20 Jahren gefaßt. Es vergingen jedoch noch 12 Jahre, bevor der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 435 billigte, die einen konkreten Plan des Übergangs Namibias zur Unabhängigkeit darstellt. Aber der Plan bleibt bisher ein Plan.

In der Wiener Hofburg tagte vom 7. bis zum 11. Juli eine Internationale Konferenz für sofortige Unabhängigkeit Namibias. Das größte Hindernis auf dem Wege zur Lösung dieses Problems sei, wie die Teilnehmer der Wiener Konferenz sagten, die Unnachgiebigkeit des Apartheidregimes und die Hilfe, die den Rassen von den USA und anderen NATO-Ländern erwiesen werde.

Von den sozialistischen Ländern unterstützt, konnten die Entwicklungsstaaten in Wien erreichen, daß zwei ausgesprochen antiimperialistische Dokumente — eine Deklaration und ein Aktionsprogramm — angenommen wurden. Sehr wichtig ist, daß darin "der Kampf des namibischen Volkes mit allen ihm zur Verfügung

stehenden Mitteln, bis hin zum bewaffneten Kampf, als rechtmäßiges Mittel" anerkannt wird, "die Aggression Südafrikas abzuwehren sowie im Rahmen eines einheitlichen Namibia Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen".

Ja, und der Westen konnte die Annahme solcher Beschlüsse nicht einmal zu durchkreuzen versuchen, waren doch die USA, Großbritannien, die BRD und Kanada auf der Konferenz nur durch Beobachter vertreten. Dadurch zeigten sie, wie der Vorsitzende der Konferenz meinte, ihre "Gleichgültigkeit" gegenüber der Verwirklichung der Resolution 435. Die "Gleichgültigkeit" wurde zu einem Bumerang. Die Konferenz bekräftigte nicht nur die Rechtmäßigkeit des bewaffneten Kampfes von Namibias Volk, sie verurteilte auch die Versuche der Imperialisten, die Entkolonisierung Namibias vom Abzug der kubanischen Truppen aus Angola abhängig zu machen, und enthüllte alle Verbündeten des Apartheidregimes als solche.

Ich sah, wie ein verärgerter US-Journalist den tansanischen Außenminister Mkapa und in seiner Person alle afrikanischen Delegationen abkanzelte:

"Ihr sprecht die Sprache der Kommunisten. Die Länder des Sowjet-Blocks haben in die Deklaration und das Ak-

tionsprogramm Elemente eingeschmuggelt, die die westlichen Staaten wohl kaum schlucken werden."

"Unsinn. Auf dieser Konferenz haben wir gesagt, was wir denken", sagte der Minister.

"Die westlichen Länder verstehen nicht, warum in die Schlußdokumente der Punkt über die Rechtmäßigkeit des bewaffneten Kampfes aufgenommen wurde. Das ist ja nicht human!" ereiferte sich der Amerikaner.

Darauf der tansanische Minister: "Unglaublich! Ihr wollt den versklavten Namibiern das Recht nehmen, für die Befreiung zu kämpfen. So verstehen Sie doch: Für die Unterdrückten gibt es keine Wahl in den Kampfmitteln."

Prognosen über die Situation in und um Namibia wären verfrüht. Doch steht fest, daß die Beschlüsse der Wiener Konferenz den Befreiungskampf des namibischen Volkes unter SWAPO-Führung fördern.

W. KOROTSCHANZEW

Wien—Moskau

GRIECHENLAND-- USA

Mißglückter Test

Die griechische Regierung wies das Gesuch der USA zurück, die für Kernwaffen bestimmten amerikanischen Lager in Griechenland zu modernisieren. Als amtlicher Regierungssprecher erklärte M. Papaioannou, Athen habe diesen Beschluß in der Hoffnung gefaßt, das Land von den Kernwaffen gänzlich zu befreien.

Im Herbst v. J. schrieb die "Neue Zeit", daß der damalige Regierungssprecher C. Laliotis den damals begonnenen Abzug von nuklearen US-Munitionen aus Nordgriechenland den "ersten Schritt" in dieser Richtung nannte. Auf den ersten Schritt folgte der zweite. Wie geht es weiter?

Bevor wir diese Frage beantworten, sei hier eine Tatsache erwähnt, die aus Versehen im stenographischen Bericht über eine Anhörung im Unterausschuß für Militärwesen beim Haushaltsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses veröffentlicht wurde. Wie sich herausstellt, befinden sich auf einem US-Stützpunkt in Griechenland schon seit 20 Jahren Bomber mit Kernwaffen an Bord rund um die Uhr in Kampfbereitschaft.

Am nächsten Tag nach der Mitteilung, das Gesuch der Amerikaner sei abgelehnt worden, unterstützte Ministerpräsident A. Papandreu in einer Ansprache erneut diejenigen, die sich für eine stetige Reduzierung und letzten Endes völlige Vernichtung der Kernwaffen auf unserem Planeten einsetzen.

Die Sozialisten erklärten wiederholt, daß sie an dem zwischen Athen und Washington geschlossenen Vertrag festhalten, dem zufolge das Pentagon seine Stützpunkte in Griechenland 1988 auflösen soll. Den USA dagegen geht es darum, ihre Stützpunkte dort um jeden Preis zu behalten. Deshalb wird an diversen Varianten geknobbelt: Fusion von Stützpunkten, ihre teilweise Liquidierung, die Aufgabe zweitrangiger Objekte usw.

Zur Bekräftigung solcher "Projekte" setzen amerikanische Amtspersonen und Zeitungen das Gerücht in Umlauf, das Pentagon werde seine Stützpunkte doch behalten können. So schrieb die "Wall Street Journal": "Lauf zuverlässigen Angaben ... wird eine Formel gefunden werden, damit die Amerikaner ihre Stützpunkte bewahren können."

Nun, Fakten sind das keine. Deshalb wurde vom Potomac ein Probaball in Form des Gesuchs um Modernisierung aufgelassen. Was würden die Griechen wohl antworten, vielleicht würde die Sache doch steigen?

Der Probaball ist zurück, der Trick erwies sich als fauler Zauber.

A. BOGOMOLOV

"NEUE ZEIT" 29.86

Okkupantenstreife in Namibia

Foto: TASS



Am Scheideweg

Georgi SCHMELJOW

Ein Sprecher des US-Außenministeriums nannte die dramatischen Geschehnisse in Manila in der ersten Julihälfte einen Sturm im Wasserglas. Das schienen sie auch zu sein: Ein Versuch von Anhängern Expräsident Marcos', im Luxushotel "Manila" eine Art Gegenregierung aufzuziehen, scheiterte nach einigen Stunden.

Die Präsidentin Corazon Aquino, die sich während dieser Aktion auf Mindanao aufhielt, brauchte nicht einmal bewaffnet einzuschreiten. Ihre Rückkehr nach Manila genügte, damit ein großer Teil der putschenden Soldaten — es waren einige hundert — zu ihr übergangen. Der Exsenator Antonio Tolentino, der sich zum "Interimspräsidenten" aufgeworfen hatte, ist der Anstiftung zum Aufbruch angeklagt. Die Regierung hat das Staatsruder fest in Händen. Dieser Ansicht sind alle in Manila akkreditierten ausländischen Korrespondenten. Auch Washington hat sich erneut für die Regierung Aquino erklärt.

Die Bezeichnung der Vorgänge als Sturm im Wasserglas zeugt jedoch kaum davon, daß der Repräsentant der USA jetzt ehrlich ist. Manches erscheint fraglich. Merkwürdig ist schon, daß ein anderer Vertreter des gleichen Amtes, ein Vizekonsul der USA, die erste, wenn nicht sogar die einzige Amtsperson war, die am Mittwoch das Hotel aufsuchte, nachdem dort die "Regierung" von eigenen Gnaden ausgerufen worden war. Noch verdächtiger ist der für den Putsch gewählte Zeitpunkt. Die Präsidentin und der Vizepräsident (der als Gast in Spanien weilte) waren gerade abwesend. Wichtiger aber sind die politischen Umstände, unter denen die regierungsfeindliche Aktion — gewiß nicht zufällig — durchgeführt wurde.

Von einigen konnte ich mir ein Bild machen, als ich in Manila Informationsminister Teodoro Locsin aufsuchte. Von seinem Empfangszimmer aus kann man das zweigeschossige Malacanang-Schloß überblicken.

"Waren Sie noch nicht da drüben?" fragte mich der Minister. "Gehen Sie hin

und sehen Sie sich einmal an, wie die Machthaber der Philippinen 20 Jahre lang gelebt haben."

Einer der ersten Erlasse der neuen Staatschefin hat das Schloß zum Museum erklärt und für Besucher geöffnet.

Von dem hohen Eisentor über den ganzen Hof und durch den Garten stehen bis zum Schloß Schlangen. Es sind Schulkinder, Hausfrauen, Nonnen, Arbeiter und Bankangestellte, die hier eine Führung mitmachen wollen. An ihrer Kleidung herrschten zwei Farben, Gelb und Grün, vor. Es sind die Farben der noch unlängst oppositionellen Parteien, die bei den Präsidentschaftswahlen im Februar gesiegt haben.

Vor mehr als 120 Jahren erbaut, war das Schloß die Residenz anfangs der spanischen und später der amerikanischen Generalgouverneure und schließlich der Präsidenten der Republik der Philippinen. Nach einer Legende soll ein Filipino, von der Pracht überwältigt, ausgerufen haben: "Mala can yang — "Hier wohnen hohe Personen!" Daher der Name des Schlosses. Nachdem Marcos 1972 den Belagerungszustand verhängt hatte, nannte man es: "Die Festung Malacanang".

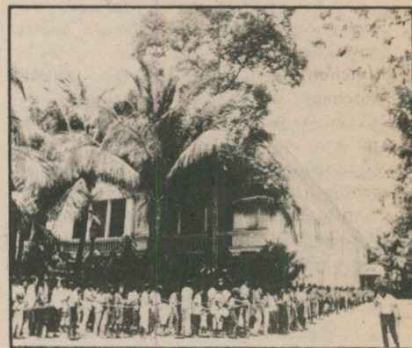
27 prunkvolle Säle hat das Schloß im Parterre und 28 im 1. Stock. Überall stehen (allerdings leere) Schmuckkästchen verschiedener Größe und hängen zahllose Bildnisse der früheren Bewohner. Die Museumsführerinnen verweilen lange in deren Garderoben. Da sind Zobelpelze, 2000 Kleider aus den besten Pariser Modeateliers, 2700 Paar Damenschuhe und 3500 Garnituren Damenwäsche zu sehen.

Die größten Reichtümer der Familie des Expräsidenten, der jetzt auf Hawaii lebt, sind natürlich nicht mehr da. Aus der Presse weiß ich, daß das Vermögen der Familie auf 6–10 Md. Dollar geschätzt wird; hierzu gehören der Wert von Immobilien und Schmuck, ferner Bankkonten und Wertpapiere im Ausland. Die Regierung trifft Maßnahmen,

um die Milliarden, die sich Marcos widerrechtlich angeeignet hat, ins Land zurückzuholen.

Die Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino ist seit dem 26. Februar an der Macht. Wie man mir erzählt hat, kannte noch vor drei Jahren kaum jemand, ihren Vornamen. Sie war für alle Mrs. Aquino, die Gattin eines Führers der Opposition, des Ex-Senators Benigno Aquino. Am 21. August 1983 wurde er auf der Gangway eines Flugzeugs im Flughafen von Manila erschossen. Senator Aquino wurde ermordet (aber die genauen Umstände seines Todes sind noch jetzt ungeklärt), als er nach fast dreijährigem Exil aus den USA heimkehrte. Sein Tod trug dazu bei, daß sich die Oppositionellen um seine Frau scharten.

Anfangs nahm man sie auf den Philippinen nicht ernst. Die Presse witzelte, alle ihre Eigenschaften seien negativ: Unerfahrenheit, Unfähigkeit usw. usf. Sie zählt hingegen zu den hochgebildeten Frauen der Philippinen, hat Jura und Mathematik studiert und ist eine hervorragende Rednerin, die sehr überzeugend spricht, Humor hat und zu einem beliebigen Hörerkreis Kontakt findet. Bald stellte es sich heraus, daß sie "ihr Fach", die Politik, sehr gut kennt. Das hat sich sehr bald ausgewirkt: Die



Das Malacanang-Schloß, in dem der frühere Präsident wohnte und das jetzt Museum ist. Dort kann man die Schätze bewundern, die Marcos nicht ins Ausland mitnehmen konnte.

vorher ziemlich zersplitterte Opposition erkannte, daß sie eine Führerpersönlichkeit gefunden hat und daß das frühere Regime ein ernst zu nehmender Gegner ist.

Nach den Wahlen gab Corazon Aquino den Sieg über Marcos bekannt, obwohl sich dessen Anhänger weigerten, das Wahlergebnis zu akzeptieren.

Als Staatschefin sagte die Präsidentin in einem ihrer ersten Interviews, ihr stehe nunmehr ein anderer, noch schwererer Kampf bevor. Das Volk der

Philippinen erwarte vor allem eine Sanierung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Schon während des Wahlkampfes versprach sie, die ersten positiven Wandlungen würden sich schon in 100 Tagen nach dem Amtsantritt ihrer Regierung zeigen.

Der Stichtag fiel in die erste Juniwoche, als ich gerade auf den Philippinen war. Auf einer Pressekonferenz zählte Corazon Aquino auf, was die neue Regierung bei der eingeleiteten Säuberung des Staatsapparats und der Streitkräfte von den Anhängern des früheren Regimes getan hatte; ferner die Aufhebung einiger Repressivgesetze, die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten einschließlich der Pressefreiheit und die Freilassung der über 500 politischen Häftlinge. Alle diese Schritte hätten, so sagte sie, ihre Regierung bei den Massen populär gemacht.

Das ist sie allerdings nicht in allen Kreisen.

Als sie die Nationalversammlung (das Parlament) auflöste, in der die Anhänger Marcos' in der Majorität waren, als sie die unter Marcos konzipierte Verfassung annullierte und sich mit umfangreichen Befugnissen versah, wurde sie von der neuen Opposition als Diktatorin verschrien. Ihr Vorgehen wurde als verfassungswidrig beschimpft. Es unterscheidet sich in keiner Weise von den Methoden ultrarechter Regimes.

Genauso nahmen gewisse Kreise die Ernennung interimistischer Provinzgouverneure und Bürgermeister ohne Wahlen auf. Die Opposition versteift sich darauf, derartige Beschlüsse verfassungswidrig zu nennen.

Mit Rücksicht darauf gab die Präsidentin Ende Mai die Bildung eines Verfassungsausschusses bekannt und beauftragte ihn, in drei Monaten ein neues Grundgesetz für die Republik zu entwerfen. Über den Entwurf solle dann eine Volksabstimmung entscheiden. Darin sollen die Grundsätze der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der Philippinen sowie "die demokratischen Errungenschaften der Volksrevolution vom Februar" verbrieft sein. Auch soll er die Termine und den Modus von Wahlen des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Mitglieder der obersten gesetzgebenden Instanz und der lokalen Legislativen festlegen.

Die Regierung macht sich über die Verschärfung der Wirtschaftsprobleme Sorgen. Sie hat eine heruntergekommene Wirtschaft übernommen, deren Wiederherstellung viel Zeit und Geld kosten wird. Es genügt zu sagen, daß das Land in den letzten beiden Jahren ein "negatives Wirtschaftswachstum" durchgemacht, d. h. daß die wirtschaftliche Aktivität nachgelassen hat. Die Regierung ruft deshalb die Bevölkerung auf, "ein Maximum an Geduld" aufzubringen und keine sofortige Hochkonjunktur zu erwarten.

Kurz nach dem Machtantritt der neuen Regierung ist ihre Absicht bekanntgegeben worden, einen fünfjährigen Entwicklungsplan für die Wirtschaft (1987–1991) aufzustellen. Die hiesige Zeitung "Business Day" schrieb dazu, daß der Plan ein energischer Versuch der neuen Regierung ist, die Wirtschaft aus der langjährigen Krise zu erlösen und eine Entwicklungsstrategie und -taktik zu erarbeiten.

Die Regierung will auch weiter zu günstigen Bedingungen Kredite im Ausland aufnehmen, weigert sich aber auch nicht, die laufenden Zahlungen für die alten Schulden (über 26 Md. Dollar) zu leisten. Die Zinsen allein verschlingen fast die Hälfte aller Exporteinkünfte des Landes.

Um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Philippinen zu verhüten, bemüht sich die Regierung bei den USA, bei Japan und den anderen wichtigsten Gläubigerländern sowie bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds um eine Sonderunterstützung. In den letzten Maitagen fand eine Konferenz der betreffenden Länder statt. Der Presse zufolge haben die USA und die anderen westlichen Länder mit einer Abwartetaktik reagiert. War die Antwort im großen und ganzen auch positiv, so ist es doch nicht klar, was für eine Unterstützung sie den Philippinen zugesagt haben.

Kann das ausländische Kapital aber die Wirtschaft der Philippinen sanieren? Daran zweifeln viele. Die Investitionen ausländischer, vor allem amerikanischer Konzerne in der Wirtschaft beliefen sich voriges Jahr nach amtlichen Angaben auf 2,5 Md. Dollar. Dort betätigen sich über 500 US-Gesellschaften. Der philippinischen Presse zufolge haben sie voriges Jahr allein unversteuert mindestens 200 Mio Dollar Gewinne ins Ausland überwiesen.

Die Regierung sieht ihre Hauptaufgabe darin, das Volk zu ernähren. Eine Bodenreform ist deshalb dringend notwendig. Die Bevölkerung (54 Millionen) lebt zu zwei Dritteln auf dem Lande. Von diesen wiederum leben 70 Prozent nach offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze. In den Städten steht es übrigens nicht besser. Dort sind 60 Prozent der arbeitsfähigen Einwohner arbeitslos oder haben nur Kurzarbeit.

Was macht der Regierung zur Zeit die größten Sorgen? Das wurde die Präsidentin auf einer Pressekonferenz gefragt.

Sie nannte das Problem der aufständischen Bewegung. Zwar sei die Regierung für einen friedlichen Dialog mit den Aufständischen von der sogenannten Neuen Volksarmee, aber vorläufig gingen Truppenteile immer noch gegen sie vor. Dortige Beobachter konstatieren folgendes: Der Übergang der Armeeführung im Februar auf die Seite Corazon Aquinos hat letztlich deren Machtantritt ermöglicht. Das Militär ist nach wie vor darauf eingestellt, die Aufständischen zu unterwerfen. Im Juni nahm die Regierung trotzdem Direktkontakte mit einigen Führern der aufständischen Linksbewegung auf. Die Öffentlichkeit hat das in der Hoffnung begrüßt, daß die Kontakte zum Frieden im Land führen werden. Anders hat man in den USA und gewissen einheimischen Militärkreisen reagiert, die von jeher in Verbindung zum Pentagon stehen. Während des kürzlichen Putsches gab ein Korrespondent aus Manila folgendes an eine amerikanische Fernsehgesellschaft durch: "Tolentino hat Rückhalt bei hohen Offizieren der philippinischen Armee, die der jetzigen Regierung vorwerfen, sie führe das Land zum Kommunismus."

Nicht minder bezeichnend aber ist der Umstand, daß die Marcos-Anhänger ihre Aktion fast einen Tag nach einer großen Protestdemonstration vor der US-Botschaft in Manila aufzogen. Die

Beim US-Fliegerhorst Clark Field

Fotos von A. Jakowlew



Associated Press schilderte die Aktion wie folgt: "Auf den Fahnen der Teilnehmer stand: 'Nieder mit den US-Stützpunkten!' Die Demonstranten riefen im Takt: 'Kori, Kori, Kori.' (So wird Corazon Aquino von ihren Anhängern genannt). Die Kundgebung schien ein Vorbote der Wiederaufnahme der anti-amerikanischen Aktionen zu sein, in die Frau Aquinos Anhänger einbezogen werden."

Die Bewegung gegen die US-Stützpunkte, die größten im Vorfeld Asiens, erfaßt immer weitere Kreise. Davon habe ich mich selbst überzeugen können.

Eine Stunde Fahrt nordwärts von Manila liegt das Städtchen Angeles. Es ist weit über die Landesgrenze hinaus bekannt. Dort befindet sich der riesige US-Fliegerhorst Clark Field. Ich kam an einem Sonntag hin. Im Städtchen war es still. In der Luft befanden sich kein einziges Flugzeug und kein einziger Hubschrauber mit der Aufschrift "U. S. Air Force". Also ein Ruhetag. An anderen Tagen kann man dort kaum miteinander sprechen, denn am Himmel wimmelt es von Kampfflugzeugen.

Wie Marineminister John Lehman erklärte, "gibt es für die Stützpunkte auf den Philippinen keinen geeigneten Ersatz, und beliebige Varianten ihrer Verlegung in andere Gebiete würden den USA schaden". Und was gedenkt Manila zu tun? Auf einer Massenkundgebung in Cebu am 25. Mai erklärte die Staatschefin, sie behalte sich das Recht vor, zu entscheiden, ob die US-Militärstützpunkte bleiben oder aufgelöst werden sollen. Frau Aquino betonte, daß die Angelegenheit "allseitig erwogen werden wird, bis der Vertrag mit Washington im Jahre 1991 abläuft".

Es bleibt also noch viel Zeit. Sie vergeht aber immer schneller, und Washington macht aus seiner Absicht kein Hehl, auf die Geschehnisse hinsichtlich der US-Stützpunkte und auf die innerpolitischen Probleme einzuwirken, die natürlich niemanden außer das Volk dieses Landes angehen. Eine unverhohlene Druckausübung ist unter solchen Umständen schwierig. Man kann aber auch indirekt vorgehen und damit zeigen, daß der Regierung Aquino keine Unterstützung von seiten Washingtons garantiert sei, falls sie es wage, eine den USA mißliebige Politik zu betreiben — diese hätten Alternativvarianten in der Hinterhand.

Über den Scheideweg, an dem die Philippinen jetzt stehen, mögen Fallstricke gespannt sein. Hatte der US-Vizekonsul etwa das im Sinn, als er im kritischsten Augenblick im Hotel Manila aufkreuzte?

Ist man auf den Philippinen gewesen, so kann man das schwerlich verneinen..

Manila--Moskau

Großer Sohn des vietnamesischen Volkes



Eine traurige Nachricht traf aus Hanoi ein — das Herz von Genossen Le Duan, einem tapferen Revolutionär und Internationalisten, einer namhaften Persönlichkeit der internationalen kommunistischen, Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung, einem unermüdlichen Kämpfer für die Sache des Friedens und des Sozialismus hat aufgehört zu schlagen. Das vietname-

sische Volk hat einen großen Sohn, die Sowjetunion einen großen Freund verloren.

Genosse Le Duan, ein enger Mitstreiter von Präsident Ho Chi Minh, war über 20 Jahre Erster Sekretär, dann Generalsekretär des ZK der KPV. Seine ganze Energie, seine reichen politischen Erfahrungen widmete er der Lösung der komplizierten Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus in Vietnam, der Schaffung fester Garantien für seine Freiheit und Unabhängigkeit. Viel trug er zur Ausarbeitung und Realisierung des außenpolitischen Kurses der Partei bei, der dem Streben des vietnamesischen Volkes nach einem friedlichen und glücklichen Leben entspricht.

Genosse Le Duan war in der Sowjetunion und in der ganzen Welt gut bekannt und wurde sehr geachtet. Er besuchte wiederholt unser Land. Seine Rolle bei der Festigung der Bruderbande zwischen unseren Parteien, Staaten und Völkern wurde und wird bei uns hoch eingeschätzt. Die sowjetischen Menschen erinnern sich an seine Reden, die von der tiefen Überzeugung von der Unverbrüchlichkeit unserer Zusammenarbeit, vom Glauben an den Triumph der marxistisch-leninistischen Ideen durchdrungen waren.

"Die Kommunisten, das ganze vietnamesische Volk, die das Werk von Präsident Ho Chi Minh fortführen, betrachten stets die Festigung und Entwicklung der vietnamesisch-sowjetischen Freundschaft als ihre heilige Pflicht. Diese Freundschaft liegt im Interesse der Völker unserer Länder, fördert den Triumph des Sozialismus, der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens."

Aus der Rede Le Duans auf dem Meeting der vietnamesisch-sowjetischen Freundschaft anlässlich der Grundsteinlegung für das Ho-Chi-Minh-Denkmal in Moskau (29. Juni 1985).

"Die Welt braucht den Frieden, ihn braucht jede Region aller Kontinente und Ozeane. Im asiatisch-pazifischen Raum werden ebenso wie in der Indik-Region die Sowjetunion und Vietnam, vereint mit den anderen Friedens- und Fortschrittskräften, die Versuche imperialistischer Kreise, einen bewaffneten Konflikt zu entfesseln, zweifelsohne vereiteln, werden Frieden und Sicherheit dort durchsetzen und den Völkern der Region das Selbstbestimmungsrecht sichern. Die Zeit ist gekommen, einen Dialog in Südostasien zwischen den Staaten Indochinas und den ASEAN-Ländern aufzunehmen, um die zwischen ihnen bestehenden Probleme zu lösen..."

Der bevorstehende VI. Parteitag der KPV wird die Aufgaben und die sozialökonomischen Kennziffern für den Fünfjahrplan der Jahre 1986—1990 bestimmen und zugleich die Haupttrichtungen des Vormarsches unseres Landes zu einer neuen Entwicklungsetappe beim Aufbau des Sozialismus aufzeigen. Wir werden alles tun, um bis zum Ende des Jahrhunderts beschleunigt drei Revolutionen durchzuführen, unter denen die wissenschaftlich-technische Revolution Schlüsselbedeutung hat, um mit der Verwirklichung der sozialistischen kollektiven Wirtschaftsführung zu beginnen, eine neue Wirtschaft und einen neuen Menschen zu schaffen sowie dem Volk ein gesichertes, glückliches Leben zu garantieren."

Aus der Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU (26. Februar 1986)

Tschernobyl. 80 Tage danach

Viel ist in diesen zweieinhalb Monaten seit der Havarie geschehen: der tragische Tod der Feuerwehrleute, der Kampf um Leben und Gesundheit jener, die in den vordersten Reihen standen, die Hilfe unserer Freunde und die Schadenfreude unserer Gegner im Westen, Angst, Besorgnis, Hoffnung und der Wunsch, daraus Lehren zu ziehen.

In der Redaktion treffen Briefe von Lesern im In- und Ausland ein. Rosy Merlino aus Italien schreibt:

"Ich bin zutiefst erschüttert über das Unglück in Ihrem Land. Glauben Sie mir, nicht alle im Westen zeigten Hartherzigkeit und

Schadenfreude... Viele von uns empfanden dieses Unglück als ihr eigenes, fühlten mit Ihnen, und bangten um das Schicksal ihrer Kinder."

Unsere Leser wollen wissen, wie die Havariefolgen beseitigt werden. Wird es gelingen, Tschernobyl wieder zum Leben zu erwecken? Auf diese Fragen antworten der erste stellvertretende Direktor des Kurchatow-Instituts für Atomenergie der AdW der UdSSR, Akademiemitglied W. Legassow, und der Leiter eines Laboratoriums, Dr. sc. rer. nat. J. Siwinzew, unseren Korrespondenten N. Alexandrow und L. Mletschin.

Die Anspannung der ersten Wochen hat nachgelassen. Wie schätzen Sie heute die Lage im Kraftwerk und in seiner Umgebung ein?

W. Legassow: Jetzt ist schon allen klar, daß unser Land von einem schweren Unglück heimgesucht wurde. Menschen kamen um. Die im Kraftwerk Tätigen wurden Strahlung ausgesetzt. Die Volkswirtschaft hat ernsten Schaden genommen: Das KKW Tschernobyl liefert keinen Strom mehr. Um diesen Verlust auszugleichen, sind zusätzliche Ausgaben erforderlich. Die Evakuierung der Bevölkerung aus der Gefahrenzone, die Entsendung von Fachleuten dorthin, die Arbeiten zur Entaktivierung und zur Überwindung der Folgen der Havarie — all das ist teuer, lenkt die Menschen von anderen Aufgaben ab, verlangt Mittel und Ressourcen, die für die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne erforderlich sind. Dem ist so. Doch die Tragik des Geschehenen sollte auch nicht übertrieben werden. Die Lage wird von Tag zu Tag immer verständlicher, klarer. Das Ausmaß der Gefahr ist richtig erkannt, die ergriffenen Maßnahmen sind — nach Meinung sowohl unserer als auch ausländischer Experten — richtig. Obgleich eingestandenermaßen manches überhaupt nicht hätte gemacht zu werden brauchen und manches vielleicht anders. Doch wir haben erreicht, daß man auch in der gefährlichsten Zone jetzt fast normal arbeiten kann.

Unsere Fachleute tun nun alles, um den ersten und den zweiten Block des KKW betriebsbereit zu machen. Das Wartungspersonal des Kraftwerks wird dort leben können — allerdings weiter entfernt vom KKW als früher.

Doch zugleich kann man nicht sagen, alles wäre vorbei. Selbst wenn der zerstörte vierte Block "begraben" sein wird, würde das nur die Entaktivierung vereinfachen. Doch es wird auch so viel Arbeit, und keine leichte Arbeit, bleiben.

Wie ist die Kontrolle der Strahlungslage in der Gefahrenzone organisiert?

W. Legassow: Erstens sind in der Reaktorzone ferngelenkte dosimetrische Systeme aufgestellt. Zweitens werden mittels von in Hubschraubern und anderen Transportmitteln untergebrachten Geräten ständige Messungen aus der Luft und vom Erdboden aus vorgenommen.

Die ersten Messungen der Strahlungslage zeigten, in welchem Umkreis vom KKW die Strahlung gesundheitsgefährdend war. Die Einwohner wurden evakuiert, die Überwachung der Gefahrenzone aber fortgesetzt. Zusätzliche Messungen im Mai und im Juni erlaubten zu konkretisieren: Einige Bereiche innerhalb der 30-km-Zone erwiesen sich als weniger verseucht und die Strahlungslage dort war günstiger, als anfangs vermutet. Sehr wichtig war die Untersuchung der Isotopenzusammensetzung, die detailliert in jeder Ortschaft, in jedem Quadrat durchgeführt wurde. Sind ja unter den Isotopen auch kurzlebige Elemente, die aktiv und schnell (in

einigen Monaten) zerfallen. Von anderen gehen viel länger Gefahren aus.

Nach diesen Messungen wurden die Umrisse der Gefahrenzone erneut konkretisiert. An manchen Stellen ging sie über den 30-km-Radius hinaus, anderswo bildeten sich Einbuchtungen. Die Fläche der Zone und der Aktivierungsgrad nehmen ständig ab. Anfangs vollzog sich dieser Prozeß relativ schnell — die kurzlebigen Isotopen starben ab, jetzt aber hat er sich verlangsamt, übrigens ganz nach den Gesetzen des radioaktiven Zerfalls.

Der Prozeß der Entseuchung der Zone kann doch durch eine Entaktivierung beschleunigt werden!

W. Legassow: Natürlich. Und dort, wo eine Entaktivierung vorgenommen wird, sinkt die Radioaktivität schneller. Nur ist das gar nicht einfach. In der Umgebung ist viel Vegetation, sind radioaktiv verseuchte Wälder. Wenn man den Erdboden dekontaminiert, die Baumkronen aber weiter Gammastrahlen verbreiten, dann wird diese Arbeit am Boden erschwert.

Drei Methoden der Entaktivierung werden angewandt. So wird stark ver-

Entaktivierung aus der Luft



strahlter Boden einfach entfernt. Die oberste Erdschicht wird in Containern gesammelt, die dann an spezielle Endlagerstätten für radioaktive Abfälle gebracht werden.

Die feuchte Methode der Entaktivierung besteht darin, die verseuchte Oberschicht mit Speziallösungen zu bearbeiten. So werden Straßen, Gebäude, Maschinen und Anlagen dekontaminiert. Das verseuchte Wasser wird gesammelt und von den radioaktiven Stoffen, die ebenfalls zu den Endlagerstätten gebracht werden, gereinigt.

Die Wirksamkeit dieser Entseuchung schwankt je nach Umwelt und Dekontaminierungsstand. Bisweilen wird die Radioaktivität bei einer Bearbeitung um das drei- bis vierfache, nicht selten gar um das Dutzendfache gesenkt. Die Wissenschaftler bieten jetzt neue Stoffe an, experimentieren.

Die dritte Methode ist die trockene Bearbeitung. Aus einem Zerstäuber oder auf andere Weise wird eine spezielle Lösung aufgetragen, die nach gewisser Zeit polymerisiert wird, d. h. eine Schutzfolie bildet. Die Komponenten absorbieren die verseuchten Partikel in diese Folie. Dann wird die Folie abgezogen und zur Endlagerstätte gebracht. Das muß bisweilen mehrmals wiederholt werden. Arbeitsaufwendig? Ja. Doch der Vorteil der trockenen Desaktivierungsmethode besteht darin, daß sie keine zusätzlichen Probleme aufwirft: Sie liefert keine Abwässer, die durch den Boden doch in das Grundwasser, in Flüsse und Seen gelangen können.

Und wie werden die Häuser der evakuierten Bewohner entseucht?

W. Legassow: Auf verschiedene Weise. Mancherorts wird eine Schutzfolie verwandt, anderswo die feuchte Methode. Bei starker Verstrahlung müssen die Dächer und sogar ganze Hausteile ausgewechselt werden.

Parallel dazu wird die Radioaktivität fixiert. Das ist noch keine Entseuchung, doch eine absolut notwendige Operation: Die nicht verstrahlten oder die bereits dekontaminierten Gegenden müssen geschützt werden vor dem radioaktiven Staub, den der Wind verbreitet. Leider gibt es viel derartigen Staub. Zusätzliche Probleme entstehen durch den Verkehr: Viele Autos rollen über Wege in der Zone, wobei sie radioaktive Partikel mit ihren Rädern verbreiten. Diese Partikel können in dekontaminierte Abschnitte gelangen. Jene Flächen, die nicht gleich entaktiviert werden können, werden mit verschiedenen chemischen Lösungen bearbeitet, die schnell fest werden. Die verseuchten Abschnitte werden mit einer Schicht bedeckt, und ein Windstoß kann den radioaktiven Staub schon nicht mehr in benachbarte entseuchte Abschnitte tragen.

Die Abfolge der Dekontaminierung wird natürlich von der Sicherheit der dort Arbeitenden und von den

wirtschaftlichen Aufgaben bestimmt. Später werden auch Abschnitte mit fixierter Radioaktivität an die Reihe gelangen.

Die Verseuchung geht also ständig zurück.

J. Siwizew: Nachdem auf den vierten Block Tonnen verschiedener Filterstoffe geworfen wurden, hat der Austritt von Radioaktivität spürbar nachgelassen.

Wir können uns dem Mittelstück des Reaktors, seinem Brennstoff, bislang nicht unmittelbar nähern — die Strahlung ist dort noch zu hoch. Die Informationen liefern uns Panzer, Schützenpanzerwagen, bisweilen auch funkgesteuerte Technik. Allerdings kann nicht alle Technik bei hoher Strahlung, die eine Ionisierung der Luft bewirkt, arbeiten. Viele Roboter versagen. Deshalb müssen nicht nur die Menschen, sondern auch die Technik vor der Strahlung geschützt werden.

Und doch haben wir die Lage unter Kontrolle. Im vierten Block ist die Strahlung nicht so groß, daß man den Block nicht betreten und dort nicht arbeiten könnte. Selbst war ich zusammen mit meinen Mitarbeitern wiederholt in dem Block. Wir stellten dort Meßsonden auf, Geräte, die die Lufttemperatur, den Strahlungs- und Neutronenpegel messen. Wir konnten ermitteln, daß die Ausmaße der Zerstörungen anfangs stark übertrieben waren, wenn diese Havarie natürlich auch die schwerste in der Geschichte der Nuklearenergetik ist. Ja, der Block könnte wiederhergestellt werden. Allerdings würde das sehr teuer kommen, und nach sorgfältiger Abwägung aller Argumente gingen wir von dieser Idee ab.

Von allen Seiten werden um den Reaktor Betonwände hochgezogen: in einem Abstand von der aktiven Zone, der groß genug ist, um die Menschen keiner Gefahr auszusetzen. Das "Grab" soll Ende Herbst zugeschüttet werden. Ich bin gerade erst per Flugzeug aus Tschernobyl gekommen. Dort wird energisch gearbeitet. Man setzt jeden Morgen einen Handlungsplan fest, um acht Uhr abends zieht Bilanz, klärt die Probleme und faßt sofort Beschlüsse, was zu tun ist — am nächsten Tag braucht diese Frage nicht noch einmal aufgegriffen zu werden. Es besteht also kein Anlaß zu der Annahme, der Plan würde nicht eingehalten.

Heißt das, Ende Herbst wird in Tschernobyl ein toter Betonhügel auf-tauchen?

J. Siwizew: Nein, das wird kein toter Hügel sein. Wir werden den Block unter ständige Kontrolle stellen. In den Betonwänden sind Durchgänge vorgesehen, innen sollen Meßgeräte stehen. Der "Sarg" isoliert die radioaktiven Stoffe, und die verseuchte Luft wird innerhalb der Anlage zirkulieren. Außer Wärme (das Projekt sieht spezielle Wär-

meaustauscher vor) wird nichts an die Außenwelt gelangen.

Wie lange wird der "Sarg" in Tschernobyl bestehen?

W. Legassow: Nach den Gesetzen der Physik Hunderte von Jahren. Vielleicht aber werden unsere Nachkommen (sollte das nötig werden) einen Weg finden, all das zu verlagern oder vollständig unschädlich zu machen.

Um die Lagerung der Nuklearabfälle gibt es recht viele Spekulationen, besonders im Westen...

J. Siwizew: Ich meine nach wie vor, daß die Atomenergetik am umweltfreundlichsten ist. Alle übrigen Industriezweige rufen schwere Umweltschäden hervor. Doch die Biosphäre darf keine riesige Deponie für alle Abfälle werden. Die Atomenergetik verursacht keine Abfallprobleme: Die Abfallstoffe werden verfestigt (besonders zu Glas oder Keramik, die mit der Außenwelt nicht im Kontakt stehen) und einer zuverlässigen Endlagerung zugeführt.

Was läßt sich gegenwärtig über die Ursachen der Havarie sagen?

W. Legassow: Die Untersuchung der Ursachen der Havarie ist Aufgabe der



Das KKW Tschernobyl muß wieder einsatzbereit werden. Bei einer Kontrollüberprüfung der Systeme des Turbogenerators Nr. 3

Fotos: TASS

Regierungskommission. Soweit ich weiß, sind die Hauptursachen, die zu der Tragödie führten, mehr oder weniger klar. Nach Klärung aller Details werden offizielle Vertreter unser Volk, die Weltöffentlichkeit über alles informieren. Einstweilen kann ich nur meine Meinung äußern: Das Geschehene ist im Grunde wenig wahrscheinlich. Es wurde möglich durch eine Kette von Umständen, von denen jeder allein genommen nicht hätte passieren dürfen.

Die Havarie hat uns gezwungen, noch einmal auch die Konzeption der Entwicklung der Atomenergetik im Land, ihre Standortverteilung sowie das Niveau der Technik und der Kader zu bewerten. Es geschieht also alles, um eine Wiederholung derartigen Unglücksfälle völlig auszuschließen.

Die Umgestaltung ist unumkehrbar

Timur TIMOFEJEV

korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Wenn man in jüngster Zeit im Ausland mit Wissenschaftlern, Politikern, Vertretern gesellschaftlicher Organisationen, von Geschäftskreisen oder von Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung zusammentrifft oder Presseartikel studiert, fällt vor allem das aufrichtige, ja beispiellose Interesse an der Sowjetunion und ihrer Politik auf — an den Tendenzen und Perspektiven des ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, sozialen und politischen Fortschritts, formuliert vom XXVII. Parteitag der KPdSU.

Doch zugleich muß die, gelinde gesagt, schwache Informiertheit der gleichen Leute über die realen Prozesse, die sich in der heutigen sozialistischen Gesellschaft vollziehen, erstaunen. Unter den Fragen, die man zu hören bekommt, sind auch solche: Was bedeutet die jetzige sowjetische Beschleunigungsstrategie? Was ist an ihr neu und inwieweit ist sie eine kontinuierliche Fortsetzung des früheren Kurses der KPdSU? Inwieweit ist sie realistisch und realisierbar? Ist sie nicht zu "technokratisch"? Solche Fragen sind nicht zuletzt auf langjährige antikommunistische Vorurteile zurückzuführen.

Der menschliche Faktor

Nur mühsam begreifen unsere Gesprächspartner und Opponenten: Eine Besonderheit des jetzigen, vom XXVII. Parteitag gebilligten Kurses der KPdSU besteht gerade darin, daß die Partei und ihre Führung eine adäquate Haltung zu dem Gesamtkomplex der realen, einer kühnen Lösung harrenden sozialen, politischen und anderen (wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und kulturellen) Aufgaben ausgearbeitet haben, wobei eine allseitige Aktivierung des menschlichen Faktors im Mittelpunkt steht. Gerade diesem Faktor kommt die Hauptrolle bei der Umstrukturierung, bei der weiteren Hebung des Wohlstandes des Volkes, der Vervollkommenung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie und dem Ausbau der Rechte der Arbeitskollektive zu. Gerade ein solches komplexes Herangehen ist von entschei-

dender Bedeutung. Es ist die wichtigste Voraussetzung für die Realisierbarkeit der Wende. Das wurde erneut mit aller Klarheit und Deutlichkeit auf dem Juni-Plenum (1986) des ZK der KPdSU in der Rede Michail Gorbatschows unterstrichen: "Einen tiefen Einfluß auf die Gesellschaft übt die Zielsetzung des Parteitages auf die Entwicklung des Schöpfertums der Massen als Grundlage der Beschleunigung aus. Sie ist auf das engste verbunden mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, für die Entwicklung der Demokratie und für volle Publizität..."

Eben deshalb müssen mit Blick auf das strategische Hauptziel, das vom XXVII. Parteitag gestellt wurde — ein qualitativ neuer Entwicklungsstand unserer Gesellschaft durch die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung —, nicht nur die weitreichenden Veränderungen in der Wirtschaft und bei der Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern auch das breite Spektrum der sozialen, politischen, moralischen und psychologischen Aspekte dieser Strategie berücksichtigt werden. Wir haben die Aufgabe in Angriff genommen, nicht nur das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums zu steigern, sondern auch eine neue Wachstumsqualität zu erreichen. Gerade der Übergang zur intensiven Entwicklung bestimmt den grundlegenden Charakter der Umgestaltung, ihre Unabwendbarkeit. Übrigens machen darauf westliche Analytiker und Kommentatoren aufmerksam, die eingestehen, daß der Begriff der "Umgestaltung" in der UdSSR breite soziale Bedeutung erlangt hat. Von einem "tatsächlich umfassenden Herangehen" und von den Dimensionen der geplanten Veränderungen, davon, daß diese Veränderungen in der sowjetischen Wirtschaft mit einer neuen, starken, großangelegten Sozialpolitik verbunden werden, schreiben der "Guardian" und die "Times" (beide Großbritannien), einige französische Publikationen und die Autoren mehrerer Beiträge in den bundesdeutschen Publikationen "Süddeutsche Zeitung", "Das Parlament" u. a.

Die Kühnheit und Großartigkeit der vom XXVII. Parteitag der KPdSU verkün-

deten schöpferischen Pläne haben auch durch ihren konkreten Charakter, ihre Realitätsbezogenheit Beachtung gefunden. Davon, daß die vom Parteitag geplanten Umgestaltungen nicht nur eine Lösung sind, sondern ein Kurs, den die sowjetische Führung fest und konsequent verfolgt, zeugte wiederum das Juni-Plenum des ZK der KPdSU, das bekräftigte: Von nun an betrachtet die Parteiführung als Hauptkriterium ein dynamisches Entwicklungstempo der Wirtschaft, hohe Effektivität und "ernsthafte positive Veränderungen im sozialen Bereich".

Mit der Frage nach der Realitätsbezogenheit der Ziele der KPdSU ist auch der Wunsch eines gewissen Teils der ausländischen Kommentatoren verbunden, sich eingehender mit den Gründen zu befassen, die die Überzeugtheit der sowjetischen Kommunisten von der Realisierbarkeit ihrer Pläne erklären. Sind ja unsere jetzigen Pläne mit dem Kriterium der gesellschaftlichen Praxis verbunden: mit dem aktiven und initiativreichen Handeln der Werktätigen selbst. Der direkte und offene Appell an die Massen, der Aufruf zu größerer Eigenverantwortung und Aktivität kennzeichnen, unter anderem den vom XXVII. Parteitag der KPdSU gebilligten Kurs.

Realistische Pläne

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß sich gerade in der Diskussion, die im Westen über die Realisierbarkeit der vom Parteitag gestellten Hauptziele geführt wird, eine der deutlichsten Trennlinien zwischen den Klassenpositionen verschiedener sozialer und ideologisch-politischer Kräfte abzeichnet. So widersprechen sich einige Organe der rechtsbürgerlichen Presse in diesem Punkt nicht selten. Einerseits müssen sie die großen Dimensionen und den schöpferischen Charakter der sowjetischen Pläne konstatieren, andererseits aber weigern sie sich, die Begründetheit der von der KPdSU aufgezeigten Perspektiven anzuerkennen, versuchen die Fakten zu entstellen und Zweifel an der Realisierbarkeit dieser Pläne zu säen.

Die auffallende Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit verschiedener Äußerungen im Westen — vom Eingeständnis der Realisierbarkeit der sowjetischen Pläne bis zu kategorischen Behauptungen, sie seien "utopisch", "Phantasterei" usw. — hat noch eine weitere Erklärung. Sie hängt mit der inneren Widersprüchlichkeit der Interessen der Bourgeoisie als Klasse zusammen, die sich im nationalen Rahmen wie im System der innerimperialistischen Beziehungen auswirkt. Hier macht sich

noch ein anderer, für unsere Epoche spezifischer Widerspruch der bürgerlichen Haltung gegenüber dem Sozialismus bemerkbar — ein Widerspruch, der durch den internationalen Charakter der Konfrontation der beiden Gesellschaftssysteme bedingt ist. Das Monopolkapital muß mit den Forderungen der weltweiten ökonomischen Beziehungen rechnen, auf die bereits Lenin als objektive Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz verwies; es kann durch seinen "imperialen" Willen den Sozialismus nicht aus dem System der Weltwirtschaft, ja aus dem Gesamtsystem der internationalen gesellschaftlichen Beziehungen streichen ebenso wie es sich nicht erlauben kann, sich vom Weltsozialismus zu isolieren. Doch die Schlußfolgerungen, vor allem die politischen Schlüsse, die daraus gezogen werden, sind sehr unterschiedlich.

Hier ein charakteristisches Beispiel. Das "Journal of Commerce", Sprachrohr von US-Geschäftskreisen, nannte das sowjetische Wirtschaftsprogramm die "größte Bedrohung für Amerika", während viele in den USA darin eine "Goldader für das amerikanische Business" sehen — und natürlich nicht nur für das amerikanische, sondern auch für das westeuropäische und das japanische.

Gewisse Leute im Westen suggerieren, die sowjetischen Kommunisten könnten überhaupt kein realistisches Programm haben (so "Die Welt", BRD). Natürlich werden, um derart banale Behauptungen zu "begründen", ebenso triviale Argumente angeführt — wie etwa von der Notwendigkeit "einer Wiederbelebung kapitalistischer Methoden".

Doch diese Einwände sind ebenso alt wie der Antisowjetismus! "In der ganzen Zeit seit der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917", schrieb der britische labouristische Soziologe Ralf Miliband, "war der Antikommunismus das beherrschende Thema in jener politischen Konfrontation, die zwischen den Konservativen und den Linkskräften insgesamt entbrannte."

Kontinuität und Neuerertum

Ein prinzipielles Problem, das in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit findet, ist das Verhältnis von **Kontinuität** und **Neuerertum** in der sowjetischen Politik. In den Interpretationen einiger westlicher Kommentatoren wurde der dialektische Zusammenhang von Kontinuität und Neuerertum in einander ausschließende Extreme aufgelöst. So erklärt sich auch die Gereiztheit über den klaren Klassencharakter der Zielsetzungen der KPdSU. Diese Feindschaft gegenüber dem wissenschaftlichen Sozialismus, dem Marxismus kennzeichnet gleichermaßen sowohl jene, die das vom XXVII. Parteitag der KPdSU bekräftigte Programm "kritisieren", weil in ihm die "Lobpreisung der Oktoberrevolution und

Lenins" (die italienische Zeitung "Popolo") erhalten blieb, weil es Treue zu den kommunistischen Grundprinzipien und Idealen verkündete, die als "streng orthodoxe Positionen" (der Pariser "Monde") qualifiziert werden, als auch jene, die es im Gegenteil fertigbrachten, darin eine "grundlegende Abwendung von traditionellen Zielen" ("New York Times" und "International Herald Tribune") zu sehen. Überdies gingen gewisse Leute mit besonderem Eifer daran, nach einer prinzipiellen "Kluft" zwischen dem dritten Programm der KPdSU und dessen vom XXVII. Parteitag gebilligter Neufassung zu suchen. Letzterer wird unbegründet ein "Verzicht auf die kommunistische Perspektive", ja fast die Möglichkeit zugeschrieben, "den Kommunismus aufzugeben und ihn durch westliche Maßstäbe" (!) zu ersetzen. Den Antikommunisten sagen natürlich weder die Kontinuität der revolutionären Traditionen und Erfahrungen zu noch die neuen Schlußfolgerungen und Einschätzungen der Kommunisten, weil diese Schlußfolgerungen und Einschätzungen die Postulate des Antimarxismus von "Sackgassen" der revolutionären Theorie, von der "Verknöchertheit" der sozialistischen Gesellschaft widerlegen.

Bemerkenswert ist, daß bei der Erörterung des Politischen Berichts an den XXVII. Parteitag, der Neufassung des Programms und der anderen Dokumente unserer Partei die Weltöffentlichkeit die verschiedenen Züge des inneren dialektischen Zusammenhangs und vor allem die für sie charakteristische organische Interdependenz von Wirtschaft und Politik, gegenwärtigen und künftigen Aufgaben, inneren und internationalen Faktoren beachtete.

Selbstverständlich steht auch in diesem Zusammenhang die Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, des Hauptweges für den Vormarsch des Sowjetlandes zum Kommunismus, im Mittelpunkt. In weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit ruft diese Strategie durch ihre Kühnheit und den in ihr konzentrierten politischen Willen Achtung hervor. Sie wird als einheitliches Programm gesehen, das durch Gründe, die tief in der objektiven Wirklichkeit wurzeln, zum Leben gerufen wurde. Und sie widerspiegelt (wie zu Recht insbesondere von einigen Zeitungen in den skandinavischen Ländern, in Frankreich und Großbritannien konstatiert wird) die Erfahrungen im Kampf für den Sozialismus, keineswegs aber ist sie irgendeine "Sensation".

Was bedeutet unter diesem Aspekt die Strategie der Beschleunigung? Sie berührt einen sehr umfassenden Komplex weitreichender Probleme, berücksichtigt große, mit einer neuen Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) verbundene Fortschritte im Bereich der Produktivkräfte. Diese Strategie enthält, unter den Bedingungen des Sozialismus, eine sozial begründete und konstruktive Lösung der Probleme, die

von der wissenschaftlich-technischen Revolution von heute hervorgebracht wurden. Sie unterscheidet sich grundlegend von jenem arbeiterfeindlichen, rein "technokratischen" Herangehen an die neuesten technologischen Entwicklungen, wie es für viele Top-Manager im kapitalistischen Wirtschaftssystem bezeichnend ist.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und die Spitzen der transnationalen Konzerne können eine Verschärfung der sozialen Antagonismen im Ergebnis der neuesten wissenschaftlich-technischen Entwicklungen nicht verhindern. In Wirklichkeit werden unter den Bedingungen des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln die Ergebnisse der WTR nur für die Bereicherung der Besitzer von Großkonzernen benutzt. Der Militär-Industrie-Komplex preßt die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vorwiegend in die militärische Richtung. Die sowjetische Strategie der Beschleunigung aber belegt ein weiteres Mal, daß gerade die sozialistische Gesellschaftsordnung der Entwicklung jener Produktivkräfte, die die WTR schafft, die größten Entfaltungsmöglichkeiten gibt.

Außerdem ist wahrer wirtschaftlicher Fortschritt von seinen sozialen und politischen Bedingungen nicht zu trennen. Die sowjetische Strategie der Beschleunigung nimmt dabei einen herausragenden Platz ein. In der Welt des Kapitals war und gibt es kein Wirtschaftsprogramm, das die **Entwicklung der Initiative der Massen, den Ausbau ihrer Rechte** und die Vertiefung der realen politischen Demokratie, ganz zu schweigen von der sozialen Demokratie, umfassen und sich als unabdingbares Ziel setzen würde. Im Gegenteil. Die sozialen und politischen Hauptfolgen der WTR im Kapitalismus sind nur neue Anschläge auf die Rechte der Werktätigen und eine direkte Bedrohung der Demokratie — von der totalen elektronischen Bespitzelung der Bürger bis zu Versuchen, das gesellschaftliche Bewußtsein zu manipulieren und den Widerstand der Massen gegen den militaristischen Kurs des Imperialismus zu unterdrücken, von weitreichender sozialer Differenzierung bis zur "Asozialisierung" breiter Schichten, die aus der Gesellschaft ausgestoßen werden.

Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU gebilligte Strategie der Beschleunigung unterscheidet sich grundlegend von derartigen Tendenzen, die dem Kapitalismus eigen sind. Setzt ja die Verwirklichung dieser Strategie die allseitige Entwicklung und Vervollkommen der sozialistischen Demokratie, die weitere Vertiefung und Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes voraus. Die Strategie der sowjetischen Kommunisten ist auf die Hebung der Aktivität der Werktätigen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auf die Mobilisierung aller schöpferischen Kräfte der Volksmassen gerichtet.

Spanien, 1936—1939:

Die erste Schlacht mit dem Faschismus

50 Jahre sind seit Beginn des nationalrevolutionären Krieges des spanischen Volkes gegen die faschistischen Putschisten und die deutsch-italienischen Interventionen vergangen. Gleich nach Beginn des Putsches der reaktionären Generale und

Faschisten am 17./18. Juli 1936, die die Spanische Republik vernichten wollten, erhoben sich die Fortschrittskräfte des Landes mit der Waffe in der Hand zur Verteidigung der Demokratie.

Mit Duldung der Westmächte kamen Mussolini

Blutsbrüder

Es berichtet Antonio GARCIA CANO, ehemaliger Pilot der republikanischen Luftstreitkräfte

Schon in den ersten Kriegsmonaten war die Lage bei Madrid sehr ernst. Die Franquisten drängten zur Hauptstadt, versuchten, sie schnellstmöglich einzunehmen in der Hoffnung, das werde den Widerstand der Republikaner im ganzen Land brechen. Viele meinten damals, die Tage der Republik seien gezählt. Sechs von sieben Autostraßen, die nach Madrid führen, wurden vollständig von den Putschisten kontrolliert. Mit Unterstützung marokkanischer Einheiten eroberten sie Talavera und Toledo, drangen bis in die Vororte Madrids ein. Harte Kämpfe spielten sich im Universitätsviertel, in der Casa del Campo und in Carabanchel ab.

Der franquistische Rundfunksender verbreitete täglich ein Desinformationsprogramm, in dem vom feierlichen Einzug der Franquisten in der Stadt die Rede war, sowie prahlerische Erklärungen ihres Oberbefehlshabers, General Mola, am 7. November 1936, am Jahrestag der Oktoberrevolution, werde er auf der Veranda des Cafés Molinero in der Gran Vía, im Zentrum der Hauptstadt, seinen Mittagskaffee trinken.

Gerade damals entstand der Begriff "fünfte Kolonne". Gemeint waren jene, die den Franquisten helfen sollten, Madrid zu erobern. Die Putschisten griffen in vier Kolonnen an. Die Rolle der fünften, von der Mola sprach, war Diversanten, Spionen und Franco-Anhänger zugewiesen, von denen es mehr als genug in der Stadt gab.

Ja, die Lage war ernst. Sie wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß die Regierung Largo Caballeros Hals über Kopf die Stadt verlassen hatte. Die Situation war weitgehend bestimmt durch die mindestens zehnfache Luftüberlegenheit der Putschisten. Die Stadt wurde Tag und Nacht bombardiert.

Und die Republik? Diese Frage stellt sich Antonio Garcia Cano, damals Pilot

der republikanischen Luftstreitkräfte, mit dem wir in seiner Moskauer Wohnung über die Ereignisse von vor 50 Jahren sprechen. Beginnen wir damit, daß die verfassungsmäßige Regierung anfangs so gut wie ohne eigene Luftstreitkräfte war. Traditionell gingen zur Luftwaffe des Landes, vor allem als Flieger, Vertreter aristokratischer Kreise — Pilot galt als Prestigeberuf. Und es erstaunte niemanden, daß unter den Fliegern sogar Herzöge und Marquis waren. Natürlich war es kein Zufall, daß nach Beginn des Putsches die weitaus meisten Offiziere der Luftwaffe zu Franco übergingen. Die Republik fand nur bei den progressivsten Vertretern der spanischen Luftwaffe Unterstützung. Zu ihnen gehörten Ignacio Hidalgo de Sisneros, der die Luftstreitkräfte der Republik leitete, Kapitän Antonio Martin Luna und einige andere.

Auch ein Großteil der Flugzeuge und anderer Flugtechnik fiel in die Hände der Franquisten. Überdies unterstützten von Anbeginn des Putsches die faschistischen Mächte Deutschland und Italien offen Franco. Am 25. Juli, nur eine Woche nach dem Putsch, versprach Hitler den Franquisten Flugzeuge. Wenig später waren deutsche Flugzeuge in Spanien. Am 30. Juli bombardierten italienische Caproni- und Fiat-Maschinen spanische Städte. In den Kriegsjahren schickten die deutschen und die italienischen Faschisten nicht weniger als 1650 Flugzeuge nach Spanien.

Die Republikaner mußten nicht nur gegen die Putschisten, sondern auch gegen die gutausgerüstete faschistische Militärmaschinerie kämpfen, berichtet Antonio Garcia weiter. Die republikanischen Luftstreitkräfte begannen praktisch auf dem Nullpunkt. Sowohl an Fliegern als auch an Kampftechnik mangelte es. Gehandelt werden mußte

schnellstmöglich, unter extremen Bedingungen. Ende Juli, Anfang August 1936 wurde in San Javier de la Rivera (Provinz Murcia) eine Fliegerschule eröffnet. Ihre ersten Hörer waren einfache Soldaten, Triebwerktechniker und Mechaniker. Es wurden Lehrgangsteilnehmer nach Frankreich und in die Sowjetunion geschickt. Sie bildeten nach Absolvierung einer Schnellausbildung den Fliegerkern der republikanischen Luftstreitkräfte.

Doch, ihre eigentliche Ausbildung erhielten die angehenden Piloten in Luftkämpfen, angeleitet von sowjetischen Assen, die als Freiwillige gekommen waren, um zusammen mit uns die Freiheit des spanischen Volkes zu verteidigen. Wir wurden an Maschinen aus der Sowjetunion ausgebildet. Dazu gehörten der I-15-Jäger, den wir zärtlich "Chato" ("Platt Nase") nannten, und der I-16, für uns die "Mosca" ("Fliege"). Beide Flugzeuge bewährten sich hervorragend.

Das Auftauchen dieser Maschinen am Himmel von Madrid vereitelte die franquistischen Pläne einer Einnahme der Hauptstadt. Anfang November 1936 zeigten die republikanischen Luftstreitkräfte erstmals, daß sie eine ernste Gefahr darstellten. Bekanntlich konnte Madrid damals nicht von den Faschisten eingenommen werden. Das sollte ihnen erst unmittelbar am Ende des Krieges, im März 1939, gelingen. An der Rettung Madrids im Herbst 1936 haben sowohl sowjetische als auch spanische Flieger

Verteidiger Madrids

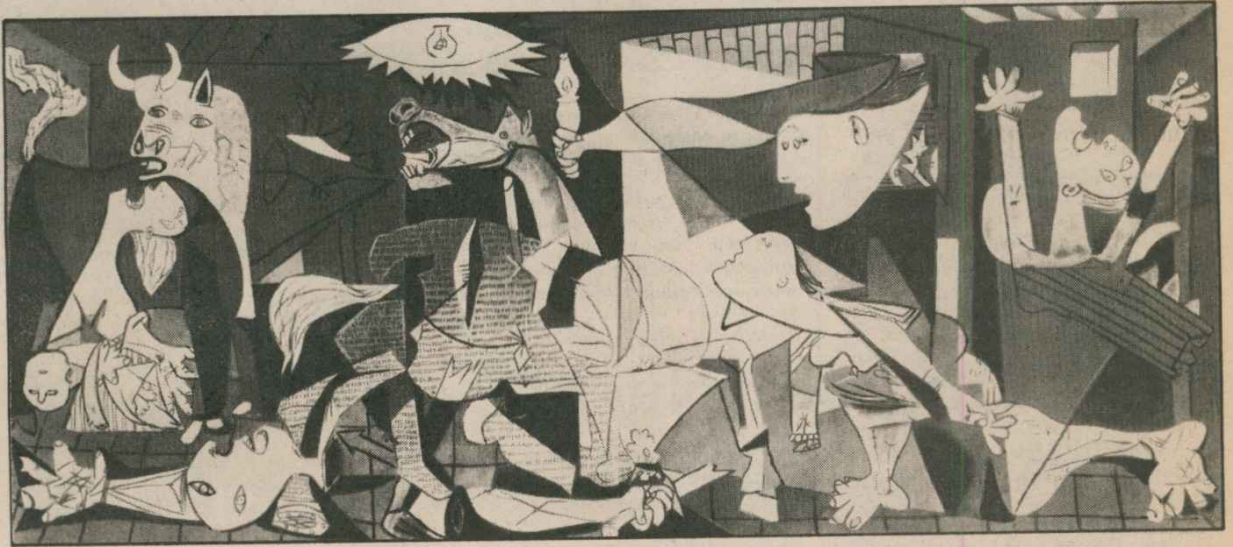


und Hitler Franco zu Hilfe. Italien und Deutschland sandten den Putschisten Flugzeuge, Panzer, Geschütze und Munition. Italienische und deutsche Soldaten und Offiziere kämpften auf seiten der spanischen Faschisten.

Doch für die Putschisten und Interventionen sollte das kein Sonntagsspaziergang werden. Sie trafen auf starken Widerstand. Der Spanienkrieg wurde zu einer Schmiede der internationalen Brüderlichkeit der Werktätigen, der Kämpfer für Freiheit und eine helle Zukunft der Menschheit. Tausende von Antifaschisten aus vielen Ländern schlossen sich den Interbrigaden an, die in Spanien kämpften. Große Hilfe mit Waffenlieferungen und starke

politische Unterstützung gab die Sowjetunion der Spanischen Republik. An die erste antifaschistische Front gingen Freiwillige aus der UdSSR — Flieger, Artilleristen, Panzerfahrer, Seeleute...

Damals, vor einem halben Jahrhundert, konnte sich der Faschismus halten. Doch in jenem seinem zeitweiligen Erfolg war schon die künftige Niederlage beschlossen. Vergeltung auch für den Sturz der Spanischen Republik war die Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion, die Völker der Antihitlerkoalition im Frühjahr 1945. Der Große Sieg schuf günstige Voraussetzungen für den Kampf des spanischen Volkes um die Wiederherstellung der Demokratie.



Am 26. April 1937 bombardierte die Nazi-Luftwaffe, die die franquistischen Putschisten unterstützte, Guernica, eine kleine Stadt im Baskenland, Zentrum einer alten Kultur. Der große spanische Maler und Kommunist Pablo Picasso, der im gleichen Jahr sein Gemälde "Guernica" schuf, verurteilte leidenschaftlich dieses Verbrechen. Sein Gemälde sollte die Menschheit vor der Bedrohung warnen, die vom Faschismus für den Frieden ausgeht.

großen Anteil. Unter den spanischen Piloten möchte ich vor allem den tapferen Fernando Claudin nennen, den Kommandeur einer Gruppe von I-16-Jägern, und Jaime Mata, den Kommandeur einer Staffel von Schnellbombenflugzeugen...

Antonio Garcia dachte nach. Man spürt, daß er in Gedanken in jenen fernen und schweren Jahren ist, in den Kämpfen, an denen er teilnahm. Ich will ihn dabei nicht stören...

Die sowjetischen Flieger waren besonders geschätzt. Bei Madrid wie in Aragon, in Asturien und an den anderen Fronten kämpften gemischte Luftstaffeln — ihnen gehörten Spanier, sowjetische Piloten und Bürger anderer Länder an. Doch in der Regel wurde das Kommando über die Staffel einem Flieger aus der UdSSR übertragen. Wir vertrauten ihnen unser Schicksal an, da wir wußten: Die sowjetischen Genossen werden uns nicht enttäuschen. Uns begeisterten ihre Furchtlosigkeit, Kühnheit und die Bereitschaft, ohne zu

zögern ihr Leben für das demokratische Spanien zu geben...

Antonio Garcia berichtet von einer Episode an der Katalonischen Front. In einer Staffel kämpften zusammen der russische Flieger Sergej Gerassimow und der Spanier Alfonso Garcia, der Führende und der Geführte. Jedes Paar von Jägern muß im Luftkampf abgestimmt, unter dem Kommando des Führenden handeln. An jenem Tag verfolgte Alfonso Garcia, von Gerassimow geführt, ein feindliches Flugzeug. Seine ganze Aufmerksamkeit galt dem Luftkampf, und so merkte er nicht, daß er in eine Falle gelockt werden sollte, vergaß alles um sich herum, darunter seinen Führenden, den er decken sollte. Gerassimow aber verfolgte aufmerksam den Kampf. Da ihm klar war, welche Gefahr seinem Geführten drohte, eilte er seinem Kameraden zu Hilfe. Der sowjetische Flieger griff die faschistische Maschine aus unmittelbarer Nähe von hinten an und schoß sie in Brand. Doch auch er selbst wurde abgeschossen.

Alfonso Garcia kehrte auf den Flugplatz zurück und erstattete dem Kommando Bericht. Seine Kameraden hatten alles vom Boden aus mit angesehen. Gerassimow war, um seinen Kampfgefährten zu retten, in den Tod gegangen. Alfonso Garcia war verzweifelt. Er wußte nicht ein noch aus, machte sich die schlimmsten Vorwürfe wegen seiner Kinderei, betrachtete sich als schuldig am Tod des sowjetischen Fliegers und wollte seine Schuld irgendwie abtragen. Garcia beschloß, Vor- und Nachnamen seines Führenden anzunehmen. So wurde er Sergej Gerassimow.

Später stellte sich heraus, daß der sowjetische Flieger Gerassimow wie durch ein Wunder das brennende Flugzeug zur Landung bringen und sich retten konnte. Er wurde von spanischen Bauern gefunden, die ihm halfen, und kehrte in sein Regiment zurück.

Nach dem Bürgerkrieg in Spanien emigrierte Alfonso Garcia-Gerassimow mit einer Gruppe von Republikanern in

die UdSSR. Als Hitler am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, ging Garcia erneut an die Front, diesmal um seine zweite Heimat zu verteidigen. Der Mut, den der spanische Pilot an der sowjetisch-deutschen Front zeigte, wurde durch Orden und Medaillen der UdSSR gewürdigt. Nach dem Sieg kehrte er ins Zivilleben zurück. Jetzt lebt er in Nowolipezk.

Alfonso Garcia ist weitaus nicht der einzige Spanier (hier ist nur von Fliegern die Rede), der in den Reihen der Sowjetarmee gegen den Hitlerfaschismus kämpfte. Dutzende von Namen ließen sich anführen. Einige von ihnen wie Alfonso Garcia oder mein Gesprächspartner Antonio Garcia Cano verbanden ihr Schicksal für immer mit der Sowjetunion. Besondere Erwähnung verdienen hier Leopoldo Morquillas, Antonio Arias und Ladislaw Duarte, die heute in Tula, Minsk und Gorki leben, Manuel Zarausa...

Einer der besten spanischen Flieger, Jose Maria Bravo, eskortierte das Regierungsflugzeug mit den Mitgliedern der sowjetischen Delegation zur Teheraner Konferenz.

Freundschaft, Brüderlichkeit und internationale Solidarität, geboren in den Kämpfen am Himmel Spaniens, in den Schützengräben von Aragon, Katalonien



Sie waren in einer Internationalen Brigade: der Bulgare Ferdinand Kosowski, der Ungar Mate Zalka, der Italiener Galleani und der Russe P. Batow, später der Armeegeneral und zweifache Held der Sowjetunion

und Asturien, erstarkten an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges. Dort wie hier kämpften Spanier und sowjetische Menschen gegen den gemeinsamen Feind — den Faschismus.

A. MEDWEDENKO

Motorenleitsystem wurde beschädigt. Auf vollen Touren brachte ich jäh meinen "Chato" zum Trudeln und schied aus dem Kampf aus. Die Fiat-Maschine, die mich attackiert hatte, wurde von Semjon Jewtichow abgeschossen. Als wir später das Kampfgeschehen analysierten, lobte Anatoli Serow die Handlungen meiner Kette.

Die Kämpfe wurden von Tag zu Tag härter. Im September nahm die Flugintensität zu. In drei Monaten hatte jeder für uns 60 bis 85 Flugstunden absolviert — und das bei einer Jahresnorm von 100 bis 120 Flugstunden im Frieden.

... Serow eilte zum Standplatz:

"Über Huesca kämpfen Dewottschenskows und Plestschenskows I-16-Staffeln. Alle an den Start!"

Als wir die Kampfregion erreicht hatten, sahen wir: Der Gegner ist offensichtlich zahlenmäßig überlegen. Auf 3500 m gestiegen, führte Serow die Staffel zu einer Biegung der Bahnlinie nördlich von Huesca. I-16-Flugzeuge kämpften auf einem großen Raum gegen Fiat- und Messerschmitt-Maschinen. Alles war in Bewegung. Man konnte kaum erkennen, wo die unseren waren und wo der Gegner. Zugleich mit uns tauchte eine große J-86-Gruppe auf. Serow schaukelte mit den Flügeln: "Ich greife an..."

Der gleichzeitige Sturzflug von fast 20 I-15-Maschinen auf die recht dichte Formation der faschistischen Bomber endete mit der Explosion zweier Junkers-Maschinen. Der wiederholte Angriff glückte nicht. Eine Gruppe von Fiat-Maschinen attackierte uns von oben. Die Schlacht ging in gegenseitige individuelle Attacken auf steilen Vollkurven und in der Vertikale über.

Ein wahrer Alptraum, begleitet von unzähligen MG-Garben. Beim Ausscheiden aus der ersten Attacke blieb ich

Rammflug bei Nacht

Es erinnert sich der Teilnehmer des Spanienkrieges, der sowjetische Flieger Jewgeni STEPANOW, Held der Sowjetunion

Unsere Gruppe von Freiwilligenfliegern unter Führung von Iwan Dewottschenko wurde nach Valencia, zum Stab der republikanischen Luftstreitkräfte, beordert.

Es ist heiß, durch die Palmen schimmert der blaue, fast zu blaue Himmel. Der Durst macht uns zu schaffen. Ich erinnere mich an das erste spanische Wort: "agua" (Wasser).

"Wir schicken euch an die Aragon-Front in die I-15-Staffel, die Anatoli Serow befehligt. Die Staffel nahm an vielen Schlachten teil, und jetzt unterstützt sie die Offensivoperation bei Saragossa, durch die Putschistenkräfte von der Nordfront abgelenkt werden sollen. Gekämpft wird ohne Niederlagen und Verluste. Wir hoffen, daß ihr bei den Gefechtsaufgaben ebenfalls Mut und Standhaftigkeit zeigen werdet."

Diese Worte gab uns der oberste Berater der Luftstreitkräfte der Republik, Jewgeni Ptuchin, mit auf den Weg.

Der August 1937 brachte unserer Staffel unzählige Gefechtsstarts. An ein-

zelnen Tagen flogen wir drei- bis fünfmal: begleiteten Bomber, nahmen Aufklärungs- und Patrouillenflüge vor, was nicht selten mit Luftkämpfen endete.

Um die Offensive der Republikaner südlich von Saragossa zu stoppen, bombardierten die Faschisten sie systematisch. Unsere Staffel wurde alarmiert und startete sofort. Als wir uns der Front näherten, bemerkten wir, wie aus der Richtung des Iberischen Gebirges zweimotorige Flugzeuge in Begleitung von Fiat-Maschinen auftauchten. Wir hatten die Sonne im Rücken. Serow mit seiner Kette attackierte. Zusammen mit dem Österreicher Walter Korouz nahmen sie den führenden Bomber unter intensiven Beschuß. Nikita Sjusjukalow, Semjon Jewtichow und ich griffen den Bomber, der die Formation abschloß, an. Es war eine zweimotorige Dornier 15. Sie ging schneller herunter, kippte links über und versuchte in solchem Schrägflug Saragossa zu erreichen. Nikita von rechts und ich von links beschossen sie weiter. Vor unseren Augen bohrte sie sich in die Erde und explodierte.

Von diesem Schauspiel fasziniert, bemerkte ich nicht, wie eine Fiat-Maschine eine MG-Garbe gegen mein Heckleitwerk und dann gegen die linke Seite meines Flugzeuges feuerte. Das

Aus dem Sammelband "Wir Internationalisten", der im Verlag für politische Literatur zum Druck vorbereitet wird

35 Jahre „Nova doba“

Mitten in Prag, am geschäftigen Wenzelsplatz, in wenigen bescheidenen Räumen im Gebäude des Gewerkschaftsverlages Prace arbeitet ein Kollektiv tschechoslowakischer Journalisten und Übersetzer für die tschechische Ausgabe der „Neuen Zeit“, die „Nova doba“. Das erste Heft erschien im Juli 1951, 6 Jahre nach Beendigung des nationalen Befreiungskampfes in der Tschechoslowakei und nachdem die Sowjetarmee das Land vom faschistischen Joch befreit hatte.

Im Kampf gegen den gemeinsamen Feind wurde die Freundschaft unserer Völker mit Blut besiegelt. Sie erstarkte noch mehr in den Jahrzehnten nach dem Sieg. Nach vollendeter nationaldemokratischer, später dann sozialistischer Revolution machten sich die

Werkstätigen der Tschechoslowakei unter Führung ihrer Avantgarde, der Kommunistischen Partei, an den Aufbau einer neuen Gesellschaft und zielten in allen Lebensbereichen große Errungenschaften.

In diesen Jahren wurde ein solcher Schritt nach vorn gemacht, für den unter anderen Bedingungen ein Jahrhundert nicht gereicht hätte. Die Umgestaltungen betrafen nicht nur das wirtschaftliche und soziale Leben, sondern auch Weltanschauung und die Moral der Menschen. Enthusiasmus, festes Vertrauen in den morgigen Tag, in eine friedliche Zukunft sind die Züge, die heute die Arbeitshaltung der Tschechen und Slowaken auszeichnen.

Wir freuen uns feststellen zu können, daß auch

die „Neue Zeit“ den tschechoslowakischen Genossen bei ihren Erfolgen bescheidene Hilfe erweisen konnte. Unsere Wochenschrift setzt sich aktiv für den Frieden und die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, für die Entwicklung gleichberechtigter Zusammenarbeit, die feste Einheit der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, für Entspannung in Europa und der ganzen Welt ein. Sie beleuchtet die sowjetische Politik des Kampfes gegen das Waffentrüben und die Vorbereitung eines Nuklearkriegs und legt den Standpunkt der sowjetischen Öffentlichkeit zu einem weiten Kreis internationaler Fragen dar. Die

Redaktion unserer tschechischen Ausgabe leistet eine große und nützliche Arbeit, indem sie diesen Standpunkt operativ und auf hohem journalistischem wie übersetzerischem Niveau einem weiten Leserkreis in der Tschechoslowakei zugänglich macht.

Wir wollen den Jahrestag zum Anlaß nehmen, um unseren Freunden aus dem Kollektiv der „Nova doba“ neue schöpferische Erfolge zu wünschen. Den Arbeitern und Angestellten des Prace-Verlags, der die „Nova doba“ herausgibt, wünschen wir weitere Arbeitserfolge! Wir senden unsere tiefempfundenen Grüße an die verehrten tschechoslowakischen Leser, denen wir in jeder Hinsicht Glück und Erfolg im Arbeitsleben und in ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit wünschen!

Das Redaktionskollegium der „Neuen Zeit“

allein und spürte eher, als daß ich es sah, rechts von mir ein Flugzeug. Sjusjka-low? Nein... Eine Fiat-Maschine! Die Angst packte mich. Die Geschwindigkeit verringernd, blieb der faschistische Pilot zurück, und ich landete in seinem Feuer. Steil ziehe ich die Maschine hoch, indem ich eine Halbkurve nach rechts vollziehe. Ich gehe zum Frontalangriff über und schieße aus meinen vier MGs. Die Fiat-Maschine ist erledigt. Auf meiner „06“

Die von Deutschland und Italien unterstützten Putschisten besaßen anfangs eine vielfache Luftüberlegenheit. Eben deshalb war der Aufruf der Republikaner „Geht in die Luftstreitkräfte, um den Faschismus zu stoppen!“ so aktuell



(Erkennungszeichen) wurden später viele Kugellöcher entdeckt, das Fahrwerkbein wies zwei Durchschläge auf...

Nachdem die Republikaner am 6. September 1937 den befestigten Punkt Belchite eingenommen hatten, zog das Kommando einen Großteil der Truppen von der Front ab, um ihnen die Möglichkeit zur Erholung und Umgruppierung zu geben.

Wir wurden auf dem Flugplatz Sabadell unweit von Barcelona untergebracht. Allmählich kamen wir wieder zu uns. Die Jugend nahm das Ihre.

In der Nacht zum 28. Oktober hatten Ilja Finn und ich Dienst. Gegen 3 Uhr meldeten die Beobachtungsposten, daß 40 km nördlich von Barcelona, längs der Küste, starker Motorenlärm zu hören ist. Schnell starteten wir. Einige Zeit später bemerkte ich in einer Höhe von ca. 2000 m im Mondlicht eine Kette von Bombern, die in großem Abstand fliegen.

Ich näherte mich dem führenden Flugzeug. Die Schützen des italienischen Bombers Savoia-Marchetti 81 entdeckten mich und eröffneten das Feuer. Nachdem ich aus 15 bis 20 m aus meinen MGs gefeuert habe, sehe ich, daß der linke Flügel des Savoia zu brennen anfängt. Er gab noch eine MG-Garbe ab. Der rechte Flügel steht in Flammen, das Flugzeug aber fliegt weiter — die tödliche Last kann auf die Stadt abgeworfen werden. Ich habe keine Zeit, die MGs nachzuladen. Mit verstärkter Geschwindigkeit ramme ich in einer Rechtskurve das Heckleitwerk des Bombers, ohne darüber nachzudenken, was dies für mich bedeu-

ten könnte. Der Schlag mit dem linken Rad gibt dem Bomber das letzte.

Bei dem Zusammenstoß werde ich mit dem Kopf gegen die Gerätschaften geworfen. Doch der Motor arbeitete weiter recht zuverlässig. Als ich meinen Jäger wieder in die Horizontale gebracht habe, bemerke ich 50 bis 100 m über mir einen weiteren Bomber, der links von Barcelona Richtung Meer zu entkommen sucht. Seine Umrisse waren klar vor dem mondbeschiedenen Himmel zu erkennen. Ich verfolge ihn, gebe einige lange Leuchtspurpulsablen ab. Der Bomber tat das gleiche. Wir kamen einander näher. Da gab ich noch eine Salve ab — ein Blitz blendet mich, dann taucht alles in Dunkelheit.

Am Morgen entdeckten republikanische Küstenwachboote auf der Meeresoberfläche Ölflecken. Die Seeleute zeigten die Wellmetalltrümmer, die sie aus dem Wasser geholt hatten, der Stadtverwaltung von Barcelona. Später wurden sie dorthin gebracht, wo das erste Flugzeug abgestürzt war. Dort waren bereits J. Puchin, F. Agalzew, W. Adriaschenko und Anatoli Serow eingetroffen. Man gratulierte mir. Auf meiner „06“ mußten nach der nicht ganz „klassischen“ Landung nur die Schraube und das linke Rad, die bei dem Rammflug beschädigt wurden, ausgetauscht werden.

Viel später, bereits in der Sowjetunion, erfuhr ich, daß der von mir über Barcelona abgeschossene italienische Bomber Savoia das erste Flugzeug der Welt war, das in einem Nachtkampf gerammt wurde.

Die Suche geht weiter

Michail JAKOWLEW

Die Wirtschaftsreform in der VR China dauert schon mehr als 7 Jahre. Sowohl in China selbst als auch im Ausland wird darüber viel geschrieben und lebhaft diskutiert. In der VR China nennt man sie eine "historische Reform", eine "zweite Revolution", sieht man in ihr den einzig richtigen Weg des "sozialistischen Aufbaus mit chinesischer Spezifik".

Die radikale Agrarreform wurde auf dem 3. ZK-Plenum der KP Chinas im Dezember 1978 beschlossen, wo zugleich auch ein neuer politischer und wirtschaftlicher Kurs verkündet worden war. Der radikale Umbruch auf dem Lande betrifft 80% der Gesamtbevölkerung. Die Agrarreform soll die landwirtschaftliche Produktion beleben und die Effektivität der nunmehr marktorientierten Landwirtschaft erhöhen. Nach den neuen Bestimmungen sind die früheren Kollektivwirtschaften faktisch aufgelöst und der Boden, weiterhin Kollektiveigentum, wird an die Bauern verpachtet. Die chinesischen Theoretiker hatten bestimmt, daß der Bauernhof Grundlage für Produktion und Wirtschaftstätigkeit auf dem Lande wurde.

Jetzt schließt jeder Hof, jede Familie mit ihrem Kollektiv, der Dorf- oder Produktionsbrigade einen Grundpachtvertrag ab, in dem sie sich verpflichtet, eine bestimmte Menge eines Agrarerzeugnisses zu produzieren, Abgaben in den Gemeinschaftsfonds zu leisten und Steuern zu zahlen, mit dem Recht, frei über das verbleibende Produkt zu verfügen. Von nun an werden kleinere Restaurationsbetriebe verpachtet.

In China rechnet man damit, daß die Eigenverantwortlichkeit des Erzeugers die individuelle Arbeitsleistung des Bauern mobilisiert, seine unternehmerische Initiative weckt und unterm Strich zu einem Aufschwung der Produktivkräfte auf dem Lande und zu allgemeinem Wohlstand führt.

Erste Ergebnisse liegen vor. Im letzten Fünfjahrplan betrug der Zuwachs am landwirtschaftlichen Bruttoprodukt im Jahresdurchschnitt 8,1%. Die Ernteerträge konnten sich sehen lassen: 1983 und 1985 an die 380 Mio t Getreide und 1984 eine Rekordernte von über 407 Mio t. Die chinesische Führung betont, daß damit die Getreide- und Baumwollversorgung des Landes abge-

sichert sei. Um diese Tendenz zu stabilisieren, hob die Regierung der VR China die Pflichtlieferungen an den Staat und das Staatsmonopol für den Verkauf landwirtschaftlicher Haupterzeugnisse, inklusive Getreide, auf. In diesem Jahr realisiert man Verträge mit den Bauern über den Aufkauf festgelegter Mengen von Produkten zu garantierten Preisen.

Eine sich rasch entwickelnde örtliche Industrie ist typisch für das heutige China. In ihr sieht man die treibende Kraft bei der Verwirklichung der Agrarreform. Tian Jiyun, stellvertretender Staatsratsvorsitzender der VR China, bemerkte dazu, daß "in einigen Provinzen die Industriebetriebe der Kreise und Siedlungen zu wirtschaftlichen Stützen des Dorfes geworden sind".

Im Laufe der Reform stiegen die Einkommen der Bauern bei einem Preisanstieg von 44% um durchschnittlich 65%. Nach langen "mageren Jahren" wurde die Lebensmittelversorgung erheblich verbessert. Hier und dort sieht man Neubauten, also auch bei den Wohnbedingungen tut sich etwas. In den Bauernhaushalten findet man immer häufiger Massenbedarfsartikel und langlebige Konsumgüter wie Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen und Motorräder, die noch vor wenigen Jahren zu den Luxusgegenständen zählten.

Immerhin werden offiziellen Angaben zufolge 70 Mio Bauern zu den Armen gerechnet. Zu den armen Höfen gehören Familien, deren jährliches Prokopfeinkommen unter 200 Yuan liegt. Dabei stiegen 1985 im Vergleich zu 1984 die Einzelhandelspreise für Lebensmittel und Konsumgüter um durchschnittlich 8,8%, und im ganzen Fünfjahrplan um 19%.

Ab 1984 wird die Wirtschaftsreform auch in der Stadt durchgeführt. Belebung der Industrie und Effektivierung der Leitung sind das Ziel. Hierbei orientiert man nicht auf breitgestreuten Investbau, sondern auf Umbau und Rekonstruktion bestehender Betriebe bei Einführung neuer Technologien.

Die Reform in den Städten verfolgt folgende Ziele: die Rentabilität der Betriebe zu steigern und in den Arbeitskollektiven Aktivität und Initiative zu wecken, die vor der Reform durch maßlose Reglementierungen von oben blockiert wurden. Die Neuerungen betreffen hauptsächlich kleine und mittlere Betriebe. Man verbindet gewisse Hoffnungen mit 1. einem persönlich haftenden Direktor, 2. umfassenden Rechten, die man den Betrieben in ihrer Produktionstätigkeit gewährt, und 3. merklich reduzierten Plandirektiven. Während vor der Reform die Betriebe an der Realisierung ihrer Produktion auf dem Markt nicht beteiligt waren, erhalten jetzt viele das Recht, ihre über- oder außerplanmäßige Produktion selbständig zu verkaufen.

Die Wirtschaftsreform habe bereits bestimmte Früchte getragen, sagte Staatsratsvorsitzender Zhao Ziyang auf der letzten Tagung des Nationalen Volkskongresses in seinem Beitrag zum Entwurf des 7. Fünfjahrplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der VR China von 1986 bis 1990. Besonders gute Resultate hat sie auf dem Lande gezeigt. In der Landwirtschaft sei eine Wende eingeleitet worden, hin zu Spezialisierung und Modernisierung, hin zur Entfaltung der Warenwirtschaft. Zhao Ziyangs Worten zufolge soll die Reform auf städtischer Ebene in verschiedenem Umfang in den Bereichen Planung und Finanzen, Besteuerung, Preise, Bankwesen, Handel, Arbeit, Löhne usw. verwirklicht, im Wirtschaftsleben des Volkes zu einer unerhörten Belebung beigetragen haben.

Insgesamt sind die Ergebnisse des Fünfjahrplans überzeugend: Der jährliche Bruttozuwachs der landwirtschaftlichen und Industrieproduktion liegt bei 11%. Nicht nur, was den Umfang der Stahlproduktion angeht, zog China an: von Platz 5 auf Platz 4 in der Welt, Elektroenergie: von 6 auf 5, Kohlebergbau: von 3 auf 2. 1985 schmolzen die Chinesen 46,66 Mio t Stahl, förderten 850 Mio t Kohle und 125,4 Mio t Erdöl und erzeugten 407,3 Md. kWh Strom.

Über 35 Mio Arbeitslose konnten in den letzten 5 Jahren Beschäftigung finden. Das durchschnittliche jährliche Prokopfeinkommen für Arbeiter und Angestellte stieg von 762 Yuan 1980 auf 1176 Yuan 1985. Im selben Zeitraum erhöhte sich das Jahresdurchschnittseinkommen der Bauern von 191 auf 400 Yuan pro Kopf.

Die Versorgung der Märkte in Stadt und Land mit landwirtschaftlichen und Industrieerzeugnissen verbesserte sich so, daß man für viele gefragte Waren die Rationierungskarten abschaffen konnte. Ausgenommen sind Mehl, Graupen und

Pflanzenöl. Der Wohnungsbau verzeichnet ein bemerkenswertes Wachstum. Zhao Ziyang verwies darauf, daß die wirtschaftlichen Erfolge der VR China möglich wurden, weil man sich an die "Reform des alten Wirtschaftssystems und den Aufbau einer Wirtschaft offenen Typs" gemacht habe, weil China einen "seiner realen Lage angemessenen neuen Weg" eingeschlagen habe. Der Regierungschef Chinas erläuterte das Wesen des neuen Wirtschaftssystems: "Bei der Warenwirtschaft, die China zu entfalten sich vornimmt, handelt es sich um eine sozialistische Warenwirtschaft. Sie gründet sich auf gesellschaftliches Eigentum, folgt dem Prinzip der Distribution nach Arbeitsleistung und funktioniert, wenn Plan und Kontrolle vorliegen."

Neben zweifellos vorhandenen Erfolgen stößt die chinesische Volkswirtschaft unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform auch auf ernst zu nehmende Schwierigkeiten. Ende 1984 traten sie massiert auf, als, nach den Worten chinesischer Ökonomen, "mehrere neue destabilisierende Faktoren auftraten". Dazu zählt besonders die übermäßige Zuwachsrates der Industrieproduktion, unmaßig hohe Kapitaleinlagen in den Grundfonds, maßloser Verbrauch materieller Ressourcen, Senkung des Devisenvorrats, angespannte Lage in Energiewesen, Transport, Kommunikation und Rohstoffversorgung. 1985 stiegen im Vergleich zu 1983 die Aufwendungen für Investbau um 75%, während das Nationaleinkommen für denselben Zeitraum um lediglich 28% zunahm. Hier liegt auch der Grund dafür, daß das Tempo des Wirtschaftswachstums im Grunde genommen der staatlichen Kontrolle aus dem Ruder gelaufen ist. Im ersten Halbjahr 1985 betrug es im Vergleich zum selben Zeitraum 1984 23%. Allein Sondermaßnahmen ist es zu verdanken, daß gegen Ende 1985 das Wachstumstempo auf 10% gedrückt werden konnte. In mehreren Provinzen, autonomen Gebieten und Städten, die der Regierung

direkt unterstellt sind, wurden viele "neue außerplanmäßige Objekte" ausgesetzt, eingefroren oder schlicht eingestellt. Der neue Fünfjahrplan bis 1990 sieht eine Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Bruttonproduktion um 38% oder 7-8% jährlich vor.

Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit ein akutes Problem dar. Der Arbeitskräfteüberschuß in den Städten beläuft sich auf 20-30%, auf dem Land leidet ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung unter Arbeitsmangel. Diese statistischen Daten erläuterte Zhao Ziyang: Im Zuge der Landreform seien in ganz China ca. 100 Millionen Menschen freigesetzt worden, d. h. ein Drittel der arbeitenden Landbevölkerung. Diese Bauern verlassen nur zögernd ihre Heimatorte, und wenn sie sich von der Scholle losgerissen haben, versuchen sie, in den Industriebetrieben der Kreise und Siedlungen unterzukommen. Nach Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischereiwirtschaft der VR China arbeiten 60 Millionen Menschen in diesen Betrieben, das entspricht einem Fünftel der arbeitsfähigen Landbevölkerung.

Verschleierung von Profiten wurde nicht nur unter Einzel- und Kollektivbetrieben verbreitet, sondern auch unter staatlichen Unternehmen, ebenso wie Preistreiberei für eigene Waren.

Die chinesische Presse berichtet über negative Erscheinungen im sozialen Bereich. Vielerorts habe sich Gewinnsucht bemerkbar gemacht, seien Versuche zu verzeichnen gewesen, die Reform für eigennützige Zwecke zu mißbrauchen, und unter dem Vorwand, die Wirtschaft anzukurbeln, sich illegaler Praktiken zu bedienen: Schmuggel, Handel mit gefälschten Waren usw. Allerdings wird die Meinung vertreten, daß diese negativen Erscheinungen nichts mit der Reform zu tun haben. Li Dengying, Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses der Provinz Gansu, sprach sich von der Tribüne der jüngsten Tagung des Nationalen Volkskongresses dagegen aus, "für

Diebstahl und Unterschlagung, Korruption und Erpressung die Reform verantwortlich zu machen. Dergleichen gebe es auch ohne sie". Die Neuerungen in der Wirtschaft des Landes, besonders die Dezentralisierung in Planung und Leitung der Produktion, die Ausweitung der betrieblichen Kompetenz und die Einführung einer Kompetenzregelung für ihre Direktoren überwiegen die Annahme reglementierender, gesetzgebender Akte, Bestimmungen oder Gesetze. Das schafft natürlich Bedingungen, unfreiwillig oder bewußt vom Geplanten oder Wünschenswerten abzuweichen. Als Beispiel dafür mag die erwähnte nachteilige Lage im Investbau dienen, die "Erhitzung" auf dem Industriesektor.

Zweifellos berücksichtigt die chinesische Führung die realen Bedingungen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens ihres Landes. Sie erklärt, daß die Reform für China von außergewöhnlicher Bedeutung ist. Insofern steht die Aufgabe vor uns, im nächsten Jahrhundert nach wirtschaftlichen und technischen Kennziffern den Standard eines durchschnittlich entwickelten Landes zu erreichen. Das hängt vom Erfolg der Reform des Wirtschaftssystems, die sich auf die Stadt stützt, ab. Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KP Chinas, sagte dazu kürzlich: "Wir brauchen mindestens noch 30 bis 40 Jahre, um Anschluß an den Weltstandard zu finden. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir ihn erreichen werden."

Der Optimismus der chinesischen Führung gründet sich auf den von ihr eingeschlagenen Weg "des sozialistischen Aufbaus mit chinesischer Spezifik". Jedes sozialistische Land entwickelt sich auf seinem eigenen Weg und bestätigt damit nur die Voraussage von Marx über die endlose Vielfalt ein und desselben Wesens in seinen konkreten Erscheinungen. Der Abschied von veralteten wirtschaftlichen Strukturen und Methoden der Zeit vor der Reform machte den Weg frei für die Suche nach vollkommeneren Methoden der Wirtschaftsführung.

Diese Busse werden vom Naturgas getrieben.

Foto aus: "National Geographic" (USA)



19. Juli — Tag
der Revolution
Nikaraguas

Eine Revolution versteht sich zu verteidigen

Das Weiße Haus und das Pentagon feilschen um immer neue Millionen Dollar für die Bewaffnung und den Unterhalt der Contras und rechnen an Computern die Chancen der "Freiheitskämpfer" aus, die sich in Honduras und Kostarika festgesetzt haben. Doch keine Computer sind imstande, Faktoren wie den Heldenmut, die Selbstaufopferung und Entschlossenheit eines Volkes, das seine Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt, einzukalkulieren. Die Nikaraguaner wissen, daß die Sache, für die sie kämpfen, gerecht ist, und das verzehnfacht ihre Kräfte.

Jeder Patriot ist in dieser für das Land schweren Zeit bereit, die Heimat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Neben den laut dem Gesetz "Über den patriotischen Wehrdienst" einberufenen Soldaten der Sandinistischen Volksarmee bestehen noch die sogenannten Bataillone zur Bekämpfung der irregulären Kräfte sowie die Territorialmilizen.

Auf den hier abgebildeten graphischen Darstellungen und Karten sieht man die Resultate der allgemeinen Mobilmachung des Volkes. Die US-Söldner werden trotz ihrer modernsten Technik geschlagen, und dies immer mehr, je weiter Washington seinen nichterklärten Krieg eskaliert.

Zunehmender Widerstand

Von Beginn 1981 bis Sommer 1982 formierte die CIA bewaffnete Gruppen aus ehemaligen Somozistas, kubanischen Konterrevolutionären und sonstigen "Glücksrittern". Damals unternahmen sie nur einzelne Angriffe an der Grenze zu Nicaragua. Im März und April 1984 wurde die Republik mehrmals nacheinander — zu Boden, zur See und aus der Luft — angegriffen, ihre Häfen wurden auf Befehl der CIA vermint. Mitte März fielen große Gruppen von Contras, insgesamt etwa 11 000 Mann, aus Honduras und Kostarika in Nicaragua ein. Das war die erste großangelegte Offensive unter CIA-Führung. Ungefähr 6000–8000 Söldner drangen

Daniel Ortega: „Wir halten durch!“

Anläßlich des 7. Jahrestages der nikaraguanischen Revolution gewährte der Präsident der Republik Nicaragua, Daniel Ortega, dem "NZ"-Korrespondenten in Managua, Wladimir Dolgow, nachstehendes Interview.

Die Haupterrungenschaft unserer Revolution ist, daß wir bereits ihren 7. Jahrestag feiern können, obwohl die Reagan-Administration uns seit mehr als vier Jahren zu vernichten trachtet. Bei der Abwehr der von Washington betriebenen Politik des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Terrors haben wir große Erfolge zu verzeichnen. Wir lassen uns unsere Errungenschaften nicht wegnehmen.

Erstmalig verfügt das nikaraguanische Volk frei über sein Schicksal. Vom moralischen und politischen Standpunkt aus ist das eine für die Volksmassen entscheidende Errungenschaft. Die Nikaraguaner empfinden sich als Schöpfer

ihrer Geschichte, als Erbauer und Verteidiger ihres Landes, das nun ihnen gehört. Deshalb wächst die Bewußtheit des Volkes, das schwere Entbehrungen standhaft erträgt und den sozialen und wirtschaftlichen Problemen als Folge der US-Aggression die Stirn bietet.

Es liegt auf der Hand, daß die US-Pläne, unsere Revolution zu erwürgen, nach wie vor scheitern. Das ist der größte Sieg unseres Volkes.

Zugleich ist nicht zu übersehen, daß unseren sozialen und wirtschaftlichen Programmen schwerer Abbruch getan wurde. Die Errungenschaften der ersten Revolutionsjahre und das Leben der Nikaraguaner sind tagtäglich einer Gefahr ausgesetzt. Menschen kommen um. Wir müssen uns viel Mühe geben, um zu überleben und um das Bildungs- und das Gesundheitswesen auf dem heutigen Stand aufrechtzuerhalten (von einer Erweiterung kann vorläufig keine

ins Innere des Landes ein, ein Teil der Banden überquerte die Grenze von Kostarika aus und eröffnete eine Südfrent.

1984. Die größten Kämpfe gegen die Contras finden in den Departements Zelaya und in Boaco statt. In Jinotega wurden ein großer Stützpunkt der Contras aus dem regionalen Kommando "Rafaela Herrera" und der Stützpunkt

Astro im Süden von Zelaya zerschlagen, in Boaco eine spezielle Sturmgruppe außer Gefecht gesetzt.

1985. Im Juli und August drangen Gruppen von Konterrevolutionären aus Honduras in Nordnikaragua ein. Die größten Kämpfe entfalteten sich in Nueva Segovia und Jinotega. Gleichzeitig wurden im Süden und im Zentralgebiet kleinere Sträube abgewickelt, damit die

Gebiete intensiver Kampfhandlungen (schraffiert). Die Pfeile zeigen die Schläge der Sandinistischen Volksarmee.





Rede sein). Doch das Volk ist entschlossen, nichts vom Erreichten preiszugeben.

In politischer Hinsicht ist es für uns sehr wichtig, eine Verfassung auszuarbeiten. Selbstverständlich wollen die USA das nicht, sie wünschen nicht, daß der revolutionäre Prozeß rechtlich verbrieft wird, und unterlassen nichts, um uns daran zu stören.

Uns liegen Informationen darüber vor, auf welche Weise die US-Botschaft die in unserer Nationalversammlung vertretenen Parteien zu beeinflussen versucht, damit sie sich nicht an der Diskussion über den Verfassungsentwurf beteiligen. Washington möchte, daß sich damit nur die Sandinistische Nationale Befreiungsfront beschäftigt. Wir haben aber

nun einmal beschlossen, die Verfassung anzunehmen, gleich, ob unter Teilnahme der anderen Parteien oder ohne sie. Es handelt sich um eine große Schlacht, und wir hoffen, sie trotz der Umtriebe der USA zu gewinnen.

In diesen Tagen vor dem Jubiläum möchte ich besonders die Rolle der Werktätigen — der Arbeiter, Bauern, Tagelöhner — in unserem Staat betonen. Immer überzeugender bestätigt sich, ein wie wirksamer Faktor das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist. Gewiß, die Entwicklung der nikaraguanischen Gesellschaft kennt Widersprüche und Kollisionen. Dennoch erstarkt das Bündnis der Arbeiter und Bauern von Tag zu Tag. In ihrer Einheit sehen wir eine Gewähr dafür, daß wir durchhalten und die Aggression zurückschlagen werden. Gemeinsam entwickeln die Werktätigen von Stadt und Land die Produktion, damit wir uns verteidigen und damit unsere Einwohner ihre Lebensbedürfnisse befriedigen können.

Wir haben innere Reserven, doch viel bedeutet uns auch die internationale politische und wirtschaftliche Solidarität, ganz besonders die Unterstützung der Sowjetunion, die dem nikaraguanischen Volk brüderliche Hilfe leistet.

Sandinistische Volksarmee ihre Kräfte von den wichtigsten Kampfabschnitten abzog. Das war die erste Offensive der Contras von diesen Ausmaßen.

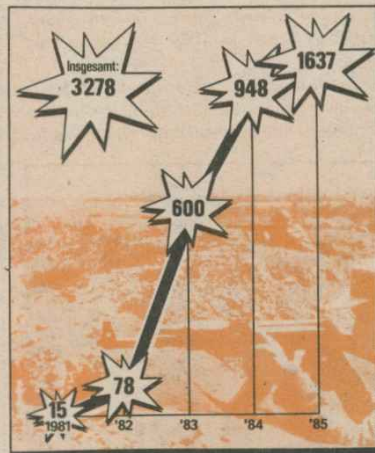
Erbitterte Kämpfe bei Esteli. Eine fast 4000 Mann starke Gruppierung näherte sich diesem Verwaltungszentrum des gleichnamigen Departements, erlitt jedoch große Verluste und wurde zurückgeschlagen. Verbände der Volksarmee besetzten ein Lager der Contras in San Pedro. Im Ort La Penca mußten die Contras ihr geheimes Flugfeld räumen. Ferner wurden ihre Lager in "Rapidas de Kiawas", Cerro Somopipe, Cano Poncayo und Aguas Calientes überfallen.

1986. Wie das nikaraguanische Verteidigungsministerium meldet, verfolgten Armeetruppen im März an der Nordgrenze der Republik sich zurückziehende Banden und zerstörten mehrere von ihren Lagern, darunter das "militärische Ausbildungszentrum".

Besiegte Luftpiraten

Schon im November 1985 kaufte die US-Regierung für 27 Mio Dollar, die für "humane Zwecke" bestimmt waren, Militärtechnik (Schnellboote, Flugzeuge) für die Contras. Mit Hilfe von El Salvador und Honduras ging man an die Formierung der Luft- und der Seestreitkräfte der Contras.

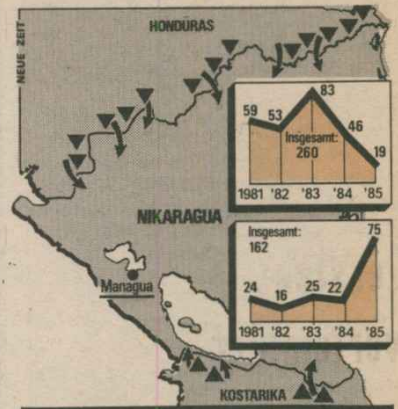
KÄMPFE DER SANDINISTISCHEN VOLKSARMEE GEGEN DIE CONTRAS



1983. Im September wurden Flugzeuge der Piraten abgeschossen: eines beim Sandino-Flughafen (Managua) und ein weiteres über dem Departement Rio San Juan. Beide Maschinen waren in Kostarika gestartet. Ferner wurde ein Flugzeug abgeschossen, das, von Honduras kommend, den Luftraum des

ANGRIFFE DER CONTRAS AN DER NIKARAGUANISCHEN GRENZE

Von Honduras aus



Von Kostarika aus

Landes über dem Departement Matagalpa verletzte.

1984. Drei Hubschrauber (einer mit zwei US-Bürgern an Bord) wurden heruntergeholt, desgleichen ein Hubschrauber der Banditen über der Siedlung Teotecacinte (Nueva Segovia) und ein C-47-Flugzeug im Departement Jinotega.

1985. Im Juni wurden fünf Hubschrauber heruntergeholt: drei bei der Siedlung Wamblan (Departement Jinotega), zwei in Nueva Segovia und ein Sessna-Flugzeug im Süden von Yelaya.

Managua Friedensoffensive

1981, August. Nicaragua schlägt vor, mit den mittelamerikanischen Nachbarländern, die mit Washington verbündet sind, einen Nichtangriffspakt zu schließen. Die einzige Bedingung ist, daß die USA ihre Aggression und ihre Hilfe für die Söldner einstellen.

1982, März. Im UNO-Sicherheitsrat sieht sich Nicaragua gezwungen, die Frage der eskalierenden US-Aggression aufzuwerfen, und unterbreitet einen 9-Punkte-Vorschlag. Darin wird erneut das Bestreben betont, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren und mit den mittelamerikanischen Nachbarländern unverzüglich einen Nichtangriffspakt zu signieren.

1983, März. Auf Nikaraguas Ersuchen wird eine Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrates einberufen. Die Vertreter der Republik rufen die USA auf, den Krieg gegen Nicaragua einzustellen.

1984, April. Die sandinistische Regierung sieht sich genötigt, beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine Klage gegen die USA wegen ihres aggressiven Vorgehens (Verminen der nikaraguanischen Häfen, Diversionen, Hilfe für die Contras) zu erheben.



Die Nikaraguaner bewahren sorgsam alles auf, was mit ihrem Nationalhelden Augusto Cesar Sandino zusammenhängt. Dieses Siegel gehört zu den Heiligtümern. Sandino drückte es vielen historischen Entscheidungen und Urkunden auf, die im Partisanenkampf der 20er/30er Jahre gegen die Okkupanten angenommen wurden. Die ins Siegel eingravierten Worte "Patria y Libertad!" (Heimat und Freiheit) wurden für Sandinos Nachfolger zur Lebensmaxime.

1984, Juni. Mitten in der Wahlkampagne in den USA akzeptiert die Reagan-Administration Nikaraguas Vorschlag über einen zweiseitigen Dialog. Im mexikanischen Bad Manzanilla nehmen stellvertretende Außenminister Verhandlungen auf.

1984, November. Einige Tage nach den Präsidentschaftswahlen in den USA bricht die amerikanische Administration die Verhandlungen in Manzanilla einseitig ab.

1985, Februar. Nicaragua schlägt vor, alle ausländischen Militärberater aus den mittelamerikanischen Staaten abzuberufen und ein unbefristetes Moratorium für den Erwerb neuer Waffenarten durch diese Staaten einzuführen. Die Regierung Nikaraguas fordert die Kongreßmitglieder der USA auf, das Land aufzusuchen und sich vom defensiven Charakter seines Militärsystems zu überzeugen.

1985, Mai. Nicaragua schlägt den USA eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in Manzanilla vor.

1985, Juli. Über einen Vertreter der Contadora-Gruppe übermittelt Nicaragua den Vorschlag der sandinistischen Regierung über die Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA.

1985, Juli. Auf einer Kundgebung zum 6. Jahrestag der Revolution erklärte Präsident Ortega, die USA müßten ihre Drohungen, Erpressungen und aggressiven Aktivitäten einstellen, und schlug erneut eine Fortsetzung des Dialogs in Manzanilla zur Normalisierung des bilateralen Verhältnisses vor.

1986, Juni. Die Regierung erklärt sich bereit, die Konfliktsituation in Mittelamerika aufgrund der neuen, von der Contadora-Gruppe am 7. Juni vorgeschlagenen "Friedensakte" zu bereinigen.

Wie reagierte Washington darauf? Wie

gehabt: Jedesmal erklärte das Weiße Haus oder das State Department, diese Aufrufe hätten "keinen Gehalt". Zugleich wurden an die sandinistischen Behörden unannehmbar imperiale Forderungen gestellt: die Innen- und Außenpolitik zu verändern, die freundschaftlichen Beziehungen zu Kuba, zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern abzurechnen, einseitig abzurufen und mit den Konterrevolutionären, an deren Händen das Blut ihrer Landsleute klebt, zu verhandeln. Es ist klar, daß die Revolution das nicht akzeptieren kann!

Kampf, Arbeit, Bildung,

Die Nikaraguaner begehen das 7jährige Jubiläum ihrer Revolution in einer unruhigen Atmosphäre. Immer wieder fordert die US-Aggression Opfer. Es ist, als würden die Tränen von Müttern, Witwen und Kindern nie trocknen. Es ist Krieg, ein Krieg ums Überleben, um die Unabhängigkeit, die Würde und das Recht, den eigenen Weg zu gehen.

Der Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution in Nicaragua am 19. Juli 1979 krönte den Kampf der Patrioten unter Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront gegen die von den USA großgepöppelte Somoza-Diktatur. Sie hatte das Land geplündert und zerstört; 52 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten, weil für die Werktätigen keine Schulen da waren, wie übrigens auch keine Krankenhäuser, so daß 270 von je 1000 Neugeborenen starben.

Die Sandinisten mußten praktisch beim Nullpunkt anfangen: Schulen, Wohnhäuser und Industriebetriebe gleichzeitig



Die UdSSR hilft Nicaragua bei der Entwicklung der Schlüsselindustrien. TASS-Foto: Sowjetische Geologen N. Bogatych und M. Chussainow mit ihrem nikaraguanischen Kollegen E. Palasios

bauen sowie die Landwirtschaft umgestalten, wozu sie den Boden jenen übergaben, die ihn bestellen. Das ganze gesellschaftliche Leben des Landes mußte demokratisiert werden.

1980 wurde eine breite nationale Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Erwachsene und sogar alte Leute gingen gemeinsam mit Kindern zur Schule. Der Unterricht erfolgte nicht nur in Spanisch, sondern auch in den Sprachen der im Lande ansässigen indianischen Stämme. Als Ergebnis ist die Zahl der Lese- und Schreibunkundigen auf 12% zurückgegangen.

Die Gesundheit der Bevölkerung, vor allem der Kinder, ist ein Hauptanliegen der neuen Macht. Überall wirken medizinische Stellen und Krankenhäuser, werden prophylaktische Masseneimpfungen vorgenommen. In kurzer Zeit wurden die Masern und die Kinderlähmung ausgeremmt, die Kindersterblichkeit ist auf die Hälfte zurückgegangen.

Dank der Agrarreform erhielten 86 000 Bauernfamilien 1,8 Mio ha Boden, in diesem Jahr werden weitere 21 205 Familien ihre Parzellen bekommen. Einzelwirtschaften bestehen noch, die Zahl der Genossenschaften nimmt zu, Staatsgüter werden gegründet. Die Ländereien, die der Familie Somoza und den mit ihr verbundenen Großgrundbesitzern gehörten, wurden konfisziert und dem Staat oder den Genossenschaften übergeben. Aber wenn große Güter hochproduktiv sind und ihre Besitzer nicht gegen den revolutionären Prozeß auftreten, bleiben sie Privatbesitz.

Trotz der Aggression fanden im November 1984 in der Atmosphäre einer scharfen ideologischen Auseinandersetzung die ersten freien allgemeinen Wahlen statt. An ihnen nahmen sechs Oppositionsparteien teil. Nun hat das Land einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten sowie das Parlament (eine Kammer). Am 21. Februar d. J. wurde ihm der Entwurf der neuen Verfassung Nikaraguas vorgelegt. Darin ist u. a. vorgesehen, politische Vereinigungen allen zu gestatten, mit Ausnahme der Leute, die den Somoza-Zeiten nachtrauern. Der politische Pluralismus und das Recht auf Privateigentum, wenn es zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft beiträgt, werden garantiert. Der Verfassungsentwurf wurde vom ganzen Volk erörtert, viele wesentliche Hinweise kamen hinzu.

Der nicht erklärte Krieg der Reagan-Administration gegen Nicaragua entzieht der Volkswirtschaft beträchtliche materielle und Menschenressourcen.

Die Patrioten sind bemüht, alles zu tun, damit das Land unter diesen Krisenbedingungen überlebt. Und wenn sie ihrer Regierung helfen, den nötigen Produktionsstand zu sichern, fordern sie die US-Administration heraus, die die Republik durch Wirtschaftsblockade abzuwürgen trachtet.

Managua

NZ-Korrespondent

In diesem Juli

Prof. Wiesław ISKRA, Prorektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der PVAP

Der diesjährige Juli ist für uns Polen ein besonderer Monat. In seinen ersten Tagen endete der X. Parteitag der PVAP, der die Entwicklungsperspektiven des Landes bis Ende des Jahrhunderts festlegte, und am 22. Juli feiert Volkspolen den 42. Jahrestag seines Bestehens — Grund genug, den zurückgelegten Weg noch einmal zu überblicken.

Es ist bekannt, daß nicht nur die Freunde des Sozialismus in der VR Polen, sondern auch seine Feinde die sozialökonomische Entwicklung unseres Landes einschätzen.

Auf Schwierigkeiten und Komplikationen beim sozialistischen Aufbau spekulierend, versuchen die inneren und äußeren Gegner unsere Staaten, seine Errungenschaften wegzuleugnen und seine Entwicklung als eine ununterbrochene Kette von Irrtümern und Mißerfolgen darzustellen. Zugleich werden Versuche unternommen, den sozialökonomischen Ergebnissen im Polen der Zeit zwischen beiden Weltkriegen eine günstige Bedeutung anzuinterpretieren.

Gewiß, in der Wirtschaft Polens jener Zeit waren gewisse positive Momente festzustellen, doch ihre Grundzüge waren Stagnation und Rückschritt. Im Jahre 1938 machte die Industrieproduktion unseres Landes nur 95% des Standes von 1913 aus. Das wirkte sich auf die gesamten sozialökonomischen Verhältnisse verheerend aus. Laut Berechnungen von Wirtschaftsfachleuten jener Jahre gab es im polnischen Dorf mehrere Millionen "überschüssige" Menschen, und in der Stadt erreichte die Arbeitslosenzahl eine Million.

In der Nachkriegszeit wurde Polens wirtschaftliche Entwicklung von der sozialistischen Industrialisierung geprägt. Bei ihrer Verwirklichung gab es allerdings wesentliche Fehler. Manchmal wurde die Entwicklung der Industrie, besonders der Schwerindustrie, im Vergleich zu den anderen Zweigen der materiellen Produktion zu sehr forciert, was zu wirtschaftlichen Disproportionen führte. Aber alles in allem hatte der industrielle Fortschritt für das Land günstige Folgen.

Gegenwärtig sichert die Industrie die Hälfte des Nationaleinkommens, wobei diese Kennzahl höher sein kann, falls die Produktionskapazitäten völlig ausgelastet werden. Die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur Volkspolens und ihre Umstellung auf industrielles Gleis gingen mit einer raschen Urbanisierung einher. Zwischen 1946–1986 sank der



Der Warschauer Palast der Kultur und Wissenschaft, in dem vor kurzem der X. PVAP-Parteitag stattfand.

Anteil der Dorfbewohner an Polens Bevölkerung von 66 auf 40%, während der Anteil der Städter von 34 auf 60% stieg.

Gleichzeitig mit den tiefgehenden Veränderungen in der Struktur von Produktion und Bevölkerung vollzog sich ein einschneidender Wandel in den Eigentumsverhältnissen. Gegenwärtig werden im sozialistischen Sektor bis zu 80% des Nationaleinkommens erzeugt, in der Wirtschaft ist dieser Sektor führend.

Die bekannten Ereignisse der letzten Jahre haben unserer Wirtschaft schweren Schaden zugefügt und Milliardenverluste verursacht. Die USA und ihre Verbündeten benutzen die schwierige Lage in unserem Land, um unsere Wirtschaft zu destabilisieren. Es ist ja ohnegleichen: Polens Import aus den kapitalistischen Ländern sank 1981 um 30% und 1982 um weitere 26%! Man verweigerte uns die Meistbegünstigung und Kredite. Viele früher unterzeichnete Abkommen wurden aufgekündigt, die Zollschränken stark gehoben. Der Fischfang wurde uns in gewissen für unser Land traditionellen Ozeangebieten verboten. Doch die Feinde des Sozialismus konnten die Wirtschaft unseres Landes nicht destabilisieren und seine Gesellschaftsordnung nicht untergraben, haben also ihr Hauptziel nicht erreicht.

Im März 1984 sagte Wojciech Jaruzeński, Erster Sekretär des ZK der PVAP: "Es wäre Polen schwergefallen,

wirtschaftlich einer so schweren Prüfung ohne die solide und effektive Hilfe der Sowjetunion standzuhalten. Im schwersten Augenblick reichte sie uns hilfreich die Hand. Die UdSSR fand sich bereit, die Lieferung der notwendigsten Waren und Rohstoffe außerplanmäßig zu steigern. Auch jetzt findet sie sich bereit, eine zeitweilige Unausgeglichenheit der Handelsbilanz hinzunehmen. Die UdSSR hat Polen die in der Geschichte unserer Beziehungen höchsten Kredite gewährt...

Man braucht sich nur zu fragen, wie die Wirtschaft Polens aussähe, wenn wir jetzt Erdöl und Erdgas, Baumwolle und Eisenerz auf dem westlichen Markt für harte Währung kaufen müßten, wie groß unsere Verluste wären, wenn Polen auf die Gnade oder Ungnade der westlichen Partner angewiesen wäre.

Wir werden diese Hilfe der sowjetischen Genossen, des Sowjetvolkes nicht vergessen. Sie hat uns über die schlimmste Zeit hinweggeholfen. Heute gibt sie uns die Möglichkeit, ruhig an die Zukunft zu denken."

Die VR Polen knüpft ihre Zukunft vor allem an die Idee der Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft, an die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung. Ende dieses Jahrhunderts wird Polen über 40 Millionen Einwohner haben. Ins neue Jahrhundert wird es, wie auf dem X. PVAP-Parteitag betont wurde, als vermögendes Land mit gut entwickelter Wirtschaft und bedeutend gehobenem Lebensstandard eintreten.

Eine beschleunigte, stabile Entwicklung der Volkswirtschaft auf der Basis einer effektiveren Produktion und der Anwendung der neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse: Das ist das Wesen der neuen sozialökonomischen Strategie Polens. Bis zum Jahr 2000 wird unser Nationaleinkommen um mindestens 75% zunehmen. Man wird aber nach Möglichkeiten suchen, diese Planaufgaben in der Praxis zu übertreffen. Die Arbeitsproduktivität soll um mindestens 65% steigen, die Material- und Energieintensität der Produktion um 30–40% sinken. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, werden die Konsumtionsfonds um 50% wachsen.

Angeichts der bitteren Erfahrung der Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern nimmt Polen eine strategische Korrektur vor und setzt sich das Ziel, die volkswirtschaftliche Kooperation mit den sozialistischen Staaten, besonders mit der UdSSR, die bi- und multilaterale Zusammenarbeit mit ihnen und die ökonomische Integration im RGW-Rahmen auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben.

Die durch enorme Fehlbeträge im Staatsetat und durch die Militärausgaben belastete Wirtschaft der USA geht wieder einer zyklischen Krise entgegen, die für das durch die Reaganomic zerrüttete Finanzwesen besonders gefährlich ist.

Minen im Tresor

Boris SERGEJEV

Zu Anfang der 80er Jahre wurden die USA ein wahres Devisen-Mekka. Aus der ganzen kapitalistischen Welt strömte Kapital nach Übersee, wo die hohen Bankzinsen und der feste Dollarkurs hohe Gewinne verhiessen. Angesichts der wirtschaftlichen Instabilität in der kapitalistischen Welt und der Zuspitzung der Krise bei den Auslandsschulden schienen die US-Banken Oasen der Sicherheit zu sein. Je mehr die Reaganomic aber von ihrem anfänglichen Glanz verlor, desto mehr verblaßte auch dieses Image der US-Banken. Zeitungsinserate über den Verkauf oder die Verpachtung der früher so pompös ausgestalteten Bankräumlichkeiten wurden zur alltäglichen Erscheinung.

Bankiers auf Bewahrung

In der kapitalistischen Wirtschaft nehmen die Banken einen besonderen Platz ein. Sie führen ihr wie Blutgefäße die Finanzen zu, die sie für den Umlauf von Ware—Betriebsinvestitionen—Akkumulation braucht. Störungen im Bankgetriebe wirken sich sogleich auf die Geschäftslage aus. In Industrie und Handel haben sie eine Unmenge von Bankrotten zur Folge. Jeder bei einer Bank deponierte Dollar durchläuft die Kette verschiedener Finanzanstalten mindestens sechsmal. Fällt ein einziges Glied aus, so führt das nicht nur zum Reißen der Kette, sondern es zieht auch sämtliche mit Bankiers liierte Unternehmer in Mitleidenschaft.

Die Gefährlichkeit eines massenhaften Bankkrachs für die kapitalistische Wirtschaft war in den 30er Jahren deutlich erkennbar. Die zyklische Überproduktionskrise, die 1929 in den USA einsetzte, wuchs sich nicht zuletzt da-

durch zur Großen Krise aus, weil das Bankwesen ins Wanken geraten war. Die bürgerlichen Regierungen beherzigten die Lehre, sie nahmen allerlei Begrenzungen und Regelungen vor und führten eine staatliche Versicherung von Bank-einlagen ein, um das Bankwesen gegen Erschütterungen abzusichern. Doch trotz aller dieser Maßnahmen erinnert das Bankwesen der USA, wie jetzt westliche Wirtschaftsexperten zugeben, frappant an die 30er Jahre.

Nach Angaben der Bundesvereinigung für Depositenversicherung sind über 1000 US-Banken in Schwierigkeiten geraten. 1976 waren es noch 385. Zu den "problematischen Banken" zählt die Bundesvereinigung gewöhnlich solche mit zu vielen zweifelhaften Kreditempfängern. Die Bundesfinanzämter behalten solche Banken besonders im Auge und treffen nicht selten Maßnahmen gegen einen Bankrott. Dennoch steigt die Zahl dieser Banken unablässig. Ebenso die der Bankrotte. 1984 erreichte sie etwa 80, d. h. den Höchststand seit der Krise der 30er Jahre. Dieser "Rekord" schien unüberbietbar zu sein. Aber 1985 stieg die Zahl der Bankrotte bei den Kommerzbanken auf 120 und bei den Depositenbanken auf 70, mehr, als die pessimistischsten Prognosen angegeben hatten. Während sich zwischen 1942 und 1971 jährlich nur vier Banken als zahlungsunfähig erklärten, waren es zwischen 1971 und 1980 schon acht und während der ersten Amtsdauer der jetzigen Regierung (1981—1984) 165.

Im Sommer 1984 stand die führende Bank Chicagos, die Continental Illinois, vor dem Bankrott. Nur durch Eingreifen des Bundesreserveamtes (FRS), das ihr viele Milliarden vorschoss, wurde sie gerettet. Ende 1984 wurden die beiden größten Banken der USA — die Bank of America und die First National Bank of Chicago — veranlaßt, Sofortmaßnahmen

gegen einen Bankrott zu treffen. Trotz krampfhafter Bemühungen kam die Bank of America nicht aus der Gefahrenzone heraus, sie hatte 1985 Verluste von 337 Mio Dollar.

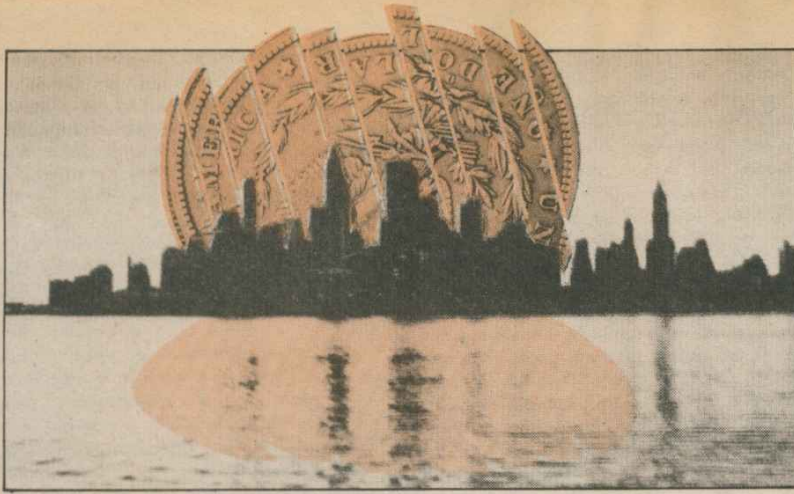
Die Bundesbehörden gaben offiziell bekannt, daß sie für die Zahlungsfähigkeit der 11 größten US-Banken garantieren, falls sie das Geschick der Continental Illinois ereilen sollte. Einige Monate danach mußten die Behörden neue Garantien, aber im Hinblick auf die Depositenbanken, geben. Im März 1985 sahen sich die Behörden unter dem Druck der Depositäre, die ihr Geld abheben wollten, genötigt, rund 70 solche Banken in Ohio zu schließen. Um die Krise nicht noch mehr einreißen zu lassen, gab der Präsident die Erklärung ab, daß das FRS die nötigen Mittel bereitstellen werde. Für die führenden Banken der USA mußte die Regierung die Bürgschaft nicht in Krisenzeiten, sondern im dritten Jahr des zyklischen Wirtschaftsaufschwungs übernehmen. Man hatte den finanziellen Brand in Ohio noch nicht gelöscht, da lief bei den Behörden das Alarmsignal ein, daß neue Brände ausgebrochen waren, u. zw. in Texas, Massachusetts, Nordkarolina, Pennsylvania und Maryland. Im Sommer 1985 ein neuer Rekord: Erstmals seit der Krise der 30er Jahre fallierten an einem Tag 7 Banken!

Übrigens ist das nur die Spitze des Eisbergs der finanziellen Probleme. Nach in der "Business Week" erschienenen Äußerungen mehrerer Finanzexperten steht das Schlimmste erst bevor. Wie manche Leiter des Farmerkreditsystems annehmen, werden die von diesem System gegebenen Darlehen von ca. 10 Md. Dollar ungetilgt bleiben, und dann werden die Bankrotte noch bedrohlicher als im Falle der Continental Illinois sein. Der "International Herald Tribune" zufolge haben 15 größte US-Banken in ihren offiziellen Bilanzen nicht aufscheinende Schulden von etwa 1 Billion Dollar. Höchstwahrscheinlich wird man sie unter die zweifelhaften einstufen.

Die jetzige Gebrechlichkeit des Kreditsystems ist eine Folge der von der Regierung Reagan begonnenen "Entreglementierung" der Bankgeschäfte. Sie verschafft den Superprofiten nachjagenden Bankiers freie Hand und hat, zusammen mit der militaristischen Politik des Weißen Hauses, im Finanzwesen der USA die Krisensituation herbeigeführt.

Früchte der "Entreglementierung"

Der Gewinn eines Bankiers hängt vom Geldumlauf ab: davon, wieviel Einlagen er gebucht und wieviel Kredite er eingeräumt hat. Die Höhe der gebuchten Einlagen hängt direkt vom Zinssatz für Depositen ab. Je höher er ist, desto



lohnender ist es, Geld bei der Bank zu deponieren. Eine "Entreglementierungsmaßnahme" der Banken ist die Aufhebung der Grenzen, die ihrem Konkurrenzkampf um die Einlagen gezogen sind. Man hat u. a. eine Höchstgrenze für die Zinssätze festgelegt.

Im Jahre 1979 geschah das bei 80, aber 1985 nur noch bei 20% der Bankeinlagen, und im Januar 1986 fielen auch die letzten Beschränkungen. Um der Konkurrenz Depositäre abspenstig zu machen, sind die Banken dazu übergegangen, die Prozentsätze hochzuschrauben, um sich für die Verluste durch das allgemeine Sinken der Bankeinlagen infolge der geringeren Geldrücklagen bei den meisten Amerikanern schadlos zu halten. Unter der jetzigen Regierung sind die Spareinlagen der Bevölkerung von 6,7 auf knapp 3% gesunken.

Die Bankiers hofften, die höheren Ausgaben für Bankzinsen durch einträgliche Kredite an Kunden wettmachen zu können. Aber auf dem Kreditmarkt des Landes sind ebenfalls wesentliche Veränderungen eingetreten. Die sichersten Kreditnehmer — die führenden Industriekonzerne — ziehen es vor, ihre Operationen selbst zu finanzieren. In besonders vorteilhafter Lage sind die mit großen Regierungsaufträgen versehenen Monopole des Militär-Industrie-Komplexes. Deshalb bekamen es die meisten Banken mit weniger "zuverlässigen" Kreditnehmern zu tun und mußten zuweilen sogar finanziell recht unzuverlässigen Kunden Kredite geben.

Auf die US-Banken haben sich auch die Strukturveränderungen in der Wirtschaft ausgewirkt. Angesichts der Verteuerung der Roh- und Brennstoffe gegen Mitte der 70er Jahre, die kein Ende zu nehmen schien, investierten die Bankiers große Summen in der Ölgewinnung und in anderen Rohstoffbranchen. Während der Krise von 1980–1982 stabilisierten sich jedoch die Rohstoffpreise

und begannen dann zu sinken. Bankkredite sanken in die Kategorie der "unsicheren" ab. Zur Instabilität im Bankwesen trug auch die einseitige Belebung der Wirtschaft und ihr einseitiger Aufschwung nach der Krise bei. Entgegen dem raschen Wachstum bei den Dienstleistungen und in den mit der Rüstungsproduktion verbundenen Branchen, stieg die Zivilproduktion nur wenig über den Vorkrisenstand. Die Landwirtschaft hat die Überproduktionskrise, die neben den teuren Krediten zu einem beispiellosen Steigen der Farmerschulden geführt hat, noch jetzt nicht überwunden. Diese Schulden übersteigen jetzt die Auslandsschulden Brasiliens und Mexikos zusammengenommen.

Bei den Experten erregt auch der Schuldenanstieg bei den Konsumentenkrediten Besorgnis. Diese haben nahezu 19% der Bevölkerungseinkünfte — mehr denn je — erreicht. Unaufhaltsam wachsen die Schulden der Industriellen: Seit 10 Jahren sind die Gesamtschulden der US-Konzerne von 900 Md. auf 2589 Md. gestiegen. Besonders schwer haben es die kleinen und mittleren Firmen, die genötigt sind, teure Bankkredite aufzunehmen. Zwischen 1970 und 1979 verschlangen die Zinsen für Kredite etwa 25% der Bruttogewinne der Konzerne; 1981 30 und 1982 60%. Die "Entreglementierung" der Bankgeschäfte hat sich also bei genauerem Hinsehen zum Nachteil der meisten US-Geschäftsleute ausgewirkt.

Die Situation an der Spitze der Bankpyramide Amerikas ist aber mit den Schwierigkeiten der schwächeren Kreditanstalten nicht zu vergleichen. Doch auch die Großen sind von der Finanzkrise nicht verschont geblieben, allerdings aus anderem Grunde. Ab Mitte der 70er Jahre räumen die transnationalen US-Banken neben den Finanzmonopolen anderer kapitalistischer Industrieländer Entwicklungsstaaten bedeutend mehr hochverzinsliche Kredite ein. Bekanntlich hat diese Kredithausse zur "Schuldenkrise" geführt. Die auswär-

tigen Schulden der Entwicklungsstaaten bei transnationalen Bankiers und Regierungsorganen des Westens überstiegen im Jahre 1985 1 Billion Dollar. Viele Staaten Afrikas und Lateinamerikas können nicht einmal die Anleihezinsen zahlen. Das Währungs- und Finanzsystem des Kapitalismus droht zusammenzuberechen.

Tiefer als andere stecken die neun führenden US-Banken, auf die etwa 60% aller ausländischen Bankguthaben der USA entfallen, in der "Schuldenkrise". Die Gesamtsumme der von den Wall-Street-Banken eingeräumten Auslandskredite ist fast dreimal so groß wie ihr eigenes Kapital.

Und dabei haben die US-Banken unter denen der kapitalistischen Industrieländer die geringsten Reserven für den Fall ausbleibender Zahlungen in Schwierigkeiten geratener Kreditnehmer. Bei den US-Banken betragen diese Reserven knapp 3% der eingeräumten Kredite, dagegen bei den kanadischen an die 10, bei den größten französischen 20% und bei den führenden bundesdeutschen und schweizerischen noch mehr. Macht auch nur ein einziger großer Schuldner bankrott, so ist das ganze System der miteinander liierten Banken bedroht.

Der Feind Nr. 1

Von den zahlreichen Problemen der US-Banken im In- und Ausland wiegen jetzt vor allem die beispiellosen Fehlbeträge im Bundesetat am schwersten. Die durch die enormen Militärausgaben aufgeblähten jährlichen Fehlbeträge haben die Staatsschulden der USA allein in den 80er Jahren auf 2 Billionen Dollar erhöht. Die Zahlungen dafür lasten schwer auf dem Kapitalmarkt, dem Bankwesen und der ganzen Wirtschaft des Landes.

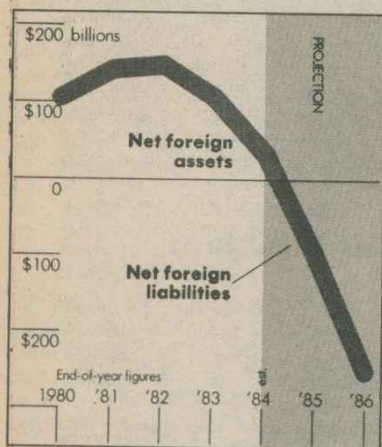
Der ständig zunehmende Bedarf der Regierung an Geld zur Deckung des Defizits und für die Zahlungen im Zusammenhang mit den Staatsschulden engt die Möglichkeiten von Privatleuten ein, Kredite aufzunehmen, und hält die Bankzinsen auf ihrem hohen Stand. Letztlich verschlingen die Staatsanleihen in den USA rund 70% aller privaten Spareinlagen. Auf dem Markt für langfristige Kredite, die die Industriellen besonders dringend brauchen, ist der Anteil der Staatsanleihen noch größer.

Eine Folge der Schwierigkeiten, die die Banken beim Flüssigmachen von Mitteln auf dem Geldmarkt sowie auf der Suche nach zuverlässigen Kunden haben, ist das Entstehen des sogenannten sekundären Kreditmarkts.

Nach Ansicht von Finanzexperten ist das eine der wichtigsten Strukturverlagerungen der letzten Zeit im Bankwesen der USA.

Die Banken, die dringend Bargeld brauchten, verkauften Wechsel zuverlässiger Kunden und vergrößerten somit den Anteil der unsicheren Schulden. Andere Banken wiederum stießen unsichere Kredite weit unter ihrem Nominalwert ab, was sich auf ihre finanzielle Lage auswirkte. So wurden Kredite, die argentinischen, mexikanischen und chilenischen Kreditnehmern eingeräumt worden waren, um 30–35%, bolivianische sogar um 90% unter ihrem Nominalwert abgestoßen. Viele Großbanken verdienten auch am Weiterverkauf sicherer Kredite sofort nach ihrer Einräumung an kleinere Banken. Weitverbreitet ist neuerdings auch der Verkauf langfristiger Kredite auf kurze Fristen mit der

DIE VERSCHLECHTERUNG DER INTERNATIONALEN FINANZLAGE DER USA



Früher die größten Kreditgeber der kapitalistischen Welt, schulden die USA jetzt ausländischen Anleihegebern viel mehr als jedes andere Land

Verpflichtung, sie später rückzuerwerben, etc. Auf diese Weise ist bei den Krediten ein sehr instabiler "Börsenmarkt" entstanden. Das hat die gegenseitige Abhängigkeit der Banken verstärkt, in den Finanzwirbel immer neue Teilnehmer hineingezogen und auf diese Weise das ganze System gegen plötzliche Erschütterungen anfälliger gemacht.

Die neuen finanziellen Handhaben, die bei Bankgeschäften das Spekulationselement verstärkt haben, konnten dem Geldmangel auf dem Kapitalmarkt jedoch nicht abhelfen. Infolge des allgemeinen Rückgangs der Geldakkumulation im Lande können die US-Banken den zunehmenden Kapitalbedarf der Wirtschaft größtenteils nur mit Auslandsanleihen decken. Das hat die internationale Rolle der US-Banken von Grund auf verändert, sie sind in den letzten beiden Jahren Nettokreditnehmer geworden.

Unter der jetzigen US-Regierung stocken staatliche und private Kreditnehmer ihre auswärtigen Schulden rapide auf. Sie beziehen allwöchentlich rund 2 Md. Dollar vom internationalen Geldmarkt und haben die USA erstmalig seit 1914 zu einem Schuldner, zur "Geisel ausländischer Depositäre", wie es der FRS-Vorsitzende Paul Walker genannt hat, gemacht. Jetzt muß sich Washington bei jedem Schritt in seiner internen Wirtschaftspolitik wie nie zuvor auf eine Massenflucht ausländischer Einlagen gefaßt machen. Diese Drohung hängt jetzt wie ein Damoklesschwert nicht nur über dem Bundesschatzamt, sondern auch über sämtlichen US-Banken. Nach Schätzung des FRS müssen die USA jährlich 125–150 Md. Dollar aus dem Ausland erhalten. Dazu gehört aber außer lohnenden Bedingungen Vertrauen zur Wirtschaft der USA und ihrem Bankwesen. Und gerade mit dem Vertrauen hapert es.

Vertrauensschwund

Der Zusammenbruch der Continental Illinois erschütterte den Geldmarkt des Landes mehrere Tage, und die Krise der Deponentenbanken in Maryland und Ohio schwächten längere Zeit den Dollar. Stuart Greenbaum, einer der renommiertesten Finanzexperten, erklärte: "Die Depositäre haben alle Ursache zur Besorgnis über die Zuverlässigkeit des US-Bankwesens. Es ist nicht mehr so stabil wie in den 60er und 70er Jahren."

Der Vertrauensschwund erschwert die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Bis zum Frühjahr 1985 machten den ausländischen Depositären Meldungen über die Probleme der US-Banken und die Störungen in der US-Wirtschaft kaum etwas aus. Sie interessierten sich viel mehr für Reagans "Hochrüstungspläne". Internationale Devisenspekulanten hatten erkannt, daß einer Erhöhung der Militärausgaben gewöhnlich ein Steigen der Zinssätze und somit auch der Gewinne aus Einlagen in den USA folgte. Deshalb löste jeder Kongreßbeschuß, für militärische Zwecke zusätzliche Summen bereitzustellen, einen nur noch stärkeren Zustrom ausländischen Kapitals aus. Die guten Gewinnaussichten auf dem amerikanischen Geldmarkt wirkten stärker als die Angst vor Verlusten infolge des plötzlichen Bankrotts einer Bank, einer Wirtschaftsrezession oder eines anderen Geschehnisses, das das Finanzwesen der USA aus dem Gleichgewicht bringen konnte. Die Finanzierung der "Hochrüstung der USA" durch Heraufschrauben der Bankzinsen ließ den Dollarkurs in vier Jahren um mehr als 50% steigen und machte ganze Industrien konkurrenzunfähig. Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz von 1985 belief sich auf 148,5 Md. Die Notwendigkeit, ihn zu decken, verur-

sacht ein weiteres Steigen der Auslandschulden. Auch hat der Kapitalzustrom, um dessen willen das Rennen der Bankzinsen veranstaltet wurde, nur einen Scheinerfolg gezeitigt. John Williams vom Washingtoner Weltwirtschaftsinstitut meint, wenn die USA die Auslandskapitalien in den richtigen Kanal geleitet hätten, dann wären die Ausschläge nicht so trübe. Die produktiven Investitionen machen nur ein Drittel aller Investitionen aus.

Höchstwahrscheinlich wird die Wirtschaft der USA noch in diesem Jahr von einer Flaute heimgesucht. Die heutige Lage auf den Waren- und Effektenbörsen der USA erinnert weitgehend an die Vorkrisenzeit. Das Sinken vieler Rohstoffpreise und die heftigen spekulativen Schwankungen der Aktienkurse zeugen davon, daß das finanzielle Pendel wie wild ausschlagen kann. In der jetzigen Situation genügt dazu lediglich ein schwacher Anstoß, und der kann jederzeit eintreten. Untersuchungen der Firma Chase Econometrics zufolge könnte eine auch nur halbjährige Flaute den Fehlbetrag im Bundesetat von den jetzigen 200 auf 500 Md. Dollar steigen lassen. Eine derartige Finanzkatastrophe würde sich, wie Wirtschaftskommentatoren annehmen, verhängnisvoll auf die ganze kapitalistische Weltwirtschaft auswirken.

Die finanzielle Instabilität in den USA wird dadurch erhöht, daß ein großer Teil der Auslandskapitalien, mit denen der Fehlbetrag im Etat gedeckt wird, kurzfristig deponiert ist. Das ist sogenannte heißes Geld, das auf ein erstes Zeichen hin aus den USA flüchten kann. Jetzt, wo die internationalen Devisenmärkte rund um die Uhr funktionieren und der Umfang der Spekulationen 15- bis 20mal so groß wie der internationale Handelsumsatz ist, kann die Vertrauenskrise in Minuten eintreten. "U. S. News & World Report" schreibt: "Niemand läuft schneller als ein von Angst getriebener Depositär. Der Run auf die Banken zwecks Abhebung der Einlagen wird unsichtbar sein, die Kunden werden einfach telegraphisch Überweisungsbefehle erteilen, und die Bundesbehörden könnten außerstande sein, die Katastrophe wie bei der Continental Illinois zu verhüten." So sieht das weitgehend wahrheitsnahe Szenario des finanziellen Ruins aus.

Solange es noch nicht zur finanziellen Katastrophe gekommen ist, können die Bundesbehörden in einzelnen Staaten lokale finanzielle Brände noch löschen und sogar die Bankrotfflammen bei Großbanken ersticken. Tatsache aber ist, daß die Reaganomic und die "Hochrüstung der USA" auf fremde Kosten das Finanzwesen der USA hochexplosiv gemacht haben. Die Minen in den Banktresoren harren ihrer Stunde.

Man hört oft aus sowjetischen Publikationen, daß Sie gegen den internationalen Terrorismus sind und diesen verurteilen. Was denken Sie da über Terrorgruppen, die sich "Rote-Armee-Fraktion" (RAF) oder "Kämpfende Kommunistische Zellen" nennen! Diese glauben doch wohl, in Ihrem Sinne zu handeln.

Werner BILLAUDELLE
Pattensen, BRD



Es diskutiert
"NZ"-Kommentator
Nikita SHOLKWER

Ihre Zuschrift bekam ich fast gleichzeitig mit einer Meldung aus der BRD, daß RAF-Terroristen am 9. Juli Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied der Siemens-AG, in einem Münchner Vorort ermordet haben. Ich finde, durch diesen Terrorakt wird unser heutiges Diskussionsthema noch aktueller.

Der Wortschatz der "linken" Extremisten ist allerdings reich an Beiwörtern wie kommunistisch, proletarisch, rot usw. Man kann den Eindruck gewinnen, als hätte der Marxismus keine eifrigeren Anhänger als sie. In Wirklichkeit sind sie wütende Gegner der Kommunisten. Die mit linken Phrasen getarnten Aktionen dieser Pseudorevolutionäre lassen an ein Strafgesetzbuch und nicht an das "Kapital" und andere Werke der Begründer des Marxismus-Leninismus denken. Geiselnahmen, Bankraub und Erpressung bleiben Verbrechen, auch wenn man sie mit "revolutionärer Enteignung" beschönigt. Ich glaube, darüber sind Sie mit mir einig.

Wahre Revolutionäre, Anhänger ihres großen Landsmannes Karl Marx, lehnten den Terrorismus schon zu Anfang des 20. Jahrhunderts entschieden ab als verwerfliche Taktik und untaugliche Kampfmethode. Lenin charakterisierte diese Scheinrevo-

lutionäre so: "drohend, aufgeblasen und großtuerisch in Worten, ein zersplittertes, atomisiertes, kopfloses Nichts in der Tat". Wir setzen das Wort "linke", wenn wir von ihnen sprechen, bewußt in Anführungszeichen. Mit den wahren linken, fortschrittlichen, demokratischen Kräften haben sie nicht das geringste gemein, umgekehrt, sie sind deren erbitterte Feinde.

Der Extremismus ist eine Ausgeburt der Gesellschaft, in der Sie leben und in der soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Verelendung herrschen. In dieser Gesellschaft läßt man Menschen durch die Maschen im "sozialen Netz" fallen. Der Terrorismus nimmt in Zeiten allgemeiner sozialer wirtschaftlicher, politischer, kultureller und moralischer Krisen auffallend zu. Nicht alle Menschen glauben an die Fähigkeit der traditionellen Parteien, mit Hilfe von Parlamentswahlen etwas zu ändern. Manchen verzweifeln, frustrierten, entseelten, politisch unerfahrenen und ethischer Ideale entbehrenden jungen Menschen erscheint der Extremismus als der kürzeste Weg zur Lösung ihrer akuten sozialen Probleme. Der im Westen betriebene Gewaltkult kommt noch dazu. Ein Teil der Jugend sieht in der Gewalt leider fast die einzige Methode, wenn die Gesellschaft nicht zu verändern, so sich bei denen bemerkbar zu machen, die die Interessen der Jugend ignorieren.

Von Sozialismus und Klassenkampf sind die "linken" Extremisten weit entfernt. Sie haben keine Ahnung von den Lebensinteressen der Werktätigen, die die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft ganz anders sehen.

Die falschen ideologischen und politischen Voraussetzungen und das abenteuerliche Vorgehen der "Linksextremisten" führen unweigerlich zum größten und für viele von

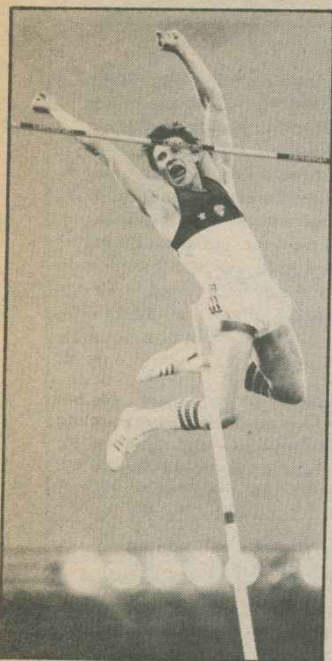
DISKUSSION MIT DEM LESER

ihnen verhängnisvollen Gegensatz zwischen ihren Zielsetzungen und den Resultaten ihrer Handlungsweise, die der Reaktion nützt. Zwischen den "Links-" und den Rechtsextremisten sind die Grenzen fließend. Beide sind im Grunde genommen Provokateure im Auftrag der reaktionären Bourgeoisie und agieren gegen Kommunisten, gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte. Sie stärken paradoxerweise die Position der Machthaber.

Die Zielsetzungen der "linken" wie der rechten Terroristen nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in anderen westlichen Ländern sind die gleichen: Sie wollen die sozialen Verhältnisse destabilisieren, die staatlichen Einrichtungen und Parteien erschüttern und die demokratischen Kräfte spalten. Terrorakte stärken nur die bestehenden Strukturen und erhärten die Macht der herrschenden Klasse. Mehr noch, sie bedrohen die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen und dienen somit der Konterrevolution. Was haben diese "Linken" mit ihren Terrorakten ausgerichtet? Haben sie die Unternehmer zum Nachgeben gezwungen? Den Gastarbeitern mehr Rechte verschafft? Ausbeutung und Arbeitslosigkeit verringert? Nichts von alledem.

Ihre Terrorakte erwecken die irrige Vorstellung, daß die größte Gefahr für die öffentliche Ordnung, für den Frieden und das Wohlergehen der Menschen von den Linken ausgeht. Das erleichtert der Reaktion, gegen Fortschrittskräfte zu hetzen, antidemokratische Gesetze durchzusetzen, politische und Bürgerrechte einzuziehen.

Wir verurteilen den "linken" und jeden anderen Terrorismus aus noch einem Grunde ganz entschieden. Er vergiftet die ohnehin überhitzte weltpolitische Atmosphäre und schafft zwischen den Staaten Spannungen und Argwohn. Deshalb hat sich die UdSSR wiederholt zu einer internationalen Zusammenarbeit für die Beseitigung des Terrorismus bereit erklärt. Wie unhaltbar sind die Versuche gewisser westlicher Massenmedien, unserem Land zuzuschreiben, es stehe mit den Terroristen in Verbindung und unterstütze Abenteurer und Provokateure!



601!

"Die bemerkenswerteste Persönlichkeit im heutigen Weltspport" nannte der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees Juan Antonio Samaranch den sowjetischen Stabhochsprungrekordler Sergej Bubka.

Das Ungewöhnliche an seinen Rekorden ist, daß sie unsere Vorstellungen vom Menschenmöglichen im Sport immer wieder über den Haufen werfen. Als Bubka vor einem Jahr im Pariser Stadion bat, die Latte auf legendäre 6 Meter zu legen, schlug sein amerikanischer Konkurrent Bill Olsson die Hände zusammen und versprach, Golfer zu werden, wenn Bubka die 6 Meter springt.

Olsson blieb der Leichtathletik erhalten, und Bubka nahm auch diese Hürde. Dabei sollte es nicht bleiben.

Am 8. Juli d. J., bei den Moskauer "Spielen des guten Willens" steigerte er seinen Rekord auf 6,01 m.

Ich kenne Sergej näher, war bei ihm in Donezk zu Gast und wundere mich jedesmal, daß dieser bemerkenswerte Spitzensportler im Alltagsleben so bescheiden ist. Er ist gesellig und immer für einen Spaß zu haben. Er genießt sich fast, als er gesteht, daß er Poesie mag: Omar Chajjam, Rassul Gamsatow. Er ist gastfreundlich und vergöttert seine Familie, seine 20jährige Frau, die schöne Lilja Tjutjunik und seinen einjährigen Sohn Vitali, den sie nach Bubkas Trainer Vitali Petrow benannten.

Wie gesagt, Sergej ist ein Durchschnittstyp. Auf dem Sprungplatz verwandelt er sich. Sein sympathisches Lächeln, sein gutwilliger Gesichtsausdruck sind wie weggeblasen, und wir haben einen stahlharten Fighter vor uns, der sich voll auf sein Ziel konzentriert. "Bei Wettkämpfen bin ich einsilbig und laß keinen an mich ran", sagte Bubka einmal.

Ich glaube, Sergej hat schon früher Charakter gezeigt, als er, 10jährig, bei Petrow seine ersten Sprünge tat und zum großen Verdruß der Eltern jeden Abend zum Training fuhr. Mit Straßenbahn und Trolleybus von einem Ende Woroschilowgrads zum andern. Charakter bewies er auch 1979, als er, halbwüchsig, seine Mutter überredete, ihn in Donezk wohnen zu lassen. Der Trainer war gerade dorthin umgezogen. Sergej gab auch nicht auf, als er 1981 die Juniorenmeisterschaft im holländischen Utrecht in den Sand setzte. Petrow mußte sich damals von den Kollegen anhören: "Laß den Kerl bloß Fußball spielen. Vielleicht wird dann was aus ihm!" Bis zu den ersten Leichtathletikweltmeisterschaften 1983. Auf den letzten Drücker hatte er den 19jährigen Bubka in die Mannschaft gesteckt und nach

Helsinki geschickt, damit er dort was lernt. An Sieg dachte keiner. Er siegte aber. Dazu unter erschwerten Bedingungen, heftigem Seitenwind. Sämtliche Hochsprung-Tracks gerieten ins Schwanken, nicht so Bubka.

Mit seinem Trainer hatte er das große Los gezogen. Petrow ist ein denkender, experimentierfreudiger Mensch, der die Trainingsstunden in ein fesselndes Spiel verwandelt, weil er nichts so sehr fürchtet, als daß seine Jungs am Stabhochsprung, einem monotonen, eiserne Ausdauer fordernden Sport, die Lust verlieren. Das ist nicht wie beim Fußball, wo die Situation sich jeden Augenblick ändern kann. Er hat seine eigene Methode. Sie beruht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Individuelles Herangehen an jeden Einzelnen. Er ist begeistert bei der Sache. Lachend erzählt seine Frau, Galina Alexejewna, wie sie früher manche Träne vergoß, weil ihr Vitali am Zahltag statt Geld mal wieder Stangen mit nach Hause schleppte. In dem Sportverein, in dem er arbeitete, stand Stabhochsprung nicht gerade in Ehren...

In unserem Fall hatte offensichtlich auch der Trainer mit seinem Schüler das große Los gezogen.

"Fleiß, Zielstrebigkeit, Selbständigkeit — ohne diese Eigenschaften hätte Sergej es nie zum Spitzensportler gebracht", ist Petrows Meinung über Bubka.

Daß er über sportliches Talent verfügt, verstand sich von selbst. Er hat darüber hinaus auch keine Angst. Zweimal hatte es Sergej die Stangen zerbrochen. Das hätte bei jedem anderen zum körperlichen und seelischen Trauma geführt, nicht aber bei ihm. Im sowjetischen Stabhochspringerteam ist er es, der die stärksten Stangen ausprobiert. Bubka hat einen dermaßen harten Ansprung,

wie ihn keiner der weltbesten Stabhochspringer ausführen könnte. Das erfordert besondere Kraft und Kühnheit.

Bubka ist auch gesellschaftlich tätig. In Donezk sprach er vor Arbeitern und Studenten. Mit Kindern ist er gern zusammen. "Wir Champions laufen und springen doch nicht für uns", meint er, "sondern in erster Linie für die, die den Sport lieben. Wenn einer von den Jugendlichen nach dem Gespäch mit mir in die Sportschule kommt, bin ich froh."

Nach seinem letzten Erfolg bei den "Spielen des guten Willens", meldete "Washington Post", sich auf amerikanische Stabhochspringer berufend, daß Bubka gedopt gewesen wäre. Sergej glaubt nicht, daß Earl Bell oder Mike Tully, die sich eben erst in Moskau mit ihm gemessen, die ihm kameradschaftlich gratuliert hatten, denen er nach den harten Kämpfen die sowjetische Hauptstadt gezeigt hatte, derart Schwachsinn erzählt haben könnten. Sie wissen schließlich selbst, was Dopingkontrolle bei großen Wettkämpfen bedeutet. Vielleicht erinnern sie sich, daß Bubka alle seine früheren Rekorde im Ausland aufstellte, und die amerikanischen, englischen, italienischen und französischen Dopingkontrollen funktionieren bestimmt nicht schlechter als unsere. Außerdem, nur ein Sportler, der keine "Chemie" verwendet, ist in der Lage, ein ganzes Jahr lang zu springen, da helfen auch keine "unnachweisbaren" Präparate, sollte es sie überhaupt geben.

Bubka meinte, in Diskussionen aufzutreten und sich für irgend etwas zu rechtfertigen habe er nicht nötig. Er bereite sich lieber auf seinen nächsten Rekord vor.

Ich kann dazu nur sagen, daß ich gesehen habe, wie Sergej die 6,40 m trainiert. Der Trainer spannte allerdings anstelle der harten Latte eine weiche Gummischnur. Immerhin...

Alexej SREBNIZKI

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



INTERNATIONALER WETTBEWERB DES POLITISCHEN PLAKATS

„FÜR FRIEDEN UND SOZIALEN FORTSCHRITT“

Der Verlag „Plakat“, der Verband der bildenden Künstler der UdSSR, das Kulturministerium der UdSSR, das Staatskomitee für Verlagswesen der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, das ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes, der Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, das Sowjetische Friedenskomitee, der Sowjetische Friedensfonds, der Journalistenverband der UdSSR und die Presseagentur Nowosti haben einen internationalen Wettbewerb des politischen Plakats unter der Devise „Für Frieden und sozialen Fortschritt“ ausgeschrieben.

Ziel des Wettbewerbs ist die Schaffung von Werken der Plakatkunst, die die Rolle der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der Weltgeschichte, die Leninsche Außenpolitik der Sowjetunion und das Streben aller Friedenskräfte unseres Planeten zum Ausdruck bringen, den Frieden zu festigen, das Wettrüsten zu zügeln und alles zu tun, um eine Nuklearkriegskatastrophe zu verhindern.

Zur Teilnahme an dem Wettbewerb werden Berufskünstler, Studenten, Absolventen und Dozenten von Kunsthochschulen und -fachschulen, Künstlerverbände und Verlage eingeladen.

Um die besten Plakate, die beim Wettbewerb eingingen, zu ermitteln, wird eine internationale Jury aus namhaften Vertretern der Plakatkunst der Sowjetunion und 14 anderer Länder gebildet.

Beim Wettbewerb werden in beliebiger

Technik und für die drucktechnische Wiedergabe geeignete Originalplakate entgegengenommen. Die Plakate müssen auf feste Pappe, Format 70×100 cm, aufgeklebt sein.

Die Wettbewerbsarbeiten mit dem Vermerk „Zum Wettbewerb für Frieden und sozialen Fortschritt“ sind an folgende Adresse zu richten: 117049 Moskau, Krymskaja nabereshnaja 10/14.

Auf der Rückseite des Plakats wird eine Chiffre (eine sechsstellige Zahl) angegeben. Der Arbeit wird ein verschlossener Umschlag mit der gleichen Chiffre beigelegt. In den Umschlag ist ein Zettel mit Angabe des Namens, des Geburtsjahres, des Bildungsganges, des Arbeits- oder Studienplatzes sowie der genauen Postanschrift des Autors einzulegen (alle Angaben sind vollständig anzuführen).

Die Wettbewerbsbeiträge sind bis zum 31. Oktober 1986 einzureichen.

Für die Sieger des Wettbewerbs sind folgende Preise festgesetzt:

**Drei Diplome ersten Grades und Geldpreise
von je 1500 Rubeln**

**Sechs Diplome zweiten Grades und Geldpreise
von je 1000 Rubeln**

**Neun Diplome dritten Grades und Geldpreise
von je 750 Rubeln**

**Fünfzehn Förderungsdiplome und Geldpreise
von je 300 Rubeln**

Nach dem Wettbewerb findet eine Ausstellung der besten Plakate statt, wird ein Album herausgebracht, und die preisgekrönten Plakate erscheinen in Massenaufage.

INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“



Aufnahmen von
Jaroslav
VOGELTANZ
(ČSSR)



Sommer.

Blick in die Zukunft.

